

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonellen oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Verhandlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Erhebt täglich außer Montags.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Hauptverhandlung und der Schutz der Belastungszeugen.

VIII. Die Reform der Strafprozedurordnung.)

Die Hauptverhandlung ist der erträglichst geregelte Abschnitt unserer Strafprozedurordnung. Hier hat der Angeklagte einige Rechte und eine gewisse Selbstständigkeit gegenüber der richterlichen Omnipotenz. Kein Wunder, daß die Bureaucratie seit Jahren ganz systematisch und mit zäher Energie danach strebt, den Angeklagten auch hier unter die Vormühsigkeit des Gerichts zu stellen und das Verfahren in diesem wichtigen Augenblicke, gleich dem Vorverfahren, ebenfalls in einen Inquisitionsprozess zu verwandeln. Allerdings geht es nicht gut an, die Anwesenheit des Angeklagten analog dem Vorverfahren auch für die Hauptverhandlung geradezu zu verbieten. Immerhin kann man sich diesem nicht erreichbaren Ideal wenigstens dadurch nähern, daß man die Beweisfreiheit des Angeklagten beschränkt und nur die dem Gericht geeignet erscheinenden Beweismittel zuläßt.

Diese Bestrebungen haben jetzt ihren Niederschlag in den Beschläffen der Strafprozedurkommission gefunden.

Diese beansprucht zunächst das Recht für den Vorsitzenden, Fragen an Zeugen oder Sachverständige, deren Verantwortung diesen selbst oder einem ihrer Angehörigen oder einem anderen Zeugen oder Sachverständigen zur Last gehen könnte, zurückzuweisen, sofern ihm der zu beklundende Umstand für die Entscheidung unerheblich erscheint. Noch ungeheurer als die Vorschrift selbst ist ihre Begründung, die möglichst vollständig hier wiedergegebenen nützlich sein dürfte. Die Kommission folgert aus den gemachten Erfahrungen, daß Zeugen oder Sachverständige häufig ohne Grund durch Fragen des Angeklagten und seines Verteidigers in öffentlicher Sitzung bloßgestellt seien. Die persönlichen und die Familienverhältnisse der Zeugen seien benutzt, um sie in Verwirrung zu bringen, den Wert ihrer Aussagen herabzusetzen, oder auch lediglich in der Absicht, sie zu beleidigen. Dagegen gewähre unser geltendes Recht, das nur die Jurisdiktion nicht zur Sache gehöriger Fragen gestatte, keinen Schutz. Denn als zur Sache gehörig müßten die Fragen schon deshalb anerkannt werden, weil sie auf die Glaubwürdigkeit der Zeugen Licht zu werfen geeignet sind. Auch diese man eine erzieherische Wirkung von der Vorschrift erhoffen. Ihr bloßes Befolgen werde hoffentlich Angeklagte und Verteidiger davon abhalten, die Ehre der Zeugen und Sachverständigen durch unpassende und überflüssige Fragen anzugreifen.

Hier lernen wir also die Kommission in einer ganz neuen, wertvollen Gestalt kennen: sie tritt als Erzieherin auf.

Ihr gehörten eine ganze Anzahl von Rechtsanwältinnen an, die zum Teil auch Mitglieder des Reichstages sind. Keiner von diesen hat es unter seiner Würde gehalten, nach diesem dem Anwaltstande angetanen Schimpf der Kommission weiter anzugehören, keiner hat sogar auch nur Worte des Protestes gefunden. Der Vorschlag ist vielmehr einstimmig angenommen.

In der Sache ist er von äußerst praktischer Tragweite. Die Kommission erkennt selbst an, — und dieses Zugeständnis sei dauernd festgehalten —, daß die Fragen, welche in Zukunft nicht mehr gestattet sein sollen, auf die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen nicht zu werfen geeignet sind, d. h. doch mit anderen Worten, daß sie für jeden, der aktivistisch genug ist, die Ermittlung der Wahrheit als Ziel des Strafprozesses anzusehen, von äußerster Erheblichkeit und entscheidendster Bedeutung sind. Das Verbot dieser Fragen führt mithin im Effekt zu einer Unterdrückung der Aufklärung des Sachverhalts.

Der Angeklagte ferner wird gegenüber den Belastungszeugen vorgezogen. Man stelle sich nun einmal das Verfahren auf Grund der Kommissionsvorschläge vor. Im Vorverfahren sitzen im Zimmer des Untersuchungsrichters neben dem Richter der Staatsanwalt und die Zeugen. Der Angeklagte und sein Verteidiger müssen im Interesse der öffentlichen Ordnung vor der Türe Halt machen. Der Staatsanwalt sorgt dafür, daß das Protokoll die der Anklage genehme Aussage recht vollständig wiedergibt. Nachdem alles fein säuberlich niedergeschrieben ist, wird der Zeuge flugs bereidigt, was, wenn der Angeklagte in Untersuchungshaft sitzt, sogar geschehen muß. Nun kommt es zur Hauptverhandlung. Hier endlich stehen sich zum ersten Male Angeklagter und Zeuge Auge in Auge gegenüber. Daß es den Vorhaltungen des Angeklagten gelingen könnte, den Zeugen zu einer Abänderung seiner vielleicht falschen Aussage zu bewegen, ist ausgeschlossen, da ja damit der Zeuge sich selbst des Meineids bezüchtigen würde. Der Angeklagte versucht nun, die Wahrheitsliebe, den Charakter, die Intelligenz des Belastungszeugen ins rechte Licht zu rücken, indem er von der naiven Empfindung ausgeht, daß das Gericht, bevor es jemand ins Gefängnis steckt, sich die Persönlichkeit des Demunzianten gar nicht genau genug ansehen kann und jede in dieser Beziehung nur mögliche Erkenntnisquelle benutzen muß. Die Strafprozedurkommission versperrt dem Angeklagten auch diesen letzten Ausweg. Die Bilze aus der Erde können dann, ohne daß eine Abhilfe in der Revisionsinstanz möglich ist, Formeln schießen wie etwa die, der Zeuge mache einen durchaus glaubwürdigen Eindruck, seine Darstellung habe die volle, innere Wahrscheinlichkeit für sich, der unerhörte Terrorismus der organisierten Arbeiter gegen die sich in ehrlicher Arbeit ihr Brot Verdienenden sei genugsam bekannt, die gerichtsnotorische Bestimmung des Angeklagten, seine Stellung als eifriger Agitator für die sozialdemokratische Partei lasse über die verfeumdende Absicht, den aufreizenden Charakter seiner Worte keinen Zweifel. Aus allen diesen

Gründen stehe für das Gericht fest, daß der Zeuge im vorliegenden Falle die Wahrheit bekundet habe, selbst wenn er sonst ein so notorischer Lump sei, wie der Angeklagte behauptet und unter Beweis stelle. Dieser sei daher für die Entscheidung unerheblich, zumal das Gericht die Ueberzeugung erlangt habe, daß der Angeklagte seine frivole Beschuldigung nur zur Herabsetzung des wohlgefuntenen Namens aufgestellt habe usw. bis ins Unendliche.

Endlich noch ein letztes: Die Kommission stellt ihre Behauptungen, aus denen sie die Notwendigkeit für die Maßregelung des Angeklagten und seines schlecht erzogenen Verteidigers begründet, zwar sehr bestimmt auf, aber, wie meistens Leute tun, die recht apodiktisch reden, ohne den Schatten eines Beweises zu erbringen. Dies würde ihn wohl auch gar nicht leicht werden. Denn nicht viele Menschen, die die Säle unserer Strafgerichte umfängen durchwandern, werden von einer schlechten Behandlung der Belastungszeugen etwas bemerkt haben. Dagegen werden sie, auch wenn sie von der Sache nicht ein Sterbenswörtchen wissen, noch bevor der Zeuge den Mund aufmacht, aus dem ihm zuteil werdenden Empfang oft mit untrüglicher Sicherheit sofort erraten, ob vor dem Richter ein Ver- oder ein Entlastungszeuge steht. Die vorläufige Nichtvereidigung des Zeugen wegen des Verdachtes der Teilnahme, das energische Examinatorium über seine Vorstrafen, sein Vorleben und seine Beziehungen zum Angeklagten, die scharfen Worte, in die die Verwarnung wegen Meineids gekleidet ist, und vieles andere klären schnell darüber auf, ob es sich um einen vom Staatsanwalt oder vom Angeklagten geladenen Zeugen handelt.

Im Gegensatz zur Kommission wollen wir die Tatsachen reden lassen: Wie selten erfolgt in Strafprozessen die Vereidigung der Genossen des Angeklagten beim Streit; das geringste Moment reicht aus, um sie als der Teilnahme verdächtig anzusehen. Wann erlebt man je die Anerkennung ihrer Glaubwürdigkeit gegenüber dem angeblich bedrohten Arbeitswilligen? Der vom Angeklagten bezahlte Detektiv und das von ihm herbeigeschaffte Material werden unter die Lupe schärfster Kritik genommen; der vom Grafen Dörfel Kollodt gegen die Angeklagte gewordene Privatstempel Hechelst aber dort zehntausend Rubel einem Zeugen bieten, ohne daß auch nur ganz leise der Verdacht der Verleitung zum Meineid rege wird. Die von der Verteidigung geladenen Sachverständigen, erste Gelehrte, sprechen in wissenschaftlichen Zeitschriften mit Bitterkeit von der Skepsis, die von Seiten des zur Entscheidung im Plöghenseer-Prozess berufenen Gerichtshofes wie Nehtkau sich auf alles herabgelassen habe, was dem sachverständigen Munde entquoll und beklagen sich darüber, daß ein Sachverständiger ein Gutachten über die wissenschaftliche Qualifikation des anderen abgeben mußte, was doch wahrlich nicht auf Anregung der Verteidigung geschehen ist. Und endlich wollen wir an die Behandlung des Kellers Meher im Schwejnert-Rußstrat-Prozess zu Oldenburg denken und an die Vorgänge und Ursachen, die zu seiner Verhaftung geführt haben.

Niemand wird gewiß dem Vorsitzenden und dem Staatsanwalt das Recht beschränken wollen, auch die Entlastungszeugen auf Herz und Nieren zu prüfen.

Aber was wir fordern müssen, ist, daß man dann auch die sich täglich abspielenden Vorgänge nicht weglugnet. Denkt man an die vorerwähnten Beispiele, so heißt es doch die Tatsachen einfach auf den Kopf stellen, wenn man nach neuen Gesetzen ruft, um endlich dem Unfug ein Ende zu bereiten, daß Angeklagter und Verteidiger die armen, gehehten Belastungszeugen beleidigen und schmähen. Kein Eingeweihter kann diese Ausführungen ohne Lächeln anhören, sie klingen wie eine Ironie auf die Wirklichkeit. Das traffe Gegenteil von dem, was die Kommission willkürlich und beweislos behauptet, ist wahr und ihr der Entrechtung des Angeklagten dienender Vorschlag daher durch nichts gerechtfertigt.

Aber die Kommission geht noch einen erheblichen Schritt weiter. Sollten ihre Wünsche Gesetz werden, so würde der Strafprozedurordnung als Motto für den Angeklagten das Dante'sche Wort vorangestellt werden können: Laßt fahren alle Hoffnungen, die Ihr hier eintretet. Das Grundrecht, welches die geltende Strafprozedur dem Beklagten gewährt, ja das einzige wirkliche Recht, welches er überhaupt hat, daß die von ihm geladenen Zeugen und Sachverständigen vernommen werden müssen, soll ihm genommen werden, zwar nur mit „vorläufiger Mäßigung“, wie der Oberlandesgerichtspräsident Hamm in der „Deutschen Juristenzeitung“ meint, die sich neuerdings zum Mundstück für alle reaktionären Vorschläge der Strafprozedurkommission hergegeben hat. Wir meinen dagegen, daß diese vorläufige Mäßigung mit dem einzigen dem Angeklagten noch bleibenden Rechte gründlich ausräumt. Hierüber und über die politischen Wirkungen des gemachten Vorschlages soll im nächsten Artikel gesprochen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. September.

Das dementierte Roosevelt-Schreiben. Wie in gestriger Nummer berichtet wurde, bestreitet die „Köln. Ztg.“ offiziell, daß Roosevelt ein Schreiben an den deutschen Vorkämpfer in Washington über dessen Handelsvertragsvorschläge gerichtet hätte. Demgegenüber hält der „Berliner Lokalanzeiger“ in einem New Yorker Telegramm die Meldung aufrecht, daß dem Freiherrn v. Sternburg ein Schreiben zugegangen sei — nur hätte der Brief anscheinend seinen amtlichen Charakter gehabt. „Entgegen dem Dementi der „Köln. Ztg.“, heißt es in dem Telegramm, „muß ich meine Behauptung mit der größten Bestimmtheit aufrechterhalten. Das Dementi sagt zwar richtig, daß die kaiser-

liche Regierung der Bundesregierung noch keine bestimmten Vorschläge für den Abschluß eines Handelsvertrages gemacht habe, nichtsdestoweniger dürfte in Berlin nicht minder als in Washington bekannt sein, daß Freiherr Speck v. Sternburg die Bundesregierung seit Monaten in dieser Frage sondierte und dem Präsidenten Roosevelt Deutschlands Standpunkt sogar schriftlich vorlegte. Daß dies geschehen ist, wird unumstößlich durch die Tatsache bewiesen, daß jenes von mir gemeldete Schreiben Roosevelts einen Satz aus Sternburgs schriftlichen Vorschlägen wörtlich zitiert. Bezüglich der Dementi, möchte ich Roosevelts Brief noch näher charakterisieren. Der Präsident möchte sich bekanntlich, ohne amerikanische Interessen zu opfern, in der Vertragsfrage Deutschland willfährig zeigen. Nachdem nun ein Mitglied des Kabinetts dem Präsidenten vorgelegt hatte, warum es und vermutlich auch der Kongress gegen einen solchen Vertrag sei, forderte Roosevelt diesen Minister auf, die angeführten Gründe in einer Denkschrift niederzulegen. Um nun dem Vorkämpfer von Sternburg Gelegenheit zu geben, diesen Argumenten die seinen gegenüberzustellen, schickte er diese Denkschrift, indem er ihre Argumente sich aneignete und eine Rückäußerung erbat, an Sternburg.“

Arbeiterauschüsse und Sozialdemokratie.

Abg. Erzberger, der Spezialist des Zentrums und Scherls für Sozialistötterei, versucht im „Tag“ das Essener Reichstagsmandat für das Zentrum zu retten, indem er den Leidgläubigen erzählt, daß eigentlich die Sozialdemokraten es verschuldet haben, wenn keine Arbeiterauschüsse für die Bergarbeiter existieren. Als Beweis führt er an, daß unsere Genossen 1891 den § 134h der Gewerbe-Ordnung-Rolle bekämpft und zu Fall gebracht haben. In diesem Paragraphen war vorgesehen, daß für alle Betriebe mit mehr als 50 Arbeiter Arbeiterauschüsse gebildet werden sollten. Zentrum und Freisinnige, die für § 134h eintraten, verfügten über 170 Mandate und wären, wenn die 35 Sozialdemokraten mit für den Antrag eingetreten wären, die Mehrheit gewesen. Wäre der § 134h in der vom Zentrum beantragten Fassung in die Gewerbe-Ordnung aufgenommen, dann wäre er auch 1892 in derselben Fassung in das preussische Verfassungsgesetz gekommen.

Bei aller Geschwätzigkeit ist Erzberger ein sehr talentvoller Schwelger, indem er mit großem Geschick das verschweigt, was ihm nicht in den Aram paßt. Erzberger behauptet: die Sozialdemokraten waren prinzipielle Gegner der Arbeiterauschüsse und er führt zum Beweise dafür einige Sätze aus einer Rede unseres Genossen Vebel an, wobei er verschweigt, daß diese Rede sich gegen die Fassung des § 134h richtete, die dem Reichstage vorlag. Sonst ergaben die Verhandlungen das genaue Gegenteil. Bei der ersten Lesung am 19. Mai 1890 sagte Genosse Willenberger: „Ich gestehe zu, daß ich von den Arbeiterauschüssen, wie sie jetzt schon vielfach bestehen, nicht viel halte. Trotz dem können sie manches Gute wirken, das will ich keineswegs in Abrede stellen; namentlich da, wo sie frei gewählt und nicht ernannt sind von den Arbeitgebern und infolgedessen das Vertrauen der Kollegen genießen, kann manche Differenz, manche Streitigkeit und mancher Zwist rechtzeitig vermieden werden.“ Also die grundsätzliche Ablehnung war nicht vorhanden. Worum handelte es sich und was lehnte Vebel grundsätzlich ab? Der Streit drehte sich darum: ob vor dem Erlaß von Arbeitsordnungen die Arbeiter selbst oder nur ein Ausschuss gehört werden solle; und ferner: wie der Ausschuss gebildet wird. Der Antrag, daß die Arbeiterauschüsse in geheimer Wahl gewählt werden müssen, war gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Nun konnte nach der Fassung der Kommission ein vom Unternehmer ernannter Arbeiterausschuss über den Inhalt der Arbeitsordnung gehört werden. Wegen dieser Bestimmung wandten sich unsere Genossen. Zwar kann der Arbeiterausschuss der Vorstand der Betriebskasse sein, und für diesen gilt nach § 37 des Krankenversicherungs-Gesetzes das geheime Wahlrecht, aber diese Vorschrift ist erst durch die Novelle vom 10. April 1892 geschaffen.

Durch § 74 des Krankenversicherungs-Gesetzes hat man eine Anzahl von Bestimmungen des Krankenversicherungs-Gesetzes auf die Knappschaftslagen ausgedehnt, aber nicht den Abs. 3 des § 37. Haben die Sozialdemokraten die Annahme des von Erzberger gepriesenen § 134h verhindert, dann haben sie ein gutes Werk getan, indem sie dadurch auch verhindert, daß die Grubenbarone beliebig eine Körperschaft bilden und dieser die Befugnisse übertragen können, die dem Arbeiterausschuss zufallen. Der Sozialpolitiker des Zentrums entspricht es freilich, nur den Namen einer populären Einrichtung zu retten. Unsere Genossen suchen aber nur solche Dinge in die Gesetzgebung hineinzubringen, die den Arbeitern nützen. Durch den § 134h sollten die nützlichen Bestimmungen des § 134a wieder aufgehoben werden. Das war es, was unsere Genossen bekämpften. —

Ein neues Verbrechen des „Vorwärts“ hat die „Rhein.-Westf. Ztg.“ entdeckt und die „Tägl. Rundsch.“ jubelt ob des glorreichen Fundes. Wir hatten kürzlich das kriegerische Dramabüchere des Generalkommandos v. Eichhorn in Homburg mitgeteilt und ein wenig kritisiert. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ wirft uns vor, daß wir von einigen Worten, die darauf der Kaiser bei dem Festmahle der Provinz Hessen sprach, nicht Notiz nahmen. Der Kaiser sagte nämlich:

„Dabei möchte ich aber auch den tiefen Eindruck nicht vergessen, den mir das Weh und Leid, das der Krieg in ein Land hineinführt, und das, was die Menschen ausgedehnt und ausgehalten haben, damals gemacht hat. Hieraus läßt sich erklären, daß ich als Regent es meine Hauptaufgabe sein lasse, daß meinem Lande der Friede erhalten bleibe.“

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“, welche täglich in lärmender Welt-politik arbeitet, gerät plötzlich zu polemischen Zween gegen den „Vorwärts“, in Friedensbegeisterung. Sie legt den Bemerkungen des Kaisers erhebliche Bedeutung als Richtschnur der Eichhornschen Kriegserregung bei und erklärt feierlich, obgleich Worte des Kaisers schwerer ins Gewicht fallen als die eines Generals, bringe der „Vorwärts“ seine Silbe davon.

Das Verbrechen ist wirklich begangen. Aber es ist nicht das einzige dieser Art, die „Rhein.-Westf. Ztg.“ könnte uns noch mancher ähnlich schwerer Verwicklungen überführen; erst gestern haben wir eine lange Festschrift, die der Kaiser in Aachen hielt, nicht verzeichnet. Bürgerliche Blätter schreiben über solche Fieber-Parasiten. Wir erlauben uns, den Byzantiner Aukt, der jede Aeußerung des Fürsten eifrig behudelt, höchst widerwärtig zu finden und uns darauf zu be-

*) Vergl. Nr. 170, 185, 191, 196, 200, 206, 208 des „Vorw.“

Schranken, lediglich solche monarchischen Aeußerungen zu bezeichnen, die irgendwie charakteristisch oder politisch wichtig sein können.

Seine friedlichen Bemerkungen des Kaisers bringen aber unseres Erachtens keinen neuen Zug in das bekannte Bild. Der Kaiser hat oft ähnliches bemerkt und seine Bemerkungen entspringen einem Empfinden, das Millionen andere Menschen auch hegen und aussprechen, ohne daß die Mitriaken davon Aufhebens machen. Es kommt hinzu, daß die Bemerkungen des Kaisers nicht jeden Tag so friedvoll klingen wie die oben zitierten, daß schnell sich wieder Stimmungen anderer Art vorbedängen; sagte doch der Kaiser wohl nur einen Tag später:

Nicht im leichten Paradeside, sondern wie zum ernsten Waffengang standen die Söhne des Rheinlandes heute vor mir. Feldmarschallig war die Ueberfülle über dem heutigen Tage. Die Marine nennt das „Nax zum Gefecht“. Die schönste Wehr, die der preussische Soldat tragen kann, ist das Kleid, in dem er seinem Gegner im Felde siegreich entgegentritt, das schönste Gewand, das ein Grenzcorps tragen kann, wenn es vor seinem Kaiser sich zeigt. Daß dieses Grenzcorps die Wacht am Rhein gut halten wird, darauf vertraue ich in Ruhe nach dem, was ich heute gesehen habe. Das achte Armecorps hurra, hurra, hurra!

Das klingt nicht so sehr anders als was Generalleutnant v. Eichhorn meinte, und bei solchem Wechsel der Gedanken ist nach Gelegenheit und Stimmung werden wir trotz des Jörnens der „Rhein-Westf. Zeitung“ auch in Zukunft und gestatten, auch von kaiserlichen Reden gerade dasjenige festzuhalten, was uns von politischem Interesse erscheint.

Der Fall Martin.

Der Regierungsrat im Statistischen Amt Martin hat, wie bekannt, eine Schrift veröffentlicht, in der er das Gland der russischen Finanzen darstellte. Diese Skizzen und Berichtswörterart mußte gerichtet werden, und der Beamte wurde in einer angeblich vom Generalmajor Bülow eigenhändig verfaßten Note aller Welt als ein abenteuerlicher Phantasi denunziert. Nun hat man auch eine Untersuchung gegen den Grebler eingeleitet, über welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet:

In verschiedenen Blättern ist von einem Fall Martin die Rede, der darin besteht soll, daß gegen den Regierungsrat im kaiserlichen Statistischen Amt Martin wegen der in seinem Buche über Japan und Rußland geäußerten Vermutungen Ermittlungen eingeleitet seien und daß sich die Regierung bemühe, die Verbreitung des Buches zu hindern. Ehe sich diese Meinung festsetzt, wollen wir erklären, daß sie auf ganz falschen tatsächlichen Voraussetzungen beruht. Der Inhalt des Martin'schen Buches ist für die amtlichen Kreise vollständig mit der Erklärung erledigt, die wir am 3. D. veröffentlicht haben. Für die Reichsbehörden ist es daher auch ganz gleichgültig, ob und in welchem Umfange das Buch weiter verbreitet wird. Wichtig ist, daß amtliche Ermittlungen angestellt worden sind; diese beziehen sich aber lediglich auf die Frage, ob der Regierungsrat Martin, als Autor einer Privatarbeit, die Abschluß des Vertrags und bei der Abfassung eines Propädeutischen für den Betrieb des Buches die Rücksichten auf seinen Amtscharakter gewahrt, oder ob er — wie auch aus einer Erklärung des Verlegers hervorzugehen scheint — die amtliche Eigenschaft seiner Person mißbraucht hat. Hiernach entbehrt der sogenannte Fall Martin des politischen Charakters, den ihm einzelne Blätter beizulegen versucht haben.

Es scheint also etwas wie moralischer Mißbrauch der Amtsstellung konstruiert werden zu sollen. Es ist erstaunlich, wie zart empfindlich die Regierung ist, wenn einer der Bureauraten einmal gegen Rußland etwas schreibt. Ob Herr Martin wohl ein Haar gekümmert worden wäre, wenn er den Glanz der russischen Finanzen geschildert oder ein grundverlogenes Buch gegen die Sozialdemokratie verfaßt hätte?

Wir kennen längst die intimen Beziehungen, die zwischen der hohen staatlichen Bureaucratie und der Welt des kapitalistischen Profits herrschen. Wir wissen ja, daß die Exzellenzposten immer mehr zu hohen Vorposten für die Leitung großkapitalistischer Unternehmungen werden. So aber einer gegen Rußland ein Wort sagt, wird sofort peinlich ergründet, ob er nicht etwa mit seinem Titel getuscht hat.

Die Moralitätskritik der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der Regierung hat ihre Geheimnisse und Widersprüche. Was denken diese Moralisten z. B. über die Tatsache, daß beamtete Würdenträger dauernd für Scherls Reinigungsfabrik arbeiten, die doch nicht wegen ihrer literarischen Fähigkeiten, sondern lediglich wegen ihrer amtlichen Stellung honoriert werden? Was denkt man z. B. über Herrn Komen, der sogar über schwebende Prozesse für Scherl schriftstellert, mit denen er seinem amtlichen Charakter nach zu tun hat?

Niemand glaubt an das Zartgefühl der Regierung im Falle Martin. Nur daß er nicht vor dem Jarnismus rutschte, das war sein Verbrechen.

Ein Divisionspfarrer vor dem Reichs-Militärgericht.

Der Fall des früheren katholischen Kaplans und jetzigen evangelischen Divisionspfarrers Wachstein aus Minden hat am Mittwoch das Reichs-Militärgericht in der Margrafensirasse beschäftigt. Divisionspfarrer Wachstein steht unter der Anklage, sich in einem Vortrage vor dem Osnabrücker Zweigverein des Evangelischen Bundes am 19. Januar d. J., betitelt: „Ein Blick in die Seele des Ultramontanismus“, der Beschimpfung der katholischen Kirche schuldig gemacht zu haben. Ein Berichterstatter der katholischen „Osnabrücker Volksztg.“ veröffentlichte unter der Spitzmarke: „Ein abgefallener katholischer Priester“ einen ausführlichen Auszug aus dem Vortrage Wachsteins, und dieser Bericht liegt wesentlich der Anklage zugrunde. Die Anklage erstreckt sich 1. auf Herabsetzung des Papsttums, 2. Beschimpfung des Marienkultus und 3. der heiligen Messe. Die Angelegenheit hat am 23. Mai d. J. das Divisionsgericht der 18. Division in Münster in Westfalen und infolge Berufung des Gerichtsherrn, Generals v. Winterfeld, am 26. Juni das Oberkriegsgericht in Münster beschäftigt. In beiden Fällen wurde Wachstein nach einstündiger Verhandlung freigesprochen. Der Gerichtsherr hat auch die Urteilsfindung angefochten, und so ist die Angelegenheit nunmehr bis vor das Reichs-Militärgericht gekommen.

Der Vertreter der Anklage, Reichs-Militärgerichtsrat Kenschel begründet die Revision, indem er rügt, daß von dem Vorgesetzten nicht berücksichtigt sei, daß der Angeklagte ein Geständnis dahin abgelegt habe, er hätte es für möglich gehalten, daß Katholiken anwesend sein könnten (dolus eventualis). Er habe ja gesagt: „Wenn Katholiken unter uns sind, so bitte ich sie, nicht anzunehmen, daß wir ihnen wehe tun wollen“. Ferner habe der Angeklagte angegeben, gewußt zu haben, daß auch Nichtmitglieder des Evangelischen Bundes anwesend seien. Wenn das Urteil daher sage, objektiv sei „Dessentlichkeit“ gegeben gewesen, subjektiv aber nicht, so sei das geradezu eine widersprechende Begründung. Der Eventualdolus liege unbedingt vor. Das Reichsgericht habe den Begriff der „Dessentlichkeit“ noch viel mehr erweitert, das Reichs-Militärgericht werde diesem Beispiel folgen müssen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt v. Borries führt aus, er sei der Ansicht, daß das Verfahren unzulässig sei, weil der Anklageverfügung die Unterschrift des Kriegsgerichtsrats fehle und die Anklageverfügung dem Angeklagten nicht bekannt gegeben sei. Seines Erachtens müsse deshalb das Verfahren eingestellt werden, wie er das bereits früher beantragt habe, denn dieser Mangel lasse sich nicht heilen. Der Angeklagte müsse aber auf alle Fälle auf Grund des § 59 des Strafgesetzbuchs freigesprochen werden, da er „das Vorhandensein von Tatumsständen nicht gekannt habe, welche zum gesetzlichen Tatbestande“ gehörten. Er bitte, die Revision zurückzuweisen; die Urteilsbegründung sei durchaus logisch. Das Urteil habe alle Punkte geprüft, welche nach Ansicht der Anklage geprüft werden mußten. Der dolus eventualis könne auch nicht zur Anwendung kommen, weil der Angeklagte die zitierten Worte an die Katholiken nur in dem Sinne gerichtet habe, daß er sie als Eindringlinge stempeln wollte, wenn sie anwesend wären. Er bitte, die Revisionsanträge zurückzuweisen.

Reichs-Militärgerichtsrat Kenschel repliziert, wenn die Ansicht der Verteidigung richtig sei, so könne ja dann ein widerpenfziger Kriegsgerichtsrat das ganze Strafverfahren lahmlegen.

Rechtsanw. v. Borries ist der Ansicht, daß tatsächlich eine gewisse Lücke in dem Gesetze vorhanden sei. Ein inneres Band zwischen den Mitgliedern des evangelischen Bundes sei zweifellos vorhanden, wie die Zeugnisse beweisen. Wenn man das berücksichtigt, so müsse man zu der Ueberzeugung kommen, daß eine Dessentlichkeit im Sinne des Gesetzes nicht vorliege.

Der Angeklagte selbst verzichtet auf das Wort. Nach einstündiger Beratung verurteilte der Senat die Anklage zum Urteil dahin: Das Urteil des Oberkriegsgerichts von dem Generalleutnant des 7. Armeekorps vom 23. Mai 1905 wird nebst den tatsächlichen Feststellungen aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Berufungsinstanz zurückzuverweisen.

In der Urteilsbegründung führt der Vorsitzende aus: Der Senat ist der Ansicht, daß die Anklageverfügung zu Recht besteht. Wenn der Kriegsgerichtsrat glaubt, mit den Weisungen des Gerichtsherrn nicht einverstanden sein zu können und Widerspruch dagegen geltend macht, so hat er nach Maßgabe des § 97 Abs. 3 der Militärstrafprozessordnung unverzüglich die Akten dem Oberkriegsgericht vorzulegen. Das ist geschehen und dadurch, daß das Oberkriegsgericht sich auf den Standpunkt des Gerichtsherrn stellt, tritt durch diesen Beschluß der Beschluß des Gerichts an die Stelle der Unterschrift des Kriegsgerichts. Eine Zustellung dieses Beschlusses war nach Ansicht des Senates nicht geboten. Der Senat geht davon aus, daß der Angeklagte sich aus den Akten orientieren kann, und daß dieser Beschluß des Oberkriegsgerichts nicht etwa lediglich eine Bestimmung zugunsten des Angeklagten ist, sondern eine im öffentlichen Interesse stehende. In der Frage der Dessentlichkeit steht der Senat vollständig auf dem Standpunkte der Reichsmilitär-Anwaltschaft und des Urteils des Reichsgerichts vom 5. Januar 1901.

Donach ist der Begriff „Dessentlichkeit“ nicht mehr so eng zu fassen, wie im früheren preussischen Recht. Es kommt nach Ansicht des Senats, je nach den besonderen Umständen, nur darauf an, daß eine unbestimmte Anzahl von Personen das betreffende Wort gehört haben bzw. hören konnten oder sehen konnten. Das Urteil des Oberkriegsgerichts stellt objektiv fest, daß die Versammlung eine öffentliche war. Es lehnt aber den Begriff der Dessentlichkeit ab mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte sich nicht bewußt gewesen sei, daß es sich um eine öffentliche Versammlung handelte, und zwar um eine Versammlung des Evangelischen Bundes, nicht etwa um eine Versammlung von Mitgliedern des Evangelischen Zweigvereins Osnabrück. Unter diesen Voraussetzungen hätte das Oberkriegsgericht noch prüfen müssen, welche Bestimmungen die Statuten des Evangelischen Bundes aufstellen in bezug auf Zutritt und Austritt von Mitgliedern, wie über die Art der Verbindung überhaupt. Was von den politischen Vereinen gilt, gilt nach Ansicht des Senats entsprechend auch für die religiösen und wirtschaftlichen Vereine, wenn es sich darum handelt, festzustellen, ob der Ausschluß der Dessentlichkeit erkennbar ist. Da der Angeklagte zugegeben hat, daß er wohl an die Anwesenheit eines Katholiken gedacht hat, so hätte das Oberkriegsgericht auch in Erwägung ziehen müssen, ob der Angeklagte nicht Katholiken überhaupt ins Auge gefaßt hat und er dabei nicht auch daran gedacht hat, daß die Voraussetzungen des sogenannten dolus eventualis vorlagen. Ferner hat das Oberkriegsgericht die Erklärung des Angeklagten, es sei ihm bekannt, daß auch Nichtmitglieder nicht zurückgewiesen werden, nicht berücksichtigt. Diese Feststellung muß nachgeholt werden.

Endlich hat das Oberkriegsgericht hinsichtlich des subjektiven Verhaltens des Angeklagten keine tatsächlichen Feststellungen getroffen, vielmehr erklärt: Da wir die Dessentlichkeit überhaupt verneinen, so ist es überflüssig, sich über das Vorhandensein der sonstigen Tatbestandsmerkmale zu verbreiten. Dem Reichsmilitärgericht fehlt unter diesen Umständen eine Unterlage zur Nachprüfung in diesem Punkte. Es muß deshalb auch hier eine tatsächliche Feststellung von der Vorinstanz nachgeholt werden.

Internationale kriminalistische Vereinigung.

Hamburg, den 18. September.

(Telegraphischer Bericht.)

Erster Gegenstand der heutigen zweiten Sitzung ist: Die kann für bestimmte Kategorien von Rückfälligkeiten der Begriff der Gemeingefährlichkeit des Täters an die Stelle des heute ausschließlich angewandten Begriffs der verbrecherischen Tat gesetzt werden?

Den Hauptvortrag hierzu hält Professor Dr. Frins-Drüffel. Die Hauptfrage, wärte er aus, ist die: Soll man den Verbrecher für das strafen, was er getan hat, oder für das was er tun wollte, oder für das, was er ist? Die klassische Schule berücksichtigte nur die begangene Tat und stellte ihr lediglich den Begriff „Strafe“ gegenüber. Die moderne Schule beschäftigt sich dagegen nicht nur mit der Tat, sondern auch mit dem psychischen und sozialen Zustande des Verbrechers. Redner beipflichtet insbesondere die Vergehen der Landstreicherei und der Wettelei als Zustände, die gemeingefährlich werden und deshalb eine längere Internierung nach sich ziehen könnten. Dasselbe gelte von der Trunkenheit und von den jugendlichen Verbrechen.

Das gegenwärtige Verfahren, das darin besteht, daß man einzig und allein das berücksichtigt, was der Rückfällige getan hat, und das darauf hinzielt, einen Verbrecher, der bereits unzählige Vorstrafen erlitten hat, für eine verhältnismäßig kurze Zeit in ein Gefängnis treten zu lassen, sei abstrakt und illusorisch. Man müsse vielmehr den Rückfälligen für das, was er ist, bestrafen und ihn für längere Zeit unterbringen, sobald eine gewisse Zahl Vorstrafen sicher erkennen läßt, daß man vor einem Menschen steht, den man gemeingefährlich nennen kann. In der Praxis werde es sich vornehmlich darum handeln, den Augenblick zu suchen, in dem die Gemeingefährlichkeit beginnt, das heißt, wieviel Vorstrafen der Verbrecher erlitten haben solle, ehe man ihn nicht für das, was er getan hat, sondern auch für das, was er ist, bestrafe. (Beifall.)

Zu dem gleichen Thema sprachen noch die Advokaten Jaspard und Dupont-Drüffel. Ersterer meinte, die modernen Kriminalisten hätten längst die Wahrheit des Spruches erkannt, daß es keine Verbrechen gibt, sondern nur Verbrecher. Dieser heute so einfach klingende Satz sei lange Zeit nicht anerkannt worden und besonders habe man der Behandlung der rückfälligen Verbrecher nicht die notwendige Aufmerksamkeit zugewandt. Freilich bieten sich hier große Schwierigkeiten. Was ist eigentlich ein rückfälliger Verbrecher? und spezieller gefragt: was ist ein unverbesserlicher rückfälliger Verbrecher? Was versteht man unter einem anormalen Menschen oder einem geistig defekten Menschen? Und wenn man diese Unterscheidungen machen kann, wie soll man dann diese Verbrecher bestrafen und wie sich vor ihnen schützen? Soziale Fragen, so viele Schwierigkeiten! Und manche von ihnen scheinen direkt unlösbar, sobald es der Strafwissenschaft bis jetzt noch nicht gelungen sei, eine entsprechende Antwort darauf zu geben. Der einzige Weg zum Ziele sei der, die Fälle, die die Erfahrung uns enthalte, zu analysieren. Es falle einem da bald die Unwirksamkeit der Strafen für rückfällige Verbrecher ins Auge, und wenn die Strafe wirkungslos bleibe, dann müsse die Art des Strafzuges mangelhaft sein. Und was solle man mit dem normalen Menschen machen, der nicht psychisch defekt sei und der seine Strafe meist mit einiger Geduld erdulde? Man sollte die rückfälligen Verbrecher als eine besondere Art von Menschen behandeln, die besondere Maßregeln fordern, dabei aber auch die Rückfälligen nicht vergessen, die noch einmal zu einem besseren Leben zurückkehren können und die Verirrungen der Jugend nicht zu schwer ins Gewicht fallen lassen. Aus alledem ergebe sich, daß das Strafsystem und der Strafvollzug der Gegenwart einer gründlichen Reform bedürfe. (Beifall.)

Dupont-Drüffel schließt sich im wesentlichen dem Vordredner an. Die Strafgesetze sollen in erster Linie die Gesellschaft schützen und müssen daher unter dem neuen Gesichtspunkte behandelt werden, die ihnen von der kriminalischen Soziologie diktiert werden. Nicht die Zahl der Verbrecher habe zugenommen,

sondern die Zahl der Vergehen. Das Verbrechen sei direkt zum Handwert einer bestimmten Kategorie von Menschen geworden. Der rückfällige Verbrecher sei ein vollständig antisoziales Wesen, er greife die Gesellschaft von allen Seiten an. Als Strafe für den Rückfälligen sei eine Verlängerung der Strafzeit für das begangene Verbrechen angebracht, da das die einzige Sanktion sei, um die weitere Entwicklung des berufsmäßigen Verbrechertums zu hemmen. Zwei besondere Arten von Rückfälligen will Redner aber von der allgemeinen Regel ausgenommen wissen: die Unverbesserlichen, die man gänzlich von der Gesellschaft ausschließen solle, und diejenigen, die gewohnheitsmäßig kleinere Vergehen auf sich laden und die nicht direkt eine soziale Gefahr bedeuten, sondern sich nur unbequem machen, wie die gewöhnlichen Bagabunden und Bettler. Für solche Bagabunden, die besonders wertlos für die Gesellschaft und oft auch gefährlich sind, sollte die Wiederholung mehrerer kleinerer Freiheitsstrafen durch eine längere Inhaftierung ersetzt werden. Dasselbe gelte von den kindlichen Verbrechern. Aber diese längere Gefangenschaft müsse in einer milderer Form gehandhabt werden und dürfe nicht an den Wagnis und das Fesselgefängnis erinnern. Es sollen Zelle sein und keine Zuchthäuser. (Zustimmung.)

Zu der Diskussion weist Professor v. Liszt auf die Schwierigkeiten der Materie hin. In diesem Zusammenhang werde man auch die Frage der bedingten Verurteilung regeln müssen. Es wird auch sehr schwierig sein festzustellen, wer die Gemeingefährlichkeit feststellen soll, ob der Richter oder eine andere Behörde. Er meinte, die Frage sei noch nicht spruchreif.

Strafanstaltsdirektor Dr. Finkelnburg aus Düsseldorf weist darauf hin, daß unter deutsches Reichs-Strafgesetzbuch schon die Rückfälligen genügend treffen könne. Er meinte im Gegenteil, die jetzigen Bestimmungen über die Rückfälligen seien in vielen Fällen schon von einer ganz ungerechtfertigten Härte. Es gebe auch Verbrecher, von denen man sagen kann, sie sind besser als ihr Ruf. Es müßten von den Rückfälligen alle diejenigen ausstrichen werden, die infolge unserer mangelhaften sozialen Institutionen mit dem Strafgesetzbuche in Konflikt gekommen sind. Zum Schluß einigt man sich dahin, daß das Bureau beauftragt wird, die Frage einer erneuten Erwägung zu unterziehen und sie auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu legen.

Dienstag früh beginnt die Sitzung mit dem heute zurückgestellten Referate des Professors v. Liszt: „Die Behandlung der vermindert Zurechnungsfähigen“.

„Kongo-System“ in Deutsch-Kamerun.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Hamburg veröffentlicht die Hamburger Watanga-Firmen eine energische Protesterklärung mit schweren Anschuldigungen gegen das von der Gesellschaft Südamerun betriebene „Kongo-System“. Die Schwarzen würden ohne Veranlassung niedergedrückt. Der Umstand, daß die Gesellschaft eine Expedition ausgerüstet gegen die Njam-Beute, um eine Forderung von 100 000 M. einzutreiben, sei die erste Veranlassung gewesen zum Ausbruch von Unruhen. Auch das rücksichtslose Vorgehen des Grafen Schlippenbach, der mit dem der Gesellschaft gehörenden Dampfer die Fischer-Anlagen der Regier zerstörte, habe Grund zur Unzufriedenheit gegeben. Die Erklärung schließt mit der Forderung, daß Südamerun dem deutschen Handel offen bleiben müsse. „Wir sind nicht gesonnen, uns durch weitere Konzessionen der Regierung an die Gesellschaft Südamerun hinaussetzen zu lassen.“

Ausland.

Keine Wahlreform in Ungarn.

Es ist gekommen, wie es unser Wiener Korrespondent als das wahrscheinlichste vorausgesagt hat: das Haus Habsburg hat seinen Frieden mit der ungarischen Koalition geschlossen, weil es getreu seinen reaktionären Tendenzen von einer Wahlreform nichts wissen wollte. Die Krone hat den Kossuth-Beuten Fejervary zum Opfer gebracht, um einen kurzen Waffenstillstand zustande zu bringen. Daß sie sich dabei nur den denkbar faulsten Frieden erschaßert hat, daß damit die das ganze Staatsleben zerrüttende Frage des Dualismus nur auf eine kurze Spanne Zeit vertagt, aber beileibe nicht überhaupt aus der Welt geschafft ist, das weiß die Krone nur zu genau. Aber das Haus Habsburg hat ja längst auf jede weitestgehende Politik verzichtet, hat sich längst damit beschieden, sein Dasein von Kompromissen Gnaden kümmerlich von einem Tage zum anderen zu fristen. So ist es auch jetzt wieder der Entscheidung ausgewichen, um recht und schlecht weiterzuwurseln.

Die ungarische Koalition, diese Vertreterin der Privilegierten, war ihrerseits durch das Auftauchen der Wahlrechtsreform zur Nachgiebigkeit gezwungen. Diese Vertretung der Unterdrückten fremder Nationalitäten und des eigenen Volkes wußte nur zu gut, daß eine wesentliche Erweiterung des Wahlrechtes das Ende ihrer Herrschaft und der Politik des oben staatsrechtlichen Konflikt bedeuten würde. Sie wußte, daß dann auch die Rechte der geknechteten Nationen respektiert werden müßten, daß vor allen Dingen auch die jetzt rechtlosen, skandalös ausgebeuteten Volkschichten in den Klassenkampf eintreten würden, daß der staatsrechtliche Strudel der Erörterung wichtiger politischer und sozialer Fragen weichen würde. Damit wäre aber die Vorherrschaft der ungarischen Gentry gebrochen gewesen. Und um dieser Gefahr zu entgehen, war die Koalition sofort zur Einstellung ihrer im Augenblick vorher scheinbar noch so unerbittlichen Fehde bereit. Ehe man sich der Gefahr einer Wahlreform aussetzte, schloß man seinen Waffenstillstand mit der Krone.

Das Kabinett Fejervary schien es wirklich ernst mit seiner Taktik gemeint zu haben, dem unabsehbaren dualistischen Hader durch den Appell an das Volk ein Ende zu machen. Es scheint, als ob der Minister Kristoffy bei seinem Vorstoß zugunsten des allgemeinen Wahlrechtes im Einverständnis mit Fejervary gehandelt habe. Die Unterhandlungen Fejervarys mit dem Kaiser drehten sich um die Frage des Wahlrechtes. Aber die Krone fürchtete das allgemeine Wahlrecht mehr als alle magyarischen Umtriebe. Und das österreichische Kabinett, das offenbar fürchtete, daß eine Wahlreform in Ungarn auch auf das schändliche Wahlrecht in Oesterreich auf die Dauer nicht ohne Einfluß bleiben könnte, schürte eifrig die Abneigung des Kaisers gegen die Verhältnisse. Namentlich der Ministerpräsident Herr v. Gautschi erhob Einspruch mit dem Hinweis auf die Wirkungen auf Oesterreich. Er entpuppte sich als Haupt der reaktionären Kamarilla gegen den politischen Fortschritt. So ließ man denn Fejervary fallen und bot den Kossuth-Beuten die Hand zur Veröhnung. Franz Kossuth, der Graf Julius Andrássy, Tisza sowie Baron Wassffy sollen noch im Laufe der Woche nach Wien berufen werden, damit dort über die Höhe des Volkes hinweg der schmähliche Anshandel perfekt gemacht wird.

Ob sich das ungarische Volk das so ohne weiteres gefallen lassen wird? Die Wahlrechtsbewegung hat bereits zu hohe Wogen geschlagen, um das zu erwarten. Und der schmähliche Verrat der Kossuth-Beute liegt zu klar auf der Hand, als daß nicht ein Sturm der Empörung gegen diese

Berräter und ihre österreichischen Verbündeten losbrechen sollte. Und bessere Argumente für das allgemeine Wahlrecht konnten dem seine Rechte heißenden Volke gar nicht gegeben werden, als durch die Rede Kristoffys. Es wird sich zeigen, ob die Arbeiterklasse bei den gleichfalls entrechteten bürgerlichen Schichten die Unterstützung finden wird, die die Unwiderstehlichkeit der Wahlrechtsforderungen gewährleistet.

Der Zwist auf der skandinavischen Halbinsel.

Die Situation, unter der die Delegierten der beiden Länder die Verhandlungen, die ja nun gestern wieder aufgenommen worden sind, in der vorigen Woche vertagten, wird nach dem, was trotz der strengen Geheimhaltung an die Öffentlichkeit gedrungen ist, als sehr ernst angesehen. Wie verlautet und allgemein angenommen wird, haben die norwegischen Delegierten als Bedingung für die Niederlegung der Grenzfestungen einen garantierten Schiedsgerichtsvertrag zwischen den beiden Ländern verlangt. Schweden ist, wie das ja schon im Beschluß des außerordentlichen Reichstages ausgesprochen wurde, nicht abgeneigt, einen solchen Vertrag zu schließen, doch sollen die schwedischen Delegierten verlangt haben, daß Norwegen zunächst seine Grenzfestungen schleifen solle und daß über jene Frage erst später verhandelt werde. Ferner verlautet, daß die Schweden gegen die norwegische Forderung, der Garantie des Schiedsgerichtsvertrages, sein sollen, und es ablehnen, daß irgend ein Dritter sich in die Verhältnisse auf der skandinavischen Halbinsel einmische, was wohl unter dem Worte „garantiert“ verstanden wird.

„Wenn diese Mitteilungen richtig sind, und daran ist kaum zu zweifeln,“ schreibt Kristianlas „Social-Demokraten“, „so zeigen sich die schwedischen Unterhändler damit in einem eigentümlichen Licht. Sie fordern die Schleifung der norwegischen Grenzfestungen des Friedens wegen, lehnen aber die Verpflichtung ab, auf einen Schiedsgerichtsvertrag einzugehen, der gerade den zwei Ländern diesen Frieden sichern soll. Mit dieser Tatsache vor Augen liegt die Vermutung nahe, daß die schwedische Forderung einen anderen Zweck als den in der schwedischen Presse verkündeten hat. Aber wir unterlassen es, diesen Zweck näher anzudeuten. Wir hoffen, daß die norwegischen Unterhändler fortdauernd ein billiges Entgegenkommen zeigen werden. Und so wird es Sache des freisinnigen Schwedens sein, dem Geist des Friedens Respekt zu verschaffen, von dem die schwedischen Politiker wenig beeinflusst zu sein scheinen, der aber doch jedenfalls teilweise dem Beschluß des außerordentlichen Reichstages innewohnt. Es sei daran erinnert, daß es dieser Beschluß ist, der auf die Notwendigkeit eines Schiedsgerichts-Übereinkommens hinweist, und es würde dem wenig entsprechen, die Einigung an einem unerklärlichen Widerstand gegen diese Frage scheitern zu lassen.“

Diese Ausführungen unseres Bruderorgans sind offenbar durchaus zutreffend. Doch braucht man wohl nicht gerade anzunehmen, daß die schwedischen Unterhändler gerade den Hintergedanken hegen, ihrem Lande nach Schleifung der norwegischen Festungen die Möglichkeit eines Ueberfalles auf das „abtrünnige“ Brudervolk zu geben. Vielleicht ist es nationale Eitelkeit oder Rücksicht darauf, daß man von Norwegen bedingungslose Annahme der schwedischen Hauptforderung verlangt. Ein Krieg gegen Norwegen dieser Differenz wegen scheint denn doch, namentlich nach dem Resultat, das die Kammerwahlen bisher ergeben haben und das noch eine weitere Schwächung der „vaterländischen“ Parteien verspricht, ein wahnsinniges, unmögliches Unternehmen, das nicht nur vom arbeitenden Volke, sondern auch von den berechnenden Vertretern der Industrie und des Handels aus rein wirtschaftlichen Gründen verworfen werden muß.

Gleichwohl äußert auch Branting in Stockholms „Social-Demokraten“ in einem „Die Gewitterwolken ziehen sich zusammen“ überschriebenen Leitartikel schwere Bedenken über die gegenwärtige Situation. Anknüpfend an die Äußerungen des norwegischen „Social-Demokraten“ bemerkt Branting weiter:

„Wir müssen unserem norwegischen Bruderorgan darin vollkommen recht geben, daß es eine Absurdität wäre — ja, was sagen wir, ein Verbrechen! — wenn die Verhandlungen daran scheitern sollten, daß man keine Form finden kann, um zwei so nahe liegende Standpunkte wie den norwegischen: wir schleifen die Grenzfestungen unter der Bedingung eines Schiedsgerichtsvertrages, und den schwedischen: wir gehen auf den Schiedsgerichtsvertrag ein, aber erst nachdem wir Euch verpflichtet haben, Euerer Festungen zu schleifen, auszugleichen. Die Frage, ob das Schiedsgericht „garantiert“ sein soll oder nicht, wird wohl auch nicht unlöslich sein. Wenn die schwedischen Unterhändler sich bis auf weiteres gewisse Großmachtsgarantien vorbehalten haben, so dürfte das wohl zu verstehen und auch zu billigen sein. — Wir wiederholen: es wäre ein Verbrechen, wenn man des formalistischen Zwistes wegen, wann der Schiedsgerichtsvertrag, vorbeugend aller Kriegsgefahr, geschlossen werden soll, mit der Kriegsgefahr spielte.“

Erheben wir darum auf beiden Seiten der Grenze unsere Stimmen, wir alle, die wir Frieden im Norden wollen, wir alle, die zurückschrecken vor dem Fluch eines Bruderkrieges, und verlangen wir von denen, die morgen vormittag wieder in Karlsbad zusammenkommen: Ihr müßt Euch einigen auf der Linie: Fort mit den Grenzfestungen — Schiedsgericht für die Zukunft! Die Gefahr ist zu groß, wenn es jetzt nicht gelingt. Mögen sie, die heute abend von Stockholm und von Kristiania abreisen, den unerschütterlichen, absoluten Vorsatz mitnehmen: Hier müssen wir einen Ausweg finden, sonst opfern wir in unserer Verblendung unwiderruflich und für immer gerade das, um was es sich vor allem handelt: die Selbstständigkeit beider Länder.“

Frankreich.

Ein Streikverbot des Kriegsministers.

Paris, 11. September. (Fig. Ver.) Man muß Herrn Bertheux das Zeugnis ausstellen, daß er, wenn auch nicht gegen das System, so doch gegen die ärgsten Exzesse des Militarismus manches Verdienstliche unternimmt. Vor kurzem hat er einen energischen Erlaß gegen die körperlichen Züchtigungen in der Armee herausgegeben, und soeben wird eine Instruktion bekannt, die er telegraphisch an das Kommando des 20. Armeekorps in Nancy geschickt hat und die über das Verhalten der Truppen bei Streiks handelt. Diese Instruktion ist nicht nur von unmittelbarer praktischer Bedeutung, weil Nancy das Zentrum der jetzigen Streikbewegung im Osten Frankreichs ist, sondern sie ist prinzipiell durch die in ihr aufgestellten allgemeinen Normen von Wichtigkeit.

Der Erlaß zerfällt in zwei Abschnitte. Der erste ermahnt die Offiziere der in ein Streikgebiet entsendeten Truppe daran, daß sie nicht Partei gegen die Streikenden zu nehmen,

sie nicht als Aufrehrer, sondern als Bürger, die ein gesetzliches Recht ausüben, zu betrachten haben. Noch wichtiger ist der zweite Absatz, weil seine Ausführung nicht wie die des ersten an die Gesinnung und an den persönlichen Charakter der Offiziere gebunden ist. Der Minister befiehlt, daß die Offiziere Kantonnements von gleicher Art wie ihre Mannschaften beziehen. Ihre Kost sollen sie von außen kommen lassen, sofern sie sie nicht zusammen mit der Truppe bereiten lassen wollen. Der Erlaß verbietet den Offizieren, die Gastfreundschaft der Unteren zu annehmen.

Der Erlaß trifft jedenfalls eine der schmerzlichsten Seiten des militaristischen Systems. Nicht nur in Frankreich bedeutet die Streik- einquartierung eine forumpierende Gefelligkeit, bei der sich die entgegenkommende Liebenswürdigkeit der kapitalistischen Sippen mit der durch Freundschaft und Erkenntlichkeit gesteigerten „Schneidigkeit“ der Offiziere bezaubelt macht. Während der Mannschaft der Verlehr mit den ihrer Klasse angehörenden Streitenden streng unterzogen wird, legen sich die Offiziere in ihrem Umgang mit den Unternehmern in der Regel keinen Zwang auf und kommen oft in ein Verhältnis der Intimität, worin sie sich mit ihren Gastgebern sozial und persönlich solidarisieren. In Frankreich hat man schon unter André Broussais gemacht, dieser skandalösen Parteilichkeit Grenzen zu setzen. Ein Offizier, der bei dem südfranzösischen Landarbeiterstreik bei einem Ausbruch ein Frühstück genommen hatte, bekam Arrest diktiert. Daß der Verleugung Erlaß, dessen Intention anerkennenswert ist, den Geist, der die Wehrheit des Offizierkorps beherrscht, verändern wird, ist allerdings fraglich. Wenn die Armee wirklich unparteilich in sozialen Konflikten würde, könnte am Ende auch das Unternehmertum anfangen, den Rufen des Militarismus zu bezweifeln.

Spanien.

Valencia, 13. September. Bei dem am Sonntag aus Anlaß der Wahlen zur Deputiertenkammer stattgehabten Zusammenstoß zwischen Merikalen und Republikanern wurden 13 Personen verwundet, davon zwei schwer. Gestern abend kam es abermals zu einem Handgemenge. Es wurden fünf Verhaftungen vorgenommen.

Demissionsgesuch des japanischen Ministeriums.

London, 13. September. Die Nachricht von der Demission des japanischen Ministeriums, welche eben hier eingetroffen ist, kommt nicht unerwartet. Es heißt, der Mikado habe die Demission abgelehnt, dies sei jedoch nur der Form wegen geschehen. Es gilt als sicher, daß das Ministerium sofort nach der Eröffnung des Landtages gestürzt werden wird.

Tokio, 12. September. Eine Massenversammlung, die gestern in Djiala stattfand, nahm eine Resolution an, in der verlangt wird, daß der Friedensvertrag gebrochen werde und das Kabinett zurücktrete. Bei einer Aufzählung, die sich gelegentlich dieser Versammlung ereignete, wurden 40 Personen leicht und eine Person schwer verletzt.

Es bestätigt sich, daß die Demission des Ministers des Innern Hoshikawa nicht angenommen worden ist. Dem Brauche gemäß haben sämtliche Minister dem Kaiser ein Schriftstück überreicht, in welchem sie offiziell ihre Anzulänglichkeit anerkennen und um seine Entscheidung bitten, ob sie im Amte bleiben oder zurücktreten sollen; sie heben aber gleichzeitig die Notwendigkeit des Belagerungszustandes hervor. Der Kaiser erteilte die Antwort, daß die Minister auf ihren Posten verbleiben sollen.

Zum Untergang der „Mikasa“.

Tokio, 13. September. Ueber die Explosion des Panzerschiffes „Mikasa“ wird noch berichtet: Ein Offizier wurde getötet, fünf werden vermisst und 11 sind verletzt. Von den Matrosen sind 600 tot oder verwundet. Admiral Togo befand sich nicht an Bord. Das Panzerschiff sollte nach einem unbekanntem Bestimmungsorte abgehen. Es lag vor Sahebo vor Anker als plötzlich Feuer ausbrach, welches mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Eine Stunde nach Ausbruch des Feuers erfolgte die Explosion der Pulverkammer.

Tokio, 13. September. Zahlreiche Personen sind der Ansicht, daß die Explosion in einem gewissen Zusammenhange stehe mit dem Unwillen des Volkes über die Friedensbedingungen.

Tokio, 12. September. (Bureau Laffan.) Von den Opfern der „Mikasa“-Katastrophe sind bisher fünf Tote festgestellt und 343 Verwundete gerettet worden. 251 Mann fehlen. („Times“).

Die Revolution in Rußland.

Der Tatarenkrieg im Kaukasus.

Tiflis, 12. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Menge von Arbeitern und anderen Leuten drang heute in den Kathausaal ein, wo keine Sitzung stattfand. Der Gouverneur forderte den Bürgermeister auf, den Saal räumen zu lassen; als jedoch der Bürgermeister erklärte, die Mittel hierzu nicht zu besitzen, erhielt die Polizei den Befehl, vorzugehen. Der Polizeikommissar wurde durch die Menge heftig zurückgestoßen und ließ eine Sotnie Kosaken holen, deren Befehlshaber den Versuch machte, die Menge gegen das Versprechen, keine Verhaftungen vorzunehmen zu wollen, zum Auseinandergehen zu veranlassen. Die Menge antwortete mit lautem Geschrei, und während der Räumung schossen mehrere Leute mit Revolvern auf die Kosaken und vom Hofe und der Straße aus nach den Fenstern des Kathausaals. Ein Teil der Aufrehrer schlug eine Mauer eines benachbarten Hauses ein und legte von dort das Feuer fort, durch welches ein Kosak und ein Polizeigent schwer verwundet wurden.

Die Soldaten eröffneten dann das Feuer. Nach einer Viertelstunde waren 27 Personen getötet und 75 schwer verwundet.

Tiflis, 12. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die allgemeine Aufmerksamkeit ist gegenwärtig auf die Bezirksstadt Gori gerichtet, wo die revolutionäre Partei dem Ortsgeistlichen bei Todesstrafe verboten hat, an dem Sarge des vor einigen Tagen gestorbenen früheren Generalgouverneurs in Batum, des Generaladjutanten Fürsten Amilathwari, Gebete zu verrichten. Niemand wagt sich dem Sterbehause zu nähern. Die Leiche soll daher nach Tiflis gebracht werden, von wo bereits Truppen zur Bedeckung abgegangen sind. Die Lage ist beunruhigend; man befürchtet, daß am Tage der Beisetzung des Fürsten, der die ganze Bevölkerung gegen sich aufgebracht hatte, große Aufsehrungen stattfinden werden.

Das Gelsenstierschiff.

Die Affäre des mit Waffen beladenen explodierten Schiffes bleibt immer noch dunkel. Heute liegt folgendes Telegramm vor:

Stockholm, 12. September. Stockholms „Tidningen“ meldet aus Gelsingfors Einzelheiten über die Strandung des Dampfers bei Jakobstad. Danach sei in der Mittwochnacht ein unbekannter Landdampfer bei Koffstär, 25 Kilometer von Jakobstad angekommen. Während Sturmes und Nebels sei der Dampfer auf eine Sandbank, etwa vier Kilometer vom Lande entfernt, gestochen. Erst am Freitag hätten dann zwei Zollbeamte den Dampfer aufgesucht, um die Ladung zu rebi-

dieren. Als sie bei dem Schiffe anlegten, habe sie die englisch sprechende Besatzung mit dem Revolver in der Hand empfangen und ihnen zugeredet, sie könnten wählen, in die Luft gesprengt zu werden oder zum Lande zurückzukehren. Die Zollbeamten seien ungeliebt. Zwanzig Minuten später sei das Schiff in die Luft gesprengt, nachdem die Besatzung in Boote gegangen und fortgefahren war. Die Angelegenheit sei sofort der zuständigen Behörde gemeldet und der Gouverneur bald mit 100 Mann russischem Militär gekommen. Der Schiffsname sei übermalt, so daß nur das Wort John und die Silbe ston zu lesen seien. Nach Lloyds Register scheine der Dampfer „John Grafton“ zu heißen und in London beheimatet zu sein.

Gelsingfors, 13. September. (Meldung von „Nyhäus Bureau“.) Bei Leuten in der Nähe von Jakobstad beschlagnahmte Militär 5000 Gewehre, welche vermutlich von dem in die Luft gesprengten Schiffe stammen. Die Besatzung hat sich in das Innere des Landes begeben, ihr weiteres Schicksal ist unbekannt. Die finnischen Zolldampfer erhielten Befehl, die Küsten am Bottnischen Meerbusen zu bewachen. Der Generalzolldirektor hat sich nach Jakobstad begeben.

Der Schrecken.

Berdittshew, 12. September. Die Polizei entdeckte eine große geheime Waffenkammer; bei einer Verhaftung in der Synagoge wurden 67 Personen verhaftet, eine Menge revolutionärer Schriften wurden beschlagnahmt.

Wladilawlas, 12. September. Etwa 80 Uebelthäter führten die Entgleisung eines Postzuges herbei und feuerten auf ihn. Ein Reisender wurde getötet, 34 verwundet; die den Zug begleitende Schutzwache vertrieb die Bande.

Aus der Partei.

Die Gerichtskronik in der Parteipresse.

Unter dieser Ueberschrift behandelt M. Sursky in der „Neuen Zeit“ einen Uebelstand in der Parteipresse, den wir ohne weiteres — objektiv — bis zu einem gewissen Grade als solchen anerkennen. Er spricht darüber, daß die Behandlung der Kriminalfälle in der Parteipresse meistens die grundsätzliche Betrachtung der Fälle, ihre Beurteilung als gesellschaftliche Erscheinungen vernachlässigt. Daß dagegen meistens in Stille bürgerlicher Berichterstatter der „Verbrecher“ als „nettes Fräulein“, als „dreißiger Burtsche“, als „gemeingefährliches Subjekt“ und dergleichen behandelt und über die Bestrafung Vernünftiger geäußert werde.

Obwohl die Sache ihre zwei Seiten hat, geben wir, wie gesagt, die grundsätzliche Berechtigung der Kritik ohne weiteres zu und soweit unsere Redaktion dabei in Frage kommt, haben wir schon oft über Mittel zur Verbesserung dieses Teiles unseres Blattes beraten. Die Abhilfe ist indessen, soweit Berliner Verhältnisse in Frage kommen, gar nicht so einfach.

Um zunächst über die eine mehr äußerliche Seite der Sache ein Wort zu sagen, so gibt es neben der grundsätzlichen auch eine persönliche Betrachtungsweise; der Leidende Zeit bei einem Verbrechen oder Vergehen wird selten geneigt sein, über die gesellschaftlichen Ursachen des Verbrechens zu philosophieren. Ein Arbeiter, dem sein Fahrrad gestohlen worden ist oder dem am Sonntag nachmittag die Stube von Einbrechern ausgeräumt worden ist, den befriedigt nur der Jörn über den „dreißigen Dieb“ oder, wenn er von einem anderen betrogen worden ist, wird er nur von dem „abgefeimten Betrüger“ reden; und daß es „junge Taugenichtse“ gibt, wird zu allererst der Vater behaupten, der, selbst ein ehrenhafter Mann, das Unglück hat, trotz aller Mühen einen Sohn auf Abwege geraten zu sehen. Und in der Presse spiegelt sich auch das Empfinden ihres Publikums wieder.

Aber selbstverständlich erschöpft sich damit die Sache nicht. Wir sind freilich auch der Meinung, daß die sozialdemokratische Presse die Aufgabe hat, die Arbeiter zu grundsätzlicher Betrachtungsweise zu erziehen, sie die gesellschaftlichen Ursachen des Verbrechens erkennen zu lehren und sie dahin zu führen, in dem Verbrecher mehr ein Opfer der bestehenden Zustände zu sehen. In den Strafen der Großstadt hat man oft Gelegenheit zu beobachten, wie notwendig solche Erziehung ist. Wird da irgend ein Dieb oder Betrüger auf frischer Tat erwischt, da entläßt sich die Entrüstung des Straßenspublikums meistens in Rohheit gegen die Person. Indessen tut der „Bourgeois“ auf diesem Gebiete immerhin einiges zur Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgabe. Genosse Sursky erkennt ja an, daß es in einzelnen Fällen geschehen sei und wenn er außer der Gerichtskronik noch andere Teile des Blattes daraufhin geprüft hat, dann wird er angeben, daß sowohl an Einzelfällen wie auch in allgemeinen Betrachtungen über Kriminalität und Strafvollzug sehr eingehend und auch gar nicht zu selten die gesellschaftlichen Ursachen des Verbrechens wie die Kupflosigkeit, ja Schädlichkeit des heutigen Strafvollzuges behandelt worden sind.

Es könnte noch häufiger geschehen und insbesondere bei der Behandlung der einzelnen Fälle. Das ist durchaus unsere Meinung. Ja, wir sind sogar der Meinung, daß die „soziale Description“, wenn man so sagen soll, überhaupt mehr gepflegt werden könnte, nicht bloß bei der Behandlung von Kriminalfällen, sondern bei noch vielen anderen Vorgängen des täglichen Lebens.

Aber um bei der Kritik des Genossen Sursky zu bleiben, so hängt diese Verbesserung von mehreren Umständen ab. Wir müßten für diesen Zweck eine eigene Arbeitskraft haben, und angenommen, die Bereitwilligkeit bestände, jemand für unser Blatt ausschließlich zu dieser Tätigkeit zu engagieren, wäre es noch immer eine Personenfrage. Nicht jeder kann das. Es gehören eine ganze Reihe Fähigkeiten und Kenntnisse dazu, um solche Arbeit gut und wirksam zu machen. Ist aber auch diese Frage gelöst, so sind damit keineswegs alle Schwierigkeiten beseitigt. In Berlin werden täglich in sehr vielen Gerichtssälen eine große Anzahl Verhandlungen geführt und Urteile gefällt. In den seltensten Fällen kann man vorher wissen, welches der geeignetste Fall für unsere Zwecke ist. Die Gerichtskronik in Berlin ist gewissermaßen monopolisiert. Eine Korrespondenz bedient alle Blätter. Sie hat sich Beziehungen und Verbindungen geschaffen, die sie in den Stand setzen, die wesentlichen, mitteilenswerten Fälle und die dazu gehörigen Einzelheiten rechtzeitig zu erfahren. Ein sozialdemokratischer Berichterstatter, der die Vorgänge kritisch vom sozialdemokratischen Standpunkte behandeln sollte, wobei die Kritik gar oft auch die Richter treffen müßte, wird aus inneren und äußeren Gründen kaum je in die Lage kommen, über die unentbehrlichen Informationen zu verfügen, die der bürgerlichen Korrespondenz zustehen. Er würde also oftmals die wichtigsten Fälle vermissen und wir kämen in die Lage, die kritische grundsätzliche Betrachtungsweise auf einen unwesentlichen Fall anzuwenden und den wichtigeren doch nach dem bürgerlichen Berichterstatter geben zu müssen. Denn aus den bereits geschilderten Umständen und in Rücksicht auf die Konkurrenz der „parteilosen“ Presse dürften wir auf die Benutzung der bürgerlichen Korrespondenz nicht verzichten, auch wenn die Kritik des Genossen Sursky dazu führen sollte, daß uns baldigt ein eigener Berichtredakteur bewilligt würde; nicht einer, der in der Redaktion sitzt, sondern einer, der in die Gerichtssäle geht.

Man könnte nun noch sagen: Ja, Ihr könnt ja den Bericht des bürgerlichen Berichterstatters unarbeitsen oder entsprechende Bemerkungen hinzufügen. Was das Unarbeitsen betrifft, so würde sich's meist um vollständiges Umschreiben handeln müssen, was bei der Fülle des Stoffes nur in verhältnismäßig seltenen Fällen möglich wäre, ganz abgesehen davon, daß durch Umarbeiten leicht der Inhalt verfaßt werden kann. Die kritischen Bemerkungen auf Grund des unrichtigen Berichtes jedoch erschließen erst recht bedenklich, weil sie in Ermangelung genauerer, für diesen Zweck erforderlicher Beschreibung des Sachverhaltes meist sehr inhaltlos sein müßten. Sie würden bald zu stereotypen Nebenarten werden und dann alle Wirkung verfehlen. Will man dauernde und eindringliche Wirkungen erzielen, dann muß man sich gerade in der Journalistik hüten,

Der Schablonen zu verfallen. Und doch auch die Kritik der Gefahr unterliegt, zur Schablonen zu werden, wird nicht bestritten werden. Aus diesem Grunde muß man sich auch hüten, die Kritik auch des kleinsten Vorganges immer gleich auf die höchsten Töne zu stimmen, man muß vielmehr dafür sorgen, daß man für besonders wichtige Vorgänge auch noch schärfere Register zu ziehen in der Lage ist. Nichts stumpft so sehr ab, wie die formwährende Wiederholung und diese Gefahr ist sicher bei einem täglich erscheinenden Blatt recht groß. Deshalb ist es auch kein Fehler, vielmehr aus wohlverstandener Oekonomie der Kritik sehr nötig, unwesentlichere Vorgänge, die an sich wohl auch grundsätzlich-kritischer Behandlung wert wären, einfach zu registrieren.

Das alles hatten wir dem Genossen Eursch nicht entgehen, um damit beweisen zu wollen, daß der von ihm getriggerte Fehler überhaupt nicht verbessert werden könnte, sondern nur, um zu zeigen, welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind und — mit dem geheimen Hintergedanken, die Erörterung möchte dazu beitragen, daß wir in die Lage versetzt werden, die Verfeinerung zu versuchen.

Zu dem Kampfe gegen den „Vorwärts“ nehmen noch Stellung die Magdeburgerische „Volkstimme“, das „Volkblatt für Anhalt“, der „Volk-Vote“ in Stettin, das „Norddeutsche Volksblatt“ in Bant und die „Dremer Bürger-Zeitung“. Auf die Seite der „Leipziger Volkszeitung“ stellt sich dabei nur das letztgenannte Blatt.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat zwar einen Artikel der „Neuen Zeit“ gegen uns abgedruckt, aber anstatt nun auch unsere Antwort darauf mitzuteilen, druckt sie ein Stück aus einem Artikel gegen unsere Antwort (von H. B. in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“) ab. Die Unlogik — des „Vorwärts“ steht einzig in der Parteipresse da!

Der Breslauer „Volkswacht“, die sich gegen sie gewandt hat, hält die „Leipziger Volkszeitung“ als Antwort darauf vor, daß jene schon oft Artikel aus der „Leipziger Volkszeitung“ übernommen hätte. Wollten wir nach dieser Methode verfahren, dann könnten wir allen Blättern, die sich gegen uns wenden, denselben Vorwurf machen. Wir denken jedoch nicht daran, kleineren Parteiblättern, die unmöglich alles selbst schreiben können, einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie dem „Vorwärts“ „ethisch-ästhetische“ Artikel entnehmen und sich dennoch das Recht der eigenen Meinung wahrnehmen, die „ethisch-ästhetische Denkweise“ des „Vorwärts“ mit Haut und Haaren zu verurteilen.

Der Landesvorstand der braunschweigischen Parteigenossen hat ein Flugblatt drucken lassen, worin die Bevölkerung über die Ursachen des Fleischwunders aufgeklärt wird. In der Stadt Braunschweig sind bereits am Sonntag 30 000 Exemplare davon verteilt worden.

Als Sekretär für das am 15. November d. J. zu errichtende Kreisfelder Arbeitersekretariat wurde der Genosse Gustav Weiner aus Lauban in Schlesien gewählt.

Soziales.

Ein Prügelpädagoge stand vor der Schweinfurter Strafkammer in der Person des Lehrers Josef Sauer von Stadelshausen. Es waren ihm 25 fortgesetzte und drei selbständige Vergehen der Körperverletzung zur Last gelegt. Wie vor Gericht erwiesen wurde, hat er öfters Schüler und Schülerinnen oberhalb der Schläfen bei den Haaren gepackt, daß die Haare herumflogen, sie mit den Ecken der Schiefertafeln an den Kopf gestoßen, gesunde und kranke Kinder, die Ohrenleiden hatten, wurden derart geohrfeigt, daß die Ohren ausliefen und Geschwüre aufgingen, einem Knaben zog er die Hufe aus und bearbeitete das nur mit dem Hemde bekleidete Gesicht mit einem Stock, ein anderes Kind stieß er mit dem Hinterkopf gegen die Wand, daß es in der Angst die Hufe verunreinigte; ferner stieß er die Kinder mit den Köpfen zusammen, zog die Mädchen an den Zöpfen usw. Der Prügelpädagoge kam mit 200 M. Geldstrafe eventuell 52 Tagen Gefängnis davon.

Zur Frage der Handelsinspektoren hatte sich auf Veranlassung des sächsischen Ministers des Innern die Leipziger Handelskammer gutachtlich zu äußern. Die Kammer schloß auf Antrag des betreffenden Ausschusses ohne jede Diskussion den Beschluß, das Institut der Handelsinspektoren abzulehnen. Die Inspektoren wären überflüssig, die bisherigen Aufsichtsorgane genügen, auch sorgten die Handlungsgehilfen schon selbst mehr als nötig für eine Kontrolle ihrer Chefs. Die Einrichtung würde nicht sozial verbühnend wirken, sondern nur agitatorisch, und für die organisierten Handlungsgehilfen ein Ansporn sein, immer mehr Forderungen zu stellen. Der Vorsitzende der Kammer gab der Hoffnung Ausdruck, daß alle deutschen Handelskammern mit gleicher Entschiedenheit ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck bringen möchten.

Aus Industrie und Handel.

Industrielle und finanzielle Herrenhändler. Im preussischen Herrenhause sitzen nur wenige Vertreter der Großindustrie und hohen Finanz, der feudale Großgrundbesitz und das Beamten-Element dominieren vollständig. Im ganzen sind es zurzeit acht Personen, die sich der zweifachen Ehre erfreuen, von dem Land- und Beamten-adel zeitweilig als gleichberechtigte Mitglieder gebildet zu werden. Zwei kaufmännische Mitglieder, die Herren Geh. Kommerzienrat Karl Burg und Geh. Kommerzienrat Frenkel sind vor einiger Zeit durch den gewaltigen Tod aus der illustren Gesellschaft abberufen worden; doch hat sich für den erlitterten bereits Ersatz gefunden. Herr Franz Haniel, ebenfalls Geh. Kommerzienrat, der Chef der bekannten gleichnamigen Kohlenbahnlinie des Ruhrreviers, ist an seiner Stelle zum Herrenhausmitglied ernannt worden. Außer ihm gehören zurzeit noch folgende Großindustrielle und Bankiers dem Herrenhaus an: Geh. Kommerzienrat v. Mendelssohn-Bartholdy, Bankier v. Meißner, Frankfurt a. M.; Geh. Kommerzienrat Bantzer Meyer, Hannover; Geh. Kommerzienrat Richels, Köln; Geh. Kommerzienrat Schlutow vom Stettiner Vulkan; Arnold v. Siemens, Berlin und Hüttenbesitzer Bopelund. An Feudalität und Arbeiterfeindschaft steht dieses Konfession königlicher Kaufleute dem obeligen Großgrundbesitz um keinen Deut nach, sondern sucht ihn womöglich noch zu übertreffen.

Der Schichtlohn der Kohlenbergarbeiter Preußens hat sich nach der vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Nachweisung der verdienten Löhne im zweiten Quartal nur sehr wenig gehoben. Er betrug nämlich im Durchschnitt:

	II. Vierteljahr I. Vierteljahr	Jahresmittel	
	1905	1905	1904
In Oberschlesien	3,05 M.	3,05 M.	2,98 M.
„ Niederschlesien	2,92	2,92	2,79
„ Oberbergamtsbezirk Dortmund	4,01	3,94	3,98
„ Saarbrückener Revier	3,77	3,80	3,71
„ Aachener Revier	4,05	4,02	3,89
„ Oberbergamtsbezirk Halle	3,12	3,04	3,05

In Schlesien ist, wie die Aufstellung zeigt, der Schichtlohn derselbe geblieben, im Dortmund und Aachener Revier ist er ein wenig gestiegen, ebenso in Halle; im Saarbrückener Revier hat er sogar abgenommen. Dagegen ist, wie die Aufweisung einer Reihe großer Bergwerke zeigen, der Ertrag der Gruben beträchtlich gestiegen.

Die französische Getreideernte hat einen recht guten Ertrag geliefert. Das Bulletin des Salles schätzt sie auf 116 718 200 Hektoliter, d. i. 12 194 747 Hektoliter mehr als im Vorjahre und 1 133 232 Hektoliter mehr als der Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Zur Konzentration des Kapitals. Schneller als anderswo geht in den Vereinigten Staaten die Zusammenziehung kleiner Betriebe

der Industrie in einzelne große vor sich. Die Finanzblätter bringen regelmäßig Meldungen über neue Verbindungen, Zusammenschlüsse, Aufkäufe und Teufbildungen. So wird gegenwärtig gemeldet, daß eine Anzahl Brauereien in den Neuenlandstaaten eine Gesellschaft mit einem Kapital von 10 Millionen Dollar bilden wollen. In Belleville bei St. Louis haben sich kleine Brauereien zusammengeschlossen und bilden eine Kooperation mit 2 Millionen Dollar Grundkapital. In Pennsylvania haben sich 15 Firmen für Licht- und Gas-Anlagen vereinigt, Kapital: 1 Million Dollar. In Indiana wollen sich große Kohlenbergwerke vereinigen mit einem Kapital von 50 Millionen Dollar. Um den Detailverkauf in Zigarren zu beherrschen, hat die United Cigar Stores Co. (Zigarrenladen-Gesellschaft), die in den Großstädten Zigarrenläden aufkauft, einrichtet und verpachtet, ihr System auf kleine Städte und Ortschaften ausgedehnt und erzielt dadurch einen ungeheuren Umsatz an Zigarren. In Kanada wollen 17 Engros-Drogengeschäfte eine Gesellschaft mit einem Kapital von 8 Millionen Dollar gründen. Die Schuhfabrikanten und Schuhhändler von Kanada haben eine Vereinigung zur Erhöhung der Warenpreise gegründet.

Das sind einige Beispiele aus vielen. Die Größeren beherrschen das Feld, und die Kleineren beeilen sich immer mehr, neue Gemeinschaften zu bilden oder sich den bestehenden anzugliedern; das große Kapital macht überall die großen und sicheren Geschäfte mit den größten Profiten.

Gewerkschaftliches.

Soch die antisemitischen Kaufmannsgerichte!

Die Handlungsgehilfen-Bewegung hat vor den übrigen Standesbewegungen der arbeitenden Bevölkerung den sehr schmerzlichen Vorzug voraus, daß sie sich auch noch einer Sonderorganisation aus Rassenmotiven erfreut. Während man sich in der Bewegung der handarbeitenden Bevölkerung spaltet der Organisationsform wegen, während dort die Religion als Vorwand zur gegenseitigen Bekämpfung dienen muß, indem man die Gründung sog. „christlicher“ Organisationen betreibt, leisten die Kaufleute sich den Luxus einer antisemitischen Bewegung. Und die antisemitischen Handlungsgehilfen sind sehr rührig in ihrem Bestreben, die Heugabel-Theorie des Grafen Büchler, in wirtschaftliche Formen umgepreßt, gegen ihre mit ausgebeuteten semitischen Kollegen in die Praxis zu übertragen.

Sie betätigen sich dabei auf allen Gebieten. So bereitet der „Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verein“ seit einiger Zeit in stiller eine rege Agitation gegen den Anschluß der Kaufmannsgerichte an den Verband deutscher Gewerbevereine. Die antisemitischen Kaufleute wollen einen besonderen Verband der Kaufmannsgerichte und lassen deshalb kein Mittel unversucht, ihren Plan zur Durchführung zu bringen. In wenigen Städten ist es ihnen auch gelungen, die Besitzer der Kaufmannsgerichte für ihre Idee einzulangen.

Auch in Berlin haben sie den Versuch, jedoch ohne Erfolg, gemacht. Zu der Besprechung, in der der Beschluß für die Errichtung eines besonderen Verbandes der Kaufmannsgerichte gefaßt werden sollte, sind nicht, wie man annehmen sollte, alle Arbeitnehmer-Besitzer eingeladen worden. Sie hielten vielmehr eine Kuselose und luden nur diejenigen, von denen sie annahmen, daß sie für ihren Antrag zu haben sind; darunter auch Prinzipale.

Die Propaganda wird unterstützt durch ein Zirkular, das angeblich von dem Kaufmannsgericht in Altona ausgehen soll und in Tausenden von Exemplaren an sämtliche Kaufmannsgerichte gegangen ist. Eine persönliche Unterschrift oder eine Beglaubigung durch den Vorstand des Kaufmannsgerichts in Altona trägt das Zirkular nicht, so daß man nicht weiß, ob dasselbe wirklich offiziell ist oder nur das Produkt einer im Kaufmannsgericht zu Altona vorhandenen Personengruppe.

Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verein bezweckt mit seinem Antrag eine völlige Trennung der Kaufmannsgerichte von den Gewerbevereinen. Auch soll dabei ein kleines Geschäft nicht ausbleiben. Gelingt ihnen der Plan, so werden sie sicherlich versuchen, ihre Zeitschrift „Das Kaufmannsgericht“ zum Organ des Verbandes zu machen, um dadurch die Kaufmannsgerichte in antisemitisches Fahrwasser zu bringen.

Alle denkenden und aufgeklärten Besitzer der Kaufmannsgerichte müssen deshalb entschieden dagegen Stellung nehmen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kohleleger und Helfer!

Die Differenzen bei der Firma Mier u. Paulin, Rigdors, sind beigelegt und sind die nachstehenden Vanten frei: Van Rigdors, Anekebestraße 64. Van Ube, Ede Schandauerstraße. Van Belfestraße, Schule. Van Saalestraße, Ede Zeiserstraße. Van Berg, Ede Lohnstraße. Vrij, Wilhelmstraße 3. Desgleichen bei der Firma Scholz, Wilhelmstraße, Hohen Schönhausenerstraße 18. Van Scholz, Hohen-Schönhausen, Berlinerstr. 113a. Van Hohen-Schönhausen, Bahnhofstraße 2. Van Scholz, Friedrichsberg, Müggelstr. 4. Van Burghardt, Rigdors, Kaiser Friedrichstraße 50.

Achtung, Schlosser und Maschinenbauer!

Bei der Firma B. Seifert u. Co., Köpenickerstr. 154a, welche Kohleleger und Helfer zu den Verbindungen der neu aufzustellenden Maschinen und sonstige Heizanlagen beschäftigt, haben die Kohleleger und Helfer wegen Nichtinhabung des Tarifs die Arbeit niedergelegt, erwarten daher, daß obige Kollegen sich nicht als Arbeitswillige hergeben werden.

Die Schlosser der Holschischen Maschinenfabrik waren vor etwa acht Tagen in den Streik getreten, weil ihnen die bekanntermaßen ungewöhnlich niedrigen Löhne dieses Betriebes nicht länger genügt. Zahlte doch der Herr Kommerzienrat und Stabverordneter Holsch Löhne bis herunter zu 33 und 32 Pf. Wie nun gesehen in einer stark besuchten Betriebsversammlung mitgeteilt wurde, ist jetzt der Streik beendet, so daß am heutigen Donnerstagmorgen die Arbeit wieder aufgenommen wird. Nach mehrfachen Verhandlungen hat sich die Firma zu folgenden Zugeständnissen bereit erklärt: Der Anfangslohn der Schlosser beträgt ein Jahr nach beendeter Lehrzeit 38 Pf., für zweijährig Ausgelernte 40 Pf. und für alle übrigen 45 Pf. pro Stunde. Kolonnenführer erhalten einen Minimallohn von 50 Pf., nach einjähriger Beschäftigung 55 Pf. und nach zwei Jahren 60 Pf. (früher im Durchschnitt 45 Pf.). Für Bohrer beträgt der Mindestlohn 40 Pf. und nach einjähriger Beschäftigung 45 Pf. Auch die Akkordpreise sind um 10 Prozent erhöht worden. Als Charakteristikum wurde ausgeführt, daß bei den bisherigen schlechten Löhnen seit Januar d. J. in dem Holschischen Betriebe jede Woche durchschnittlich 25 Arbeiter neu eingestellt werden mußten, weil ebensobiele regelmäßig ihre Entlassung nahmen. Bei diesem Streik zeigte sich auch wieder die unheilvolle Tätigkeit des „schwarzen Kabinetts“ in der Gartenstraße, des berüchtigten Arbeitsnachweises der Metallindustrie, in seiner ganzen Aggressivität. Als die Verhandlungen bereits fast zum Abschluß gekommen waren, hatte nämlich ein junger unorganisierte Schlosser seine Entlassung genommen, weil er eine besser bezahlte Stellung in einem anderen Betriebe in Aussicht hatte. Er ging nach dem schwarzen Kabinett, um sich den Handschein zu holen, wurde dort aber mit dem Bemerkens abgewiesen, er möge nur nach 4 Monaten wiederkommen; für Streikende würde keine Arbeit vermittelt!

Deutsches Reich.

Die Christlichen an der Zeit. Aus Halle berichtet man am unteren 11. September: Eine christliche „Gewerkschaft“ hat hier eine hübsche Filiale aufgemacht. In der konservativen Presse werden die „hochwürdigen Arbeitgeber“ gebeten, Vorschläge für ein „friedliches Zusammenarbeiten“ zu machen. Der Arbeitsnachweis wird mit dem Hinweis empfohlen, daß dadurch Streiks verhindert werden sollen. Durch die neue Einrichtung soll — dies wünscht zum wenigsten der Vorsitzende der Gesellschaft, ein Herr Kellermeister Fischer, der den Rufus unterzeichnet hat — auch die Sozialdemokratie bekämpft werden. — Mehr kann man von einer christlichen Gewerkschaft eigentlich nicht verlangen.

Zur Lohnbewegung der Weber und Weberinnen in Reichenbach in Schlesien. Aus Anlaß des Streiks bei der Firma Cohn Gebr. Kündigen resp. mahregelten die Firmen Roth, Wert, Gahn, Guesler, Fleischer sowie Wehl u. Nassau die bei ihnen beschäftigten organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen. Firmen mahregeln „ihre“ Arbeiter, bei denen gar keine Lohnforderungen gestellt sind. So gering die gestellten Forderungen sind — 10 bis 12 Proz. Lohn-erhöhung —, um so schärfer ist der Widerstand der Unternehmer. Ist ein Glied der Familie der Organisation angehörig, so wird die ganze Familie gemahregelt. Dinge kommen hier vor, die sich selbst die größten Schamfächer nicht geleistet haben. Einem siebzehnjährigen Weib wurde gekündigt, weil seine Tochter Mitglied des Verbandes ist. Einem Arbeiter, der 25 Jahre bei einer Firma gearbeitet hatte, wurde als Belohnung für seine treuen Dienste gekündigt, nur weil er Mitglied der Organisation ist. Das gleiche passierte einer Frau, die 22 Jahre bei einer Firma tätig war.

Eine von den Arbeitern und Arbeiterinnen der genannten Firma am Montagabend abgehaltene riesige Versammlung beschloß einstimmig in den allgemeinen Streik einzutreten, wenn die Kündigungen und Entlassungen von Verbandsmitgliedern nicht sofort zurückgenommen werden.

Der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes, Häblich, erklärte in der Versammlung, daß der so frivole von den Unternehmern heraufbeschworene Kampf mit aller Energie durchgeführt werden würde und wenn er 26 Wochen dauere. Der Verband sei vollständig dazu imstande.

Die Lohnbewegung der Buchbinder in Würzburg ist durch gegenseitige Vereinbarung beendet worden. Die Arbeiter erhalten eine wöchentliche Lohnzulage von 1—2 M., während den Arbeiterinnen ebenfalls eine entsprechende Lohnerhöhung zugesagt wurde.

Ausland.

Und wieder Militär gegen Streikende.

Der Vorfall in Longwy, bei dem es zur Lösung eines Arbeiters kam, hat nach offiziellen Depeschen 23 erl. Folgen gehabt.

Aus Paris wird gemeldet: Der Minister des Innern ließ den Hinterbliebenen des gestern bei dem Zusammenstoß mit Truppen getöteten Arbeiters eine Unterstützung von dreihundert Frank zugehen. Ferner ordnete der Minister eine Untersuchung des Vorfalles an.

Das sieht aus wie eine halbe Mißbilligung des militärischen Vorgehens. Inzwischen setzt aber die Soldateska unbeeinträchtigt ihre Arbeit fort. Ein weiteres Telegramm meldet:

Longwy, 13. September. Als der Unterpräfekt, begleitet von dem Polizeikommissar und von Gendarmen und Militär heute die Anständigen aufforderte, auseinanderzugehen, antworteten die Anständigen mit Pfeifen und Schmäulchen. Eine Abteilung Dragoner ging, angeblich ohne Befehl dazu erhalten zu haben, gegen die Anständigen vor, von denen ein großer Teil die Flucht ergriff, während andere Wagen umwarfen, um sie als Vorräuber zu benutzen. Die Dragoner griffen hierauf die Anständigen an, wobei ein Anständiger verwundet wurde.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Stockholms sind nun durch einen festen Tarifvertrag geregelt worden, der am 7. September von den Vertretern der städtischen Werke sowie von den Vertretern der in Betracht kommenden Gewerkschaften unterzeichnet worden ist. Diese Regelung der Arbeitsbedingungen, die wesentliche Erhöhungen der Löhne enthält, ist eine Frucht des großen Lohnkampfes im Frühling dieses Jahres. Der Streik endete damit, daß Verhandlungen über einen korporativen Arbeitsvertrag zwischen den Chefs der städtischen Werke und den Vertretern der Arbeiterorganisationen angeknüpft wurden. Die Verhandlungen haben fast den ganzen Sommer gedauert. Es sind 26 verschiedene Arbeiterkategorien, auf die sich der Tarifvertrag erstreckt. Die Monatslöhne der Straßenreinigungsarbeiter wurden auf 80 bis 100 Kronen festgelegt. Für die übrigen Branchen sind größtenteils Stundenlöhne normiert. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn garantiert. Ueberzeitarbeit wird im allgemeinen an Sonn- und Feiertagen mit 100 Proz., im übrigen mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis ist eine Kommission, die aus je zwei Vertretern der städtischen Werke und der Arbeiterorganisation sowie einem unparteiischen Vorsitzenden besteht, eingesetzt worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der schwedisch-norwegische Konflikt.

Stockholm, 13. September. (B. T. B.) Bezüglich einer Meldung aus Aros, wonach die schwedischen Delegierten ein Ultimatum gestellt hätten, daß von den norwegischen Delegierten angenommen worden sei, erfährt „Svenska Telegram Bureau“ aus besserer Quelle, daß diese Meldung jeglicher Begründung entbehrt.

Stockholm, 13. September. (B. T. B.) „Dagbladet“ veröffentlicht in einer Extra-Ausgabe ein Telegramm von der Grenze Vermland, in dem es heißt, daß die Norweger in den letzten Tagen mobilisiert und die Grenze mit den fünf jüngsten Jahrgängen von Wehrpflichtigen besetzt hätten. Das Blatt fügt hinzu, daß die Meldung aus zuverlässiger Quelle stamme.

Kristiania, 13. September. (B. T. B.) Bezüglich der von Stockholm „Dagbladet“ veröffentlichten Meldung über die norwegische Mobilisation ist „Nord Telegram Bureau“ ermächtigt, zu erklären, daß in der Nähe der norwegischen Grenze nur einzelne Abteilungen zur Beobachtung der Grenze aufgestellt seien, das norwegische Heer sei nicht mobilisiert.

Der Waffenstillstand.

Russen, 13. September. (B. T. B.) Der russische und der japanische Bevollmächtigte für die Waffenstillstands-Verhandlungen, die Generale Dranowski und Jukuschima, sind heute vormittag um 10 Uhr auf der Station Schahedza, 10 Meilen nördlich von Tschantzu zusammengetroffen. Die Regelung der einzelnen Bedingungen des Waffenstillstandes wird vermutlich mehrere Tage dauern.

Wien, 13. September. (B. T. B.) Die hiesige Strafkammer verurteilte heute den Eisenbahnschaffner Kalus in Hoyerwerda zu drei Monaten Gefängnis, weil er am 6. Dezember das Eisenbahnunglück bei Rahlbad veranlaßt hatte. Er hatte einen Güterzug, dessen Jungführer er war, von Rahlbad nach Värhaus abgehen lassen. Der Zug stieß darauf mit einer entgegenfahrenden Lokomotive zusammen, wodurch zwei Beamte getötet und vier verletzt wurden.

Hamburg, 13. September. (B. T. B.) Ein in Altona wohnendes Mädchen ist unter podenartigen Erscheinungen erkrankt und auf ärztliche Anordnung unter Beobachtung besonderer Vorsichtsmahregeln in der Isolierabteilung des Altonaer Krankenhauses untergebracht worden. Die ärztliche Untersuchung hat bisher nicht bestimmt ergeben, ob es sich um echte Poden oder um einen stärkeren Fall sogenannter Wasserpoden handelt. Anscheinend liegen letztere vor. Grund zur Beforgung ist nicht vorhanden, da von der Polizei und von der Gesundheitskommission die strengsten Vorsichtsmahregeln getroffen worden sind.

Gegen die theoretischen Stützen der Sozialdemokratie.

V.

4. Wohin führt die Entwicklung unserer Partei?

Es gehört seit jeher zu den Lieblingsbeschäftigungen bürgerlicher Politiker, Spaltungen der sozialdemokratischen Partei zu prophezeien. Schon lange vor dem Auftreten des Revisionismus stellten sich bei den geringsten Differenzen innerhalb der sozialdemokratischen Partei bürgerliche Ärgernisse ein, die mit der Miene tiefstehender Seher verkündeten, nun seien die Gegensätze endlich so weit gediehen, daß demnächst sich ein rechter oder linker Flügel von dem Gros der Partei absondern werde.

Auch der Kritiker der „Ndn. Ztg.“ gefaßt sich in solchem „Ausblick“ in die Zukunft, und zwar wird nach seiner Meinung der Revisionismus das Kampffeld behaupten, denn zu ihm gehören die fähigsten Schriftsteller und Politiker der sozialdemokratischen Partei, während die orthodoxen Marxisten um eine durch die revisionistische Kritik zerlegte und zerfallene Programm-Standardie ämpfen. Die Position der Marxisten ist nach seiner Behauptung um so unhaltbarer, als auch ein Teil der Marxisten längst die Notwendigkeit einer gründlichen Revision des Programms und einer dieser folgenden „gänzlichen Umgestaltung der Partei“ erkannt hat und nur noch aus gewissen Opportunitätsgründen an dem Erfurter Programm festhält.

Als die Grundlage des Programms in den großen Marxistischen Werken gelegt wurde, da mag noch die politische Forderung beachtet gewesen sein, diese als Proletariat zu einer Partei mit gemeinsamen Interessen zusammenzuschließen. Inzwischen ist aber die Entwicklung ganz andere Bahnen gegangen, und wie die theoretischen Grundpfeiler des sozialdemokratischen Lehrgedäudes hinweggeschwemmt worden sind, so ist auch die politische Organisation der Partei nicht mehr haltbar, da die tatsächliche Entwicklung sie überholt hat. Schon können wir sehen, wie sich langsam aus dem Gegenwart stets umhüllenden Nebel der unentwirrbaren Einzelercheinungen die Linien lösen, die die neue Struktur der Gesellschaft zeigen, sowohl innerhalb der Personengemeinschaft, die man früher unter dem Namen Bourgeois zusammenfaßte, wie auch innerhalb der Personengruppe, der man den Kollektivnamen der Proletariat gab.

Dadurch sind neue Elemente in die sozialdemokratische Partei hineingekommen, die ihre wirtschaftspolitischen Ideale, wie der Kritiker der „Ndn. Ztg.“ meint, niemals in einer Partei verwirklicht finden könnten, die speziell auf die Bedürfnisse der Arbeiterklasse zugeschnitten sei. Inherdem aber doch diese sich innerhalb der Arbeiterklasse selbst eine Scheidung; es entstanden höhere, besser situierte Arbeitergruppen, die der Schicht der gewöhnlichen Tagesarbeiter als Aristokratien gegenüberstehen.

„Dah auch innerhalb der Arbeiterklasse verschiedene wirtschaftliche Gruppen vorhanden sind, haben die Theoretiker des Sozialismus und auch der Sozialdemokratie stets selbst gewußt. Dah aber diese organisch höchst bedeutsame Scheidung zum Fluche der Partei zu werden droht, das ahnte Kautsky kaum, als er des langen und breiten auseinanderlegte, wie sich die organisierten gelehrten Arbeiteraristokraten, die schon so viel Macht in ihrer Vereinigung besitzen, daß sie den Unternehmer zwingen können, ihnen ihre entsprechende Arbeit unter vorteilhaften Bedingungen abzunehmen, von den Arbeitern scheiden, die, um sich zu erhalten, auch Arbeit verrichteten, die ihrer Vorbildung und ihren Fähigkeiten keineswegs entspräche; dann folgt die Klasse der gelegentlichen Arbeiter im Tageslohn und zuletzt die überall und zu allen Zeiten vorkommende verkommenen Schicht der Lumpenproletariat.“

Nachdrücklich verlangt die Entwicklung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiteraristokratie und des Bildungsproletariats nach einem Ausbruch dieser wirtschaftlichen Entwicklung in einer Partei, die als starke sozialistische Reformpartei ihre wirtschaftlichen Interessen in schärfster Weise durch positive Sozialpolitik verteidigt. Diese Partei wird stets demokratisches Blut in den Adern haben; andererseits muß sie dagegen als positive Reformpartei der schroffsten Gegner von Revolutionarismus, Klassenkampf, Internationalität und Staatsfeindschaft, prinzipieller Opposition usw. sein.

Zur Bildung einer solchen sozialistischen Reformpartei wird es nach der Versicherung des Kritikers des rheinischen Blattes unzweifelhaft kommen. Er vermag sogar bereits voranzufagen, dah ihr Hauptstreben die Herstellung des Fabrikkonstitutionalismus und die Regelung der jetzigen planlosen Güterverteilung durch die massenhafte Errichtung von Konsumgenossenschaften sein wird.

Auf diesem Wege der Zukunftskonstruktionalpolitik dem Kritiker der „Ndn. Ztg.“ zu folgen, verpörr ich keine Reue. Vorerst scheinen mir die Vorbedingungen für die Abzweigung einer derartigen sozialistischen Reformpartei nicht gegeben zu sein, weder in unseren eigenen Reihen, noch in den politischen Gesamtumständen; und Betrachtungen darüber anzustellen, ob später unter ganz anderen Verhältnissen die vom Kritiker prophezeite Spaltung eintreten kann, halte ich für überflüssig.

Dagegen muß ich die Auffassung des Verfassers anerkennen, dah der sogenannte Revisionismus keineswegs „subjektivem Ermessen“ entspringt, sondern der politische Kessel bestimmter Veränderungen der Parteistruktur und der politischen Gesamtverhältnisse ist. Es ist meines Erachtens ein den Revisionismus ungerichtet herabsehender Fehler: ein Beweis dafür, wie wenig noch die materialistische Geschichtsauffassung das Denken in unseren eigenen Reihen beeinflußt, wenn behauptet wird (allerdings nicht von marxistischen Rabulalen, sondern meist von solchen Genossen, die das Vorhandensein ernstlicher Auffassungsunterschiede in der Partei aus irgendwelchen Gründen bestreiten zu müssen glauben), der Revisionismus verbanke sein Ent-

stehen nur der Zweifelsucht einiger Genossen, dem sogenannten englischen Einfluß, allenfalls auch noch der Mißdeutung einiger wirtschaftlicher Erscheinungen der letzten Aufschwungsperiode. Eine schärfere Verabfolgung des geistigen Lebens unserer Partei, als in einer derartigen Auffassung liegt, kann es kaum geben, wird doch damit behauptet, dah ein großer Teil der Partei so wenig geistige Selbständigkeit besitzt, dah er blindlings auf persönliche Marotten und Mißdeutungen einzelner Literaten hineinfällt, und dann sich von diesen Marotten so umstricken läßt, dah er nach jahrelanger Diskussion der strittigen Fragen in der Parteipresse und nach den stürmischen Auseinandersetzungen dreier Parteitage noch immer nicht den Rückweg zu finden vermag. Und nicht nur das geistige Leben der Partei wird durch diese Herleitung des Revisionismus herabgesetzt, sondern auch die geistigen Fähigkeiten der führenden Revisionisten werden entsehieden unterschätzt. Mögen einige auch nur nachbeten, was andere vorgeblich haben, so fehlt es ihnen doch keineswegs an gescheiten Köpfen. Zu solchem Gipfel der ethischen Auffassung, den Revisionismus nur als Folge gewisser englischer Einflüsse und Mißverständnisse anzusehen, vermag ich nicht aufzusteigen. Nach meiner Ansicht ist er vielmehr der theoretische Ausfluß gewisser wirtschaftspolitischer Strömungen, die einerseits durch die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands während der letzten Jahrzehnte; eine Entwicklung, die Deutschland zum zweiten Industriestaat der Welt gemacht und bestimmte begünstigte Arbeiterschichten auf ein beträchtlich höheres Lebensniveau emporgehoben hat, andererseits durch die schnelle Ausbreitung der sozialistischen Partei in Deutschland und den starken Aufschwung bürgerlich-radikaler Elemente hervorgerufen worden sind. In diesem reichen wirtschaftlichen Aufschwung erlebten manche der von Marx aufgestellten kapitalistischen Tendenzen äußerlich in einer gewissen Abmüdung und Verblähtheit, während sich zugleich für die organisierte Arbeiterschaft die Möglichkeit ergab, in einer vorläufigen Konzentration auf dem gewerkschaftlichen Tageskampf wesentliche Vorteile zu erringen, und ferner die rasche Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und ihr Eindringen in die bürgerlichen Schichten die Perspektive zu eröffnen schien, auf dem Wege der parlamentarischen Aktion friedlich zum Ziel zu gelangen — vorausgesetzt, dah nicht die Taktik befolgt werde, den Zuzug der bürgerlichen Unterjüngstruppen zu hemmen, also sie nicht durch Betonung der letzten und wirtschaftlichen Ziele der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zurückzuführen.

Aus dieser Strömung heraus ist der Revisionismus erwachsen, und weil diese seine Basis fortbesteht, — deshalb kann auch mit einem Verschwinden der revisionistischen Bestrebungen nicht gerechnet werden, obgleich der Revisionismus nicht vermocht hat, die verschiedenen marxistisch-ökonomischen und -soziologischen Theorien durch irgend etwas Gleichwertiges zu ersetzen.

Und da Deutschland in weiterem wirtschaftlichen Aufstiege begriffen ist, da ferner der Zuzug aus bürgerlichen Kreisen, weil es in Deutschland an einer bürgerlich-demokratischen Partei fehlt, voranschreitlich auch weiterhin in gleich starkem Maße erfolgen wird, so werden auch die revisionistischen Bestrebungen immer wieder hervortreten, und in verstärkter Weise. Zwar heißt es häufig, die bürgerlichen Mittläufer müssen zu gründlichen, auf dem proletarischen Klassenkampfstandpunkt stehenden Kämpfern gemacht werden. Dieses „Müssen“ ist recht schön; doch vom materialistisch-historischen Standpunkt genügt ein solches Diktum nicht. Von diesem Standpunkt wandelt sich vielmehr das „Müssen“ in die Frage: „Wie weit ermöglichen die ökonomischen Verhältnisse und Erwerbsinteressen diesen Schichten, den proletarischen Klassenkampfstandpunkt einzunehmen?“ Und eine nähere Untersuchung ergibt gar bald, dah, wenn auch einzelne über alle Hindernisse hinwegzukommen vermögen, doch der Masse dieser Mittläufer durch ihre speziellen Interessen eine bestimmte Grenze gezogen wird. Wie schon im letzten Artikel gefagt wurde, halten wir beispielsweise den Bauer nur so lange bei unserer Fahne, als wir nicht die Landarbeiter und das ländliche Gesinde zum Kampf für ihre Interessen organisieren, und den größten Teil der Kleinhandlcr nur so lange, als nicht die Arbeiter-Konsumgenossenschaften und -Produktgenossenschaften mit seinen Erwerbsinteressen kollidieren.

Es wirkt recht seltsam, wenn in der letzten Sonntagnummer des „Vorwärts“ der Verfasser der Kritikerreihe über „Wem und Aber“ meint, dah Philosophieren über den Klassenkampf sei unnütz, und dann hinterher die Behauptung, dah nur ein Teil der bürgerlichen Mittläufer zur Einnahme des proletarischen Klassenkampfstandpunktes gelangen könne, in völliger Verleumdung der Bedeutung der Frage mit der Erklärung zu widerlegen sucht, dah es ganz natürlich und nie zweifelhaft gewesen wäre, dah, wenn das Proletariat eine Macht geworden sei, seiner Fahne auch Bauern, Kleinbürger, „Gebildete“ usw. zuziehen würden. Dah dieser Zuzug natürlich ist, habe ich nie geleugnet, er ist in Anbetracht der politischen Verhältnisse des neuen Deutschen Reiches sogar sehr natürlich; aber durch seine Natürlichkeit wird die Frage nicht erledigt; ob jene Mittläufer-Schichten einfach in die proletarische Bewegung aufgehen können, und ob die letztere nicht notwendig durch sie in ihrem Charakter beinträchtigt und verändert wird?

Es muß also mit einer Fortdauer, ja einem weiteren Erstarken der revisionistischen Bewegung gerechnet werden. Deshalb befürchte ich jedoch durchaus kein Zugrundegehen der Partei, selbst vorerst keinerlei Spaltung und Abzweigung. Unsere Partei wurzelt so fest im Boden der ökonomischen Verhältnisse; sie ist so sehr ein Produkt dieser Verhältnisse, dah sie selbst den stärksten Stürmen standhält. Und sollte tatsächlich im weiteren Verlauf sich eine sozialreformistische, halb- oder viertelsozialistische Gruppe von ihr abspalten, die Masse der deutschen Arbeiterschaft wird der eherne Zwang der Verhältnisse immer wieder auf den eingeschlagenen Weg zusammenführen. Dieser Ansicht ist sogar der Kritiker der „Ndn. Ztg.“ Er meint, dah, wenn auch eine Spaltung erfolgen wird, doch die heutige Sozialdemokratie „keine vorübergehende Erscheinung“ ist; als Partei der eigentlichen proletarischen Elemente und der „Mittläufer“ (allen Anschein nach versteht er darunter die konsequenten Marxisten) werde sie bestehen bleiben.

Gerade aber, wenn man den Revisionismus nicht als etwas Abgetanes betrachtet, wenn man der Ansicht ist, dah er aus bestimmten Verhältnissen immer wieder neue Kräfte zieht, und wenn man ferner für wahrscheinlich hält, dah als Reaktion gegen ihn, wie in anderen Ländern, auch in Deutschland es nicht an anarchistischen Verbündeten fehlen wird, ergibt sich um so gehobener die Forderung einer größeren theoretischen Klärung. Die Tagespresse kann jedoch diese Aufgabe nicht leisten, oder doch nur bis zu einem bestimmten Maßgrade. Auch die „Neue Zeit“ ist in ihrer heutigen Verfassung dazu nicht imstande; sie kann nicht, ohne dah der eine Teil unter dem anderen leidet, zugleich wissenschaftliche Ergänzung der Tagespresse, theoretische Diskussionstribüne, Revue zur Popularisierung und Erläuterung der sozialistischen Lehren sowie zugleich Organ zur Fortentwicklung der Marxisten Theorie und ihrer Anwendung auf die verschiedensten Wissensgebiete sein. Es muß ihr, soll sie der Forderung der theoretischen Klärung in größerem Umfange genügen, die letztgenannte Aufgabe abgenommen und einer besonderen theoretischen Monats- oder Vierteljahrsschrift zugewiesen werden, während sie selbst zu einem fast ausschließlich der Ergänzung der Tagespresse und der Erläuterung der sozialistischen Theorien dienenden größeren Wochenblatt ausgestaltet wird. H. O.

Weltanschauung und Taktik des Proletariats.

Die am Dienstag abgehaltene Generalversammlung des Wahlvereins für den sechsten Kreis begann die Diskussion der über das vorstehende Thema in der vorigen Versammlung gehaltenen Referate. Auch die gegenwärtige Versammlung war wieder äußerst stark besucht, Saal und Galerien waren vollständig gefüllt. — Der Vorsitzende Fretthaler eröffnete die Versammlung und verlas eine vom Vorstande des Wahlvereins eingereichte Resolution, welche die Friedeburger Kritik des Marxismus und seine Generalstreik-Idee verwirft.

Kaleffe beantragte, dem Vorsitzenden Fretthaler die Leitung der Versammlung zu entziehen und sie dem zweiten Vorsitzenden Kiesel zu übertragen, weil Fretthaler die vorige Versammlung nicht unparteiisch geleitet habe. — Fretthaler verwahrte sich gegen den Vorwurf der Parteilichkeit, Kiesel stimmte ihm darin zu und lehnte deshalb die Uebnahme der Leitung ab. Nachdem noch Weber gegen den Antrag Kaleffe gesprochen hatte, wurde derselbe mit allen gegen einzelne Stimmen abgelehnt.

Kiesel erhielt nun als erster Redner zur Diskussion das Wort. Der Generalstreik sei in der vorigen Versammlung nur oberflächlich erörtert worden. Das Verfaumte müsse heute nachgeholt werden. Ebenso sei es notwendig, das Verhältnis der gewerkschaftlichen Lokalorganisationen zum Genossen Friedeberg zu besprechen. — Eine Auseinandersetzung, wie sie die vorige Versammlung brachte, sei ja ganz interessant, aber es handle sich dabei doch eigentlich nur um die Wiederholung der längst abgetanen Debatten mit den Anarchisten. Was Friedeberg wolle: Eine Verbindung von Sozialismus und Anarchismus, das sei ganz unmöglich, Friedeberg werde damit auf beiden Seiten anstoßen. Der lebhafteste Beifall, den Friedeberg in der vorigen Versammlung fand, sei ein Beweis für die mangelhafte theoretische Schulung der Parteigenossen. Friedeberg habe seine, dem Anarchismus entnommenen Anschauungen mit Schlagworten verdrängt, über deren Inhalt bei allen Sozialdemokraten volles Einverständnis herrsche. (Widerpruch.) Im Feenpalast habe er in dieser Hinsicht noch mehr geleistet. — Das meiste, was Friedeberg vorbrachte, habe Genosse Ledebor treffend widerlegt. — Friedeburgs Kritik der materialistischen Geschichtsauffassung habe gezeigt, dah er Marx nicht verstanden habe. Die heutigen Verhältnisse dagegen beweisen, dah Marx vollkommen recht hat. Darin stimmen wir Friedeberg zu, dah das revolutionäre sozialistische Empfinden der Arbeiterklasse gestärkt werden müsse. Das lasse sich aber nicht im Hundstreiben machen. Gewiß, jeden von uns geht die Bewegung zu unserem Ziel zu langsam, aber wir müssen uns in Geduld fassen, bis es anders wird. — Kein Sozialdemokrat habe je geglaubt, dah uns der Parlamentarismus zum Ziele bringe. Wir alle wissen, dah er nur Mittel zum Zweck ist und dah er als solches eine gute Wirkung hat. Dieser Meinung seien früher auch diejenigen Genossen gewesen, welche jetzt den antiparlamentarischen Ausführungen Friedeburgs zustimmen. — Dah die gewerkschaftlich lokalorganisierten Genossen jetzt auf der Seite Friedeburgs stehen, zeuge von einem Mangel an theoretischer Schulung der betreffenden Genossen. Jahrelang seien alle diese Genossen gute Sozialdemokraten gewesen. Wenn sie jetzt mit Friedeberg abzuweichen, so müsse das doch gute Gründe haben. (Sehr richtig.) Man sage, in den Gewerkschaften walle kein sozialistischer Geist. Ja, wenn unsere Parteiorganisationen von sozialistischem Geiste erfüllt wären, dann könnte manches, was man jetzt den Gewerkschaften zum Vortrage mache, nicht vorkommen. Unsere politischen Organisationen befassen sich gar zu viel mit untergeordnetem Kleintram und vernachlässigen darüber die theoretische Schulung der Genossen. Würden wir die theoretische Schulung mehr pflegen, dann könnten solche Entgleisungen, wie wir sie bei den Anhängern Friedeburgs sehen, nicht vorkommen. — Die lokalistischen Genossen, welche im Feenpalast der Resolution Friedeburgs zustimmten, hätten sich damit eigentlich außerhalb der Partei gestellt. Die betreffenden Genossen bestreiten das allerdings und meinen, sie wollen nur die Partei nach links drängen. Um etwas anderes werde es sich wohl auch nicht handeln. Man wolle aber der Sache eine wissenschaftliche Verdrängung geben, und da der alte Kessler nicht mehr lebt, habe man sich an Friedeberg gewandt. Kessler hätte solche Dummheiten nicht gemacht, denn er war Sozialdemokrat. (Zustimmung.) Friedeberg aber habe die Lokalisten mit seiner Resolution überhöpelt. Die anarcho-sozialistischen Ideen riefen im Feenpalast wohl verduhrte Gesichter hervor, aber niemand habe diesen Ideen widersprochen. Wäre das geschehen und hätte man sich nur beschränkt auf die Propagierung des Generalstreiks und auf das Bestreben, unsere Partei nach links zu drängen, dann hätte die Feenpalast-Versammlung keine weiteren Erörterungen zur Folge gehabt. Ja, die lokalistischen Genossen wären uns auf dem Parteitage in Jena vielleicht als sozialdemokratische Musterknaben hingestellt worden, wenn sie nicht die anarcho-sozialistische Dummheit gemacht hätten. Der Gegensatz zwischen den lokalistischen und den zentralistischen Gewerkschaften beruhe nicht auf einem Mangel an sozialistischem Geist in den letzteren. Die Ursache des Gegensatzes sei der Widerstand der Lokalisten gegen das zentralistische Prinzip. Der revolutionäre sozialistische Geist sei auf lokalistischer Seite nicht stärker vertreten wie auf zentralistischer Seite. Nur die niedrigen Beiträge scharen ein Häuflein Genossen um das Banner der Lokalisten (Weifall), aber nicht die prinzipielle Gegnerschaft gegen die Neutralität und nicht die Bekennnis zu revolutionär-sozialistischen Anschauungen. Wenn sich in den Zentralverbänden ein Mangel an sozialistischem Geist bemerkbar mache, so seien unsere Parteigenossen schuld daran. Sie seien doch meist Mitglieder der Zentralverbände. Dort könnten sie für ihre Ansichten eintreten, niemand hindere sie daran. — Zur Erörterung des Generalstreiks übergehend, sagte der Redner, er vermöge keinen Unterschied zu erkennen zwischen dem Generalstreik und dem politischen Massenstreik. Beide gründeten sich auf denselben Voraussetzungen, nur in ihren Zielen weichen sie von einander ab. Durch den Generalstreik solle die Umänderung der Gesellschaft herbeigeführt, durch den politischen Massenstreik politische Rechte erobert oder politische Entrechtung abgewendet werden. An die Durchführung eines General- oder Massenstreiks sei vorläufig noch nicht zu denken. Die Arbeiter der Lebensmittelbranche könnten nicht am Streik teilnehmen, weil doch das Proletariat sich nicht auf längere Zeit verproviantieren könne, andere Arbeitszweige könnten aber ohne Schaden für die Bourgeoisie wochenlang still liegen, und wieder andere Arbeiterschichten, deren Teilnahme am Streik vielleicht ausschlaggebend wäre, würden sich aus Sorge um die eigene Existenz an einem solchen Kampfe nicht beteiligen. In Italien, Holland und Belgien, wo wir Erfahrungen mit Massenstreiks gemacht haben, sei durch dieselben nichts erreicht worden. — Jetzt habe ja nur ein Massenstreikstaukel in gewissen Arbeiterkreisen Ploß gegriffen. Auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam hätten unsere Genossen gegen den General- wie gegen den Massenstreik Stellung genommen. Seitdem sei nichts geschehen, was uns zu einer Veränderung veranlassen könnte. (Zuruf: Hamburg! Lübeck!) Gewiß Hamburg-Lübeck! Es scheint, als wolle man mit der Propaganda für den Massenstreik die herrschende Klasse vor dem Wahlrechtstraub zurückföhren. Aber dadurch lassen sich die herrschenden Klassen nicht bange machen. Wie in Sachsen, Lübeck, Hamburg, würden sie uns auch im Reich das Wahlrecht spähnen. (Beifallige Zurufe: Und was dann? Was dann?) Wenn uns in politisch normalen Zeiten das Wahlrecht genommen wird, so wird — gar nichts geschehen! Man wird sagen, das ist eine Schande, wenn wir uns das Wahlrecht nehmen

lassen. Aber was sollen wir denn machen. Wenn wir Friedeberg folgen, dann werden die Arbeiter vor die Bajonette getrieben. (Beifall. — Auf: Sie stärken die Reaktion! — Lebhaftes Unruhe. — Auf: Konserverbinder Wanderredner.) Ja, wenn wir die Ansichten Friedebergs befolgen, dann tritt das ein, was Bismarck herbeigeführt hat: der große Aderlass. Die Soldaten stehen noch lange nicht auf unserer Seite. Sie werden größtenteils in die Massen schießen. Wenn wir bei einem Massenstreik auf die Straße gehen, so wird ein Blutbad die Folge sein. Wir sind noch lange nicht so weit, um einen Massenstreik zu machen, und wenn wir so weit sind, dann brauchen wir ihn nicht mehr. Kautsky wird durch die Art seiner Propagierung des Massenstreiks vielleicht seinen wissenschaftlichen Ruf aufs Spiel setzen. (Lebhaftes Unruhe.) Massenstreik und Generalstreik sind nutzlos. In den Gewerkschaften, die doch bei dessen Durchführung zunächst in Frage kommen, ist man nicht dafür. Es scheint, als wolle Kautsky den Massenstreik zum Parteidogma erheben. Das muß entschieden abgelehnt werden. Bei ruhiger Ueberlegung wird sich jeder sagen müssen, daß wir nichts tun dürfen, was die Arbeiterbewegung zurückwerfen kann. — Redner empfiehlt die Annahme der Resolution des Vorstandes, obwohl er nicht in allen Punkten dieselbe billigt. — Wir müssen festhalten an den bewährten Grundsätzen der Sozialdemokratie und dürfen nicht in die Ideen des Anarcho-Sozialismus verfallen, wie es dank der Quertreibereien einiger Eigenbrötter geschehen soll. (Lebhafter Beifall.)

Es sind inzwischen noch aus der Versammlung mehrere Resolutionen eingegangen.

Ein Antrag, die Redezeit auf 15 Minuten zu beschränken — Redner hatte 1 1/2 Stunde gesprochen — wurde fast einstimmig abgelehnt. Die Versammlung beschloß, daß abwechselnd ein Redner für, ein anderer gegen die Friedeberg'schen Ausführungen zum Worte kommen soll.

Juppenlag: Wenn ich Rehbein wäre, ich würde mich schämen, den Fuß auf den Friedhof der Märzgefallenen zu setzen. Die Kämpfer, welche dort ruhen, haben sich nicht vor den Soldaten gefürchtet, ebensowenig das russische Proletariat, welches jetzt für seine Freiheit kämpft. Vor solchem Sozialismus, wie ihn Rehbein propagiert, braucht sich die Bourgeoisie nicht zu fürchten. — Aus der Einteilung der Redner wissen Sie bereits, daß ich mit Friedeberg einverstanden bin, ich brauche deshalb nicht auf das Referat eingehen. — Ich habe der Resolution im Fernpalast zugestimmt und trete für das ein, was sie befragt, und wenn deshalb die Sozialdemokraten verlangen, ich soll den Kopf in den Sack stecken und mich hängen lassen, nun gut, dann tue ich es. (Heiterkeit.) Voriges Jahr hat sich Ledebour die Widerlegung Friedebergs sehr leicht gemacht. Er sagte damals, diese Ideen seien eine Folge der Hundstagsbisse. Jetzt war ja die Widerlegung nicht so leicht. Ledebour hat Friedeberg mit Marx' Lehre zu widerlegen gesucht und es so hingestellt, als ob wir Marx wie einen Heiligen zu verehren haben. Wir treiben keinen Personenkultus. Die Genossen, welche nur Flugblätter verbreiten, tun ebenso ihre Schuldigkeit, wie die großen Theoretiker. — Rehbein sagte, der Parteitag hätte uns vielleicht seine Anerkennung gezollt, also wir hätten als Musterknaben eine Vondontüte erhalten. Wir verzichten auf die Vondontüte ebenso wie auf die Anerkennung durch Rehbein. Unser Auftreten hat schon zwei Versammlungen herborgerufen, wie sie der beste Wahlkreis noch nie erlebt hat. (Oh! Unruhe.) Dafür müßte man uns Lokalisten danken. (Oh! Oh! Unruhe.) Ich halte an meinen Ansichten fest trotz Rehbein. Mit ihm gehe ich nicht auf den Friedhof der Märzgefallenen.

Siröbel: Der Vorredner sagte, wir Arbeiter lernen die Marx'schen Theorien nicht, wir können sie deshalb nicht beurteilen, wir halten es daher mit den praktisch erfahrenen Genossen. Dieser Standpunkt kann nicht gebilligt werden. Von den Genossen muß erwartet werden, daß sie sich mit den grundlegenden Theorien unserer Partei bekannt machen. Gewiß haben die Genossen, welche nur Flugblätter verbreiten, moralisch denselben Wert wie unsere großen Theoretiker. Aber die geistig hervorragenden Genossen haben doch im öffentlichen Leben eine größere Bedeutung und üben einen größeren Einfluß auf die Kulturbewegung aus, wie die Genossen, welche die Kleinarbeit verrichten. In praktischer Hinsicht ist es sehr wichtig, wie man sich zu der materialistischen Geschichtsauffassung stellt. Wenn man die Ansicht vertritt, daß eine psychologische Beeinflussung in unserem Sinne auch bei demjenigen Volksschichten möglich ist, deren wirtschaftliche Interessen anderen Bestrebungen entgegenstehen, so stellt man sich auf den Standpunkt des Revisionismus. Die materialistische Geschichtsauffassung zeigt uns, daß ein Appell an die Humanität, an das Gerechtigkeitsgefühl der Besitzenden nutzlos ist, wenn ihre wirtschaftlichen Interessen in Frage kommen, und daß die Arbeiterklasse nur das durchsetzen kann, was sie, gestützt auf ihre Macht, selbst erringt. — Wenn Friedeberg nur ein entschiedener Eintreter für unsere Ideen, mehr Feuer in der Propagierung unserer Grundsätze will, dann sind wir alle mit ihm einverstanden. — Friedeberg meint, der Parlamentarismus führe uns zur Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft, darum müssen wir die parlamentarische Betätigung fallen lassen und statt dessen Agitationsarbeit betreiben. Wie denkt sich Friedeberg die Agitationsarbeit, wenn wir keine Wahlbewegungen usw. hätten? Wenn er nur Vorträge über die Weltanschauung des Sozialismus halten will, so wird er finden, daß er an die breiten Massen gar nicht herankommt. Die aktuellen Tagesfragen dagegen, die in Verbindung mit der parlamentarischen Tätigkeit an uns herantreten, halten das Interesse der Massen wege. Durch nur prinzipielle Aufklärung schafft man wohl eine kleine Sekte, mit der man aber nicht die politischen Verhältnisse eines Landes umgestalten kann. Daß der Parlamentarismus die Gefahr der Versumpfung in sich birgt, ist richtig. Das hat auch Marx erkannt. Aber wir können nicht deshalb auf die Anwendung eines Mittels verzichten, weil es die Möglichkeit einer Gefahr in sich birgt, sonst müßten wir auch auf die Gewerkschaftsbewegung verzichten, denn in ihr steckt die Gefahr, daß sie im Rüstlergeist verunreinigt. Ein Beispiel dafür bietet die englische Gewerkschaftsbewegung. Auch in deutschen Gewerkschaften sehen wir schon Anfänge zum Rüstlergeist, so das Bestreben, die Zahl der Lehrlinge einzuschränken. Aber tödlich wäre es, wollten wir deshalb die Gewerkschaftsbewegung in Versuchung und Wogen verwerfen, weil sie diese Gefahr in sich birgt. Wenn wir etwas erreichen wollen, dann müssen wir alle Machtmittel, die uns zur Verfügung stehen, anwenden, auch den Parlamentarismus und die Gewerkschaftsbewegung. Es ist ja sehr schwierig, die Gewerkschaften mit revolutionär-sozialistischem Geiste zu erfüllen, weil die rüstlerischen Tendenzen und die Sorge um das angesammelte Vermögen dem entgegenstehen. Früher haben sich die Gewerkschaften in ihren Versammlungen wie in ihrer Presse mehr mit der Propagierung sozialdemokratischer Anschauungen befaßt, je mehr aber die Gewerkschaften sich in der angegebenen Richtung entwickelt haben, desto mehr sind die politischen Angelegenheiten zurück- und die reinen Fachangelegenheiten in den Vordergrund getreten. — Wenn Friedeberg jetzt, um den Geist des Massenkampfes zu stärken, neue Theorien aufstellt, so vertritt er die Gewerkschaften, anstatt sie aufzuklären. Wenn er die Gewerkschaften mit sozialistischem Geist durchsetzen will, dann muß er so arbeiten wie die Sozialdemokratie. Die Gefahren, die in der Gewerkschaftsbewegung stecken, haben andere Genossen lange vor Friedeberg erkannt und darauf hingewiesen. Die Erfüllung der Gewerkschaften mit sozialistischem Geist ist ein Problem, an dessen Lösung wir arbeiten müssen. Die Parteigenossen dürfen sich nicht damit begnügen, nur passive Mitglieder ihrer Gewerkschaften zu sein, sondern sie müssen in der Gewerkschaft für die sozialistischen Ideen eintreten. Wenn sich die 23 000 sogenannten Lokalisten den Zentralverbänden anschließen, dann können sie innerhalb derselben für die Verbreitung sozialistischer Geistes eintreten. (Auf: Wir kommen ja auf den Verbandstagen nicht zur Geltung!) Den Einfluß müssen Sie sich erkämpfen, unsere Interessen finden Sie. — Friedebergs Generalstreiks-idee, die sich ja keineswegs mit der anarchischen dedt, ist gar nicht so verschieden von der Massenstreiks-idee. Nur über die Mittel der Durchdringung der Massen mit sozialistischem Geiste gehen unsere Ansichten aus-

einander. Gewiß, im Augenblick ist weder der Generalstreik noch der politische Massenstreik möglich. Wir propagieren den letzteren aber, um ihn im gegebenen Falle neben unseren anderen Machtmitteln zur Anwendung zu bringen. — Wenn wir erst die Mehrheit hinter uns haben, dann brauchen wir auch die Soldaten nicht mehr fürchten. Erziehung und Risiko werden die jungen Leute dann hindern, auf Vater und Mutter zu schießen. (Beifall.) Wenn es bei einem Massenstreik zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht kommt, nun, dann wird sich zeigen, welche Seite die stärkere ist: die Herrschenden, die über die Machtmittel verfügen, oder das Volk, dessen gutes Recht von den Herrschenden unterdrückt wird. (Beifall.) Zu einer Machtprobe wird es einmal kommen. (Sehr richtig!) Bis dieser Moment gekommen ist, müssen wir den sozialistischen Geist verbreiten. — Friedeberg würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er an Einzelfällen Abweichungen von den sozialdemokratischen Grundsätzen, die in unserer Partei vorkommen, kritisieren würde. Wenn er aber neue Theorien ausheckt und die Stützen der Sozialdemokratie zu untergraben sucht, so ist das ein verhängnisvoller Fehler. — Halten Sie fest an den alten Grundsätzen unserer Partei, propagieren Sie dieselben bei jeder Gelegenheit, dann werden Sie der Fortentwicklung unserer Partei die größten Dienste erweisen. (Lebhafter Beifall.)

Weißel führte aus, daß den Gewerkschaften der sozialistische Geist fehle, er berief sich zum Beweise dessen auf die Propaganda gegen die Kaiserin und die Stellung des Kölner Gewerkschafts-kongresses gegen den Massenstreik. Am Parlamentarismus sei ja viel Gutes, aber der Ueberparlamentarismus sei zu verwerfen, das Geld, welches für diesen Zweck angegeben werde, könne besser zur Agitation verwandt werden. Der Redner berief sich auf die bekannte Aeußerung, welche Liebknecht 1869 gegen den Parlamentarismus machte. Kiesel knüpfte an dieses Zitat an und führte aus, jene Anschauung habe Liebknecht später durch seine praktische Tätigkeit selbst widerlegt. Ferner führte der Redner aus, die verschiedenen Fälle von Wahlrechtsverfälschung seien ein Zeichen dafür, daß die proletarische Bewegung bedeutende Fortschritte gemacht habe und die Bourgeoisie den Einfluß der Sozialdemokratie fürchte. Aber trotz der Wahlrechtverfälschungen werde die proletarische Bewegung weiter vorwärts schreiten, getragen von der Erkenntnis, daß der Kapitalismus beseitigt werden muß. Die Wahlen böten uns eine gute Gelegenheit zur Agitationsarbeit, man dürfe dem Proletariat dieses Kampfmittel nicht verweigern. Die Reaktion werde uns die Waffe, die der Parlamentarismus für uns ist, einmal aus der Hand schlagen. Die Massen würden darüber empört sein und dann sei der politische Massenstreik zur Verteidigung des Wahlrechts am Platze. Die Annahme, Kautsky lege durch die Propagierung des Massenstreiks seinen wissenschaftlichen Ruf aufs Spiel, sei lächerlich. — Das anarchische Organ „Der freie Arbeiter“ habe in seiner Weise die Friedeberg'sche Fernpalast-Resolution ausgenutzt. Dies Organ deute die Resolution in anarchistischem Sinne, und es sage, es sei an der Zeit, die 3000 Arbeiter, welche der Resolution zustimmten, nun auch zu Anarchisten zu machen. Ob das auch Friedeberg wolle, wisse man nicht, es sei aber nicht anzunehmen. Aber die Tendenz der Friedeberg'schen Agitation laufe auf eine Spaltung der Arbeiterbewegung hinaus. Dagegen müssen wir uns mit aller Energie wenden. Wer die proletarische Bewegung sprengen will, der ist ebenso unser Feind wie die Bourgeoisie. (Lebhafter Beifall.)

Theodor Fischer: Ledebour sagte, Friedeberg kenne die Volkseele nicht. Ich habe Gelegenheit zu erfahren, wie man in Arbeiterkreisen denkt und ich kann sagen, Friedeberg hat ausgesprochen, was die Volkseele bewegt. Er hat gesagt, was den Arbeitern, die ja nicht theoretisch geschult sind, seit langer Zeit auf dem Herzen liegt. Soll das nun nach Ansicht der Theoretiker vom Salage Rehbein falsch sein, dann müssen wir uns diese Ansicht gefallen lassen. Mit Theorien ist man in den letzten Jahren zu Oberflächlichkeiten gekommen. — Als Ledebour zu unserer Partei kam, stand er auf einem anderen Standpunkt wie heute. Er neigte damals den Ansichten zu, die Friedeberg jetzt vertritt. — In unserer Partei ist man im Laufe der Zeit zur Vertretung einer sauren Moral gekommen. Man käufte sich damit über das Elend des Proletariats hinweg. So lange das Elend herrscht, dürfen wir keine Agitation der sauren Moral treiben, sondern wir müssen den revolutionären Geist des Sozialismus pflegen. (Zuruf: Das wollen wir alle.) Wenn das alle wollen, dann müssen Sie sich auch nicht dagegen wenden, daß wir die Dinge beim richtigen Namen nennen. Wenn Ledebour sagt, den Massenstreik lasse ich mir gefallen, nur der Generalstreik ist anarchischer Unsinn, so ist er uns schon näher gekommen wie vor einem Jahre, wo er diese von uns vertretene Anschauung als ein Erzeugnis der Hundstagsbisse bezeichnete. Wenn Ledebour in derselben Weise weiter kommt, dann wird er bald mit uns Arm in Arm gehen. Die Propagierung unserer Idee bedeutet nicht, daß wir morgen schon auf die Barricaden gehen, wie Rehbein es hinstellt. Ein konservativer Wanderredner konnte nicht mehr gegen den Sozialismus reden wie Rehbein. (Sehr gut! Beifall.) Solche Reden sollte man sich in der Generalversammlung eines sozialdemokratischen Wahlvereins nicht erlauben. Der Standpunkt Rehbein's ist erklärlich. Erst wenige Jahre in Berlin, hat er am Engel - Ufer seine Studien betrieben und jetzt trägt er die Weisheit aus dem Engelhaufe vor. Rehbein spricht ja auch außerhalb Berlins in Versammlungen. Wenn er dort so agitiert wie hier, dann bedauere ich die Arbeiter, die er durch solche Agitation zu Sozialdemokraten macht. — Wir haben nicht nötig, uns vor den Anarchisten zu gräueln. Es schadet gar nicht, wenn wir uns mit ihren Kampfmitteln vertraut machen. Wir brauchen deshalb noch nicht in das anarchische Lager überzugehen. — Was in der proletarischen Bewegung geleistet worden ist, das haben die Arbeiter geleistet. Wir verwahren uns deshalb dagegen, daß uns die Theoretiker schulmeistern. Wir wissen, wo uns der Schuh drückt. Wenn wir in der Vertretung unserer Ansichten auch mal daneben hauen, dann ist das noch nicht so schlimm, als wenn theoretisch die Köpfe verwirrt werden. Jetzt wendet sich Ledebour gegen die Neutralität der Gewerkschaften, aber er und seine Freunde haben seit Jahren die Neutralität pouffiert und dadurch der Versumpfung vorgearbeitet. Fast alle Genossen wissen, daß in der Arbeiterbewegung etwas faul ist, aber sie haben nicht die Macht, dagegen anzukämpfen. Die Sozialdemokratie wird, wie ich schon früher sagte, nicht nur gegen ihre Gegner, sondern auch gegen ihre Führer kämpfen müssen. Von Grund auf müssen wir revolutionären. Wer die Dinge nicht vom Standpunkt der sauren Moral betrachtet, der wird das Vorgehen der sogenannten Lokalisten verstehen und mit uns zusammenarbeiten. (Na, na! Unruhe.) Ich meine nicht, daß Sie aus den Zentralverbänden austreten sollen, sondern ich wünsche nur, daß Sie die Entwicklung nach links fördern. Die Verhältnisse haben die Lokalisten nach links gedrängt, weil die Zentralverbände nach rechts gehen. Den Parteigenossen muß gesagt werden: Wenn Ihre Unterstützungsinrichtungen wackeln, dann verzichten darauf, Sozialdemokraten genannt zu werden. — In der zentralistischen Gewerkschaftspropaganda wird jetzt gesagt, die Partei hat die Lokalisten unter ihre Fittiche genommen, nun sieht sie, was sie davon hat. — Wir haben seit Jahren unter schwierigen Verhältnissen gearbeitet; die Parteipresse hat uns nicht unterstützt, sondern gegen uns geübt und uns die Arbeit erschwert. Den Standpunkt, den unsere Organisationen seither eingenommen haben, werden sie beibehalten, selbst auf die Gefahr hin, daß sich die Sozialdemokratie im Kampfe gegen uns mit den Zentralverbänden verbrüderet. Ich glaube aber, wir kämpfen noch weiter mit den Parteigenossen zusammen. Wollt Ihr uns aber nicht mehr anerkennen, nun, dann ist das Tischtuch zwischen uns zerschritten. (Unruhe.) Wenn Peus noch heute sozialdemokratischer Reichstags- Abgeordneter sein kann, wenn andere, die sich gegen grundlegende Programmpunkte der Sozialdemokratie gewandt haben, noch anerkannte Parteigenossen sind, so können auch wir das Recht in Anspruch nehmen, unseren nach links gerichteten Standpunkt zu vertreten. Nur das ist der Gedanke der Fernpalast-Resolution. — Der Redner empfahl zum Schluß die Annahme der Resolution Zueh, welche verlangt, daß die Gewerkschaften die Generalstreiks-idee propagieren mögen. (Lebhafter Beifall.)

Um 12 Uhr wurde die weitere Diskussion bis zu einer nächsten Versammlung vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

In Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am Montag Max Grundwald über „Das Studium der Nationalökonomie und die Frauen“. In klarer glänzender Weise entwickelte der Referent im ersten Teile seines Vortrages in großen Zügen eine Einführung in die nationalökonomische Wissenschaft, um dann im zweiten Teile die spezielle Beziehung der Frauen zu derselben auseinanderzusetzen. Die nächste Veranlassung findet am 25. September im Moabiter Gesellschaftshaus, Dörfelstr. 24. Herr Dr. Maurerbrecher spricht über die Revolution von 1848.

Gerichts-Zeitung.

Eine große Anzahl Schlafstellendiebstähle wurden im Frühjahr und Sommer dieses Jahres in Berlin, Charlottenburg und Spandau von dem Arbeiter Georg Frauendorf verübt. Der gut gefeldete Dieb mietete sich zuerst bei einfachen Leuten eine Schlafstelle oder ein möbliertes Zimmer. Nachdem er die beste Gelegenheit zum Diebstahl ausbaldowert hatte, verschwand er eines schönen Tages unter Mitnahme der besten Kleidungs- und Wäschegegenstände seiner Logiswirtinnen. Als dem Diebe in der Umgegend von Berlin der Boden zu heiß wurde, verschwand er plötzlich, um in Leipzig wieder aufzutreten und hier zahlreiche Schlafstellendiebstähle zu verüben. Als ihm auch dort die Kriminalpolizei auf den Fersen sah, unternahm er eine kleine Ausflugsreise nach Görlich. Von dort unternahm der gewerksmäßige Dieb Raubzüge nach Hannover, Köln und Hamburg. Schließlich gelang es, den gemeingefährlichen Burschen in der Person des vielfach vorbestraften Arbeiters Georg Frauendorf festzunehmen. Aus dem Untersuchungsgefängnis wurde er gestern der 1. Ferienkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen fortgesetzten schweren und einfachen Diebstahls im straffschärfenden Maßstabe zu verantworten. Bald nach seiner Verhaftung begann der Angeklagte, der schon lange Jahre im Zuchthaus gesessen hat, den „wilden Mann“ zu spielen. Er demolierte alles, was nicht mit und nagelstet war und konnte nur durch Anwendung von Gewaltmaßnahmen überwältigt werden. Dann wiederum beschuldigte er sich des Vorhabens an der Dienstadtgeld-Schlinge in der Dorfstraße zu Lichtberg. Es wurden auch nach dieser Richtung hin Ermittlungen angestellt, die indessen völlig ergebnislos blieben. Als der Angeklagte hiermit nicht den gewünschten Erfolg hatte, beschuldigte er sich eines Ueberraschung auf einen Bankbeamten in Hamburg, bei welchem er angeblich 30 000 M. erbeutet habe. Schließlich wurde er zwecks Beobachtung seines Geisteszustandes nach der Igl. Charité überführt. Der Oberarzt Dr. Stoszhnisch gab vor Gericht sein Gutachten dahin ab, daß Frauendorf ein psychopathischer Mensch sei, bei dem sich verschiedentlich ethische Defekte bemerkbar gemacht haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, was ihn wieder verleitete habe rückfällig zu werden, erwiderte der Angeklagte: „Ich habe nur deshalb überall gestohlen, um mich an der Menschheit zu rächen, die mir soviel Unbill zugefügt. Mir als Zuchthäusler gibt ja doch niemand Arbeit. Wenn ich welche hatte, würde ich bald wieder ausgewiesen.“ Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren. Der Gerichtshof erkannte auf fünf Jahre Zuchthaus. Auf die Frage, ob er die Strafe antreten wolle, erklärte Frauendorf: „Wenn ich die Strafe verbüßt habe, laufe ich mir sofort einen Revolver und schieße irgend jemand über den Haufen, damit ich wieder hineinkomme. Mir ist alles egal!“

Das ist meistens der Lebensgang des Verbrechers. Erst einmal mit dem Gefängnis oder Zuchthaus Bekanntschaft gemacht, gelingt es ihm auch beim besten Willen nur sehr schwer, in der bürgerlichen Gesellschaft wieder Fuß zu fassen. Er bekommt keine Arbeit. Wenn es ihm aber einmal glückt und der Arbeitgeber erfährt das Vorleben, ist ihm vielfach Entlassung sicher. Nach einige Male bemüht er sich um Arbeit, um immer wieder dieselbe Erfahrung zu machen. Leben will er aber, da wird er schließlich zum Verbrecher. Er wird wieder gefaßt und bestraft. Nach Verbüßung der Strafe geht er denselben Weg, es bleibt ihm, dem Ausgestoßenen, kein anderer übrig, sein Ende beschließt er womöglich im Zuchthaus. Das Verbrechertum ist eben eine Erscheinung unserer wirtschaftlichen Zustände. Nur mit Beseitigung der heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen werden auch ihre Auswüchse verschwinden.

Ein Stadtbahnbediener wurde gestern in der Person des Drechslergesellen Franz Köhler dem Strafgericht vorgeführt. Der 24-jährige Angeklagte ist vielfach vorbestraft. Bald nach Erreichung des vollstrafmündigen Alters von achtzehn Jahren machte er das erste Mal Bekanntschaft mit dem Zuchthaus. Am 11. Mai dieses Jahres wurde der Angeklagte nach Verbüßung einer zweijährigen Zuchthausstrafe aus der Strafanstalt in Brandenburg entlassen. Fünf Tage später, am 16. Mai, sah er schon wieder wegen der jetzt zur Anklage stehenden Stadtbahnbediener hinter Schloß und Riegel. Am 16. Mai gegen 11 Uhr abends fuhr der Glasmerciereier Henze vom Bahnhof Zoologischer Garten nach der Station Stralau-Hummelsburg. Unterwegs übermannte ihn im Stadtbahncoupe die Müdigkeit, so daß er bereits auf dem Bahnhof Böse einschlief. Der Angeklagte wurde um die gleiche Zeit auf dem Bahnhof Alexanderplatz beobachtet, wie er aufmerksam in alle Abteile hineinsah. Schließlich bestieg er das Abteil, in welchem Henze saß. Ein Kriminalbeamter hatte diese Szene jedoch beobachtet und war in das Neben-coupe gestiegen. Als der Angeklagte auf dem Bahnhof Warschauerstraße den Zug verlassen wollte, wurde er festgenommen. In seinem Besitze wurde die silberne Uhr und das Portemonnaie des Schlafenden vorgefunden. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von einem Jahre. Der Gerichtshof ging jedoch mit Rücksicht auf das gemeingefährliche Treiben der Bediener noch über den Antrag hinaus und erkannte auf ein Jahr neun Monate Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Briefkasten der Redaktion.

Zurück! Marie von Güner Eichenbach wurde am 13. Sept. 1830 geboren. Sie und mit ihr viele Kreise selekten lobten ihren 75. Geburtstag. Von ihren vielen und hervorragenden Berken seien hieraus genannt: „Das Gemeindefest“, „Schloß- und Dorfgeschichten“, „Alte Schule“, „Neue Schloß- und Dorfgeschichten“, „Abbrüder“, „Dramen etc.“ — **Parlament.** (Druckfehler in Nr. 213.) Rox rognat, sod non gabernat: Der König herrscht, aber regiert nicht. — **St. A. Rein.**

Juristische Zeit.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Öffnet: abends 7 Uhr.

Gewerkschr. 50. 1. Die Wohnung muß bis am 2. Oktober mittags geräumt sein: Der Laden rechnet nicht als Wohnzimmer. Wird nicht geräumt, so kann die Polizei einschreiten, auch ist der Räumung Verzögernde in vollem Umfang schadenhaftig. 2. Bis mittags ist zu räumen. — **H. W. Hinzertung.** 1. Rein. 2. Einen weiteren Instanzenweg gibt es nicht. Sie hätten den Antrag rechtzeitig (im Januar) bei der Militärverwaltungs-Kommission stellen sollen. Recht sind mehrere Schritte nutzlos. — **H. W. 1.** Der Frau. 2. Ein notarieller Vortrag und Eintragung ins Kreisregister ist zweckmäßig. Ein Beispiel finden Sie S. 25 Nr. 22 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. — **G. W. M. R. 37.** Erzielt Ihr Antrag nicht Gegenständliches, so hätte eine Klage des Wirts Aussicht auf Erfolg. — **Preisnot.** 1. und 2. Ja. 3. Womit die Anklage bestehen soll, ist nicht ersichtlich. 4. In Nr. 204 bereits beantwortet. — **G. S. 51.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Herausgabe der Ration und Lohnarbeit klagen. 2. Sofern nicht guter Glaube angenommen wird, dürfte Bestrafung erfolgen. — **W. M. 100.** 1. und 2. Nein. 3. und 4. Ja. — **Zwischenmänner 88.** 1. Ja. 2. Die anständigen Sachen unterliegen auch nicht dem Brandrecht des Vermieters. Die Parteien auf Anerkennung klagen. — **H. R. 10.** Wenden Sie sich an das zuständige Amt. — **H. W. 100.** Rein. — **H. W. 1.** Ablehnung der Ladung des Zeugen und Bestätigung des Urteils erster Instanz ist möglich. 2. Das Landgericht wäre die letzte Instanz. 3. Der Vermerk wäre zwecklos. 4. Nach Klagen von 200 Marken leben Ihre Ansprüche wieder auf. —

Vermischtes.

Ueber die Cholera

Liegen folgende neuere Meldungen vor: Bromberg, 13. September. Die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet über den Stand der Cholera im Bromberger Bezirke: Als choleraverdächtig ist in Bongromitz eine Person erkrankt, ebenso in Piesno, Kreis Wirsitz, ein Härtersohn und auf dem Rittergut Hammer, Kreis Czarnikau, ein Dominiararbeiter. Bei einem Schiffbrucht in Pabichin und einem Flößer in Czarnikau ist Cholera bakteriologisch festgestellt worden.

Wie die „Neuen Westpreussischen Nachrichten“ melden, ist in Sturzbrach bei einer Frau, sowie bei einem dort verstorbenen Kinde, bei einem in Schilno verstorbenen kolonischen Flößer und bei einer in Graudenz erkrankten Frau Cholera bakteriologisch festgestellt worden.

Aus Hamburg wird amtlich mitgeteilt, daß weitere Erkrankungen an Cholera nicht vorgekommen sind. Da die zuletzt an Cholera erkrankte Person schon am 4. September in das Krankenhaus gebracht wurde, sind nunmehr neun Tage ohne weitere Erkrankungsfälle verfloßen.

Ueber choleraverdächtige Erkrankungen in Dömitz (Mecklenburg) wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Am Rachmittage des 11. September ging die Meldung ein, daß in Dömitz eine Arbeiterfrau unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben sei. Da die vorläufige bakteriologische Untersuchung der Leiche diesen Verdacht bestätigte, begaben sich am 12. September im Auftrage des großherzoglichen Medizinal-Ministeriums Ministerialrat Kundt und Professor Dr. Pfeiffer-Rostock nach Dömitz, um unter Hinzuziehung des Kreisphysikus die nach den dortigen Verhältnissen nötigen Anordnungen zu treffen. Dabei ergab sich, daß noch ein an der Elbe beschäftigter Stadtarbeiter unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt war. Für beide Fälle wird das Ergebnis der noch nicht abgeschlossenen bakteriologischen Untersuchung endgültig feststellen, ob wirklich asiatische Cholera vorliegt. Für alle Fälle sind die nötigen Sicherheitsmaßregeln getroffen.

Ein großes Schlaglicht auf unsere wirtschaftliche Misere wirft ein Vorgang mit seinen entsetzlichen Folgen, der aus nachstehendem, und gestern aus Halle zugegangenem Telegramm ersichtlich ist. Dasselbe lautet: Der Händler Hase, der heute früh ermordet werden sollte, ermordete sein dreijähriges Kind und verbrannte.

Welche schwere Anklage gegen die heutigen Gesellschaftszustände verbirgt sich in diesen wenigen Worten. Der Mann war nicht mehr in der Lage, an den Hauswirt seinen schuldigen Tribut zu entrichten, er sollte auf die Straße gesetzt werden. Da packt ihn, der schon durch die Nahrungsforgen schwer mitgenommen ist, die Verzweiflung. Er weiß weder aus noch ein, und in diesem Zustande wird er schließlich zum Mörder seines Kindes. Die moralische Schuld an dieser erschreckenden Tat trifft die heutigen Zustände, in denen Not und Elend eine notwendige Begleitercheinung der kapitalistischen Gesellschaftsform ist. Wird der Mann ergriffen, so ist ihm schwere Strafe gewiß und zwar von Rechts wegen. Wie jagte doch Goethe: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein!

Die Verwüstung in Kalabrien.

Rom, 10. September. (Fig. Ver.) Das furchtbare Unglück, das Kalabrien betroffen hat, ist zurzeit noch nicht annähernd zu übersehen. Tausende von Toten sind zu beklagen, und etwa die zehnfache Zahl Verwundeter. Wie viel noch lebend oder tot unter den Trümmern ihrer Wohnungen liegen, ist nicht abzuschätzen; die Soldaten arbeiten Tag und Nacht, aber es ist keine Hoffnung vorhanden, daß man allen Hilfe bringen kann. Die Vergungsarbeiten werden im besten Falle an vielen Orten länger dauern müssen, als die möglicherweise zahlreichen lebendig Begrabenen warten können. Das unglückliche Kalabrien hat dem offiziellen Italien zu lange aus der Welt gelegen und es weniger interessiert, als die afrikanischen Kolonien; daher fehlen heute Wege und Transportmittel, daher fehlt die Möglichkeit, in die wilden Schluchten und auf die fahlen Berge, wo die Verwüstung gehaust hat, rechtzeitig Hilfe zu bringen.

Die materielle Not, die dem furchtbaren Elementarereignis gefolgt ist, ist unermesslich. Ueber 60 städtische oder ländliche Gemeinden sind betroffen, 7 Dörfer sind völlig zerstört; die ärmsten Hütten und die elegantesten Villen bilden einen Trümmerhaufen, Kirchen, Rathhäuser, Denkmäler, alles ist zerstört. Weit über 10 000 Menschen sind obdachlos, andere Tausende wagen nicht in ihre Wohnungen zurückzukehren, weil man das Wiederholen der Erdstöße befürchtet.

Kalabrien, das auf einer Fläche von 15 000 □ Kilometer eine Bevölkerung von 1 370 000 Seelen zählt (90 auf den □ Kilometer), ist das flachste Land der Erde. Während andere Gebirgsländer, wie z. B. Sardinien, ganz von Erdbeben verschont bleiben, hat der Gebirgsstreifen, in dem das italienische Festland ausläuft, eine Reihe in der Geschichte vermerker Erschütterungen erlitten. So wurde die

unglückliche Region im Jahre 1638 völlig verwohlet, wobei 9600 Menschen ihren Tod fanden. Das große Erdbeben, das am 5. Februar 1783 hereinbrach, am hellen Tage, um die Mittagsstunde, forderte 60 000 Opfer. Die Fachleute erklären, daß das furchtbare Naturereignis durch keinerlei Anomalie vorher angezeigt wurde. Einige hielten ein Wiederholen der Erdstöße für nicht unwahrscheinlich. Ob eine Beziehung zwischen der seit einigen Jahren neuerwachten vulkanischen Tätigkeit des Stromboli und dem Erdbeben besteht, ist nicht festgestellt. Augenblicklich ist der Stromboli ruhig, aber der Vesuv in lebhafter Tätigkeit.

Weitere Meldungen besagen: Cosenza, 13. September. Von gestern abend 8 Uhr bis heute früh 2 Uhr wurden drei neue starke Erdstöße verspürt, welche Schaden verursachten und die Panik unter der Bevölkerung erhöhten.

Erdbeben. Jungsbrud, 13. September. Im Arberggebiet hat nachts 1 Uhr 39 Min. ein starkes, ungefähr 10 Sekunden dauerndes Erdbeben stattgefunden.

Taurisien-Anfälle. Teplich, 13. September. Die Dresdener Lehrer Fischer und Schilde sind im Schammsteingebiet bei einer Vergtour abgestürzt; beide sind schwer verletzt. — Lande (Tirol), 13. September. Die Erzieherin Emilie Langner aus Berlin und deren Bruder sind bei einer Vergtour verunglückt. Letzterer hat eine Wunde am Kopfe, seine Schwester ebenfalls Verletzungen am Kopfe und an den Füßen erlitten.

Dem Hochwasser überflutet. Valencia, 13. September. Erntearbeiter, welche unter einer Brücke im Dorfe Mojanaña schliefen, wurden von plötzlich eintretendem Hochwasser überflutet. Zwölf davon werden vermisst; man glaubt, daß sie ertrunken sind.

Ueberschwemmung. Roullins (Dep. Alier), 13. September. Die Stadt Arsenles und die Umgegend sind infolge einer Wasserhohe überschwemmt. Viele Wohnungen sind zerstört und zahlreiches Vieh durch die Fluten fortgeführt. Man glaubt, daß Menschen nicht verunglückt sind.

Erdbeben in Lahore. Wie die Londoner Abendblätter aus Lahore melden, wurde dort durch einen gewaltigen Stößenbruch erheblicher Schaden an den Gebäuden angerichtet. Eine fast gleiche Verwüstung wurde durch ein neues Erdbeben verursacht. Viele Häuser sind zerstört und Hunderte von Menschen obdachlos.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 17. September, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Vortrag des Schriftstellers M. H. Baege über: „Die Geschichte der Erde“, mit 60 kolorierten Lichtbildern.

5/2* Eintritt 30 Pf. inkl. Garderobe. Beginn 7 Uhr. Eröffnung 6 Uhr. Nach dem Vortrage: Beginn 7 Uhr.

Gemütl. Beisammensein und Tanz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Bautischler. Achtung!

Sonntag, den 17. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 4):

Versammlung der Bautischler.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission über den in der letzten Versammlung gefaßten Beschluß und Stellung der Verwaltung zu demselben. 2. Diskussion. 3. Wahl der Kommission für die einzelnen Bezirke. 4. Verschiedenes. Kollegen, wegen der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht, daß ein jeder in dieser Versammlung pünktlich erscheint.

92/14 J. H.: Karl Reiche.

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen!

Freitag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. Versammlung

bei Fritz Wille, Brunnenstr. 188 (nahe dem Rosenthaler Tor). 187/13 Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Zadek: „Der notwendige Kampf der Arbeiterklasse gegen die Leben- und Gesundheits zerstörende Heberarbeit und Hausarbeit.“ — Anträge und Diskussion.

Das Erscheinen aller ist notwendig! Die Vertrauensleute. J. H.: Karl Butry.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Donnerstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung für die Ladenbranche.

Tages-Ordnung: 1. Die soll in Zukunft die Agitation in der Branche betrieben werden? 2. Die Errichtung einer Kommission für die Ladenbranche. 3. Verschiedenes. 92/11*

Der Obmann.

Advertisement for Anhaltische Kohlenwerke. Text: Anhaltische Kohlenwerke mit dem „Kleeblatt“. ANHALTISCHE KOHLENWERKE Mariengrube. Altrenommierte Briquets bester Qualität aus den Anhaltischen Kohlenwerken Mariengrube, Senftenberg.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche. Freitag, den 15. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Das Verhalten des „Berliner Betonvereins“ gegenüber den von uns zur Vertragsüberhandlung gestellten Forderungen und Beschlußfassung über unsere weitere Stellungnahme hierzu. 2. Diskussion. 3. Regelung der Gehaltsfrage für die angestellten Kollegen, gleichzeitig Festlegung der Entschädigung für Kollegen, welche an Baustellenkosten usw. teilnehmen. 4. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Mitgliedsbuch legitimiert. 148/7* Der Vorstand.

Achtung! Radfahrer!

Donnerstag, den 14. September 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Arbeiter-Radfahrer-Versammlung

in Dräsel's Restfälen, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung: 1. Nichten sich die Arbeiter-Radfahrer von Berlin und Umgegend nach der Lokalliste? Referent: Karl Fischer. 2. Diskussion.

Um zahlreiche Besuch der Versammlung, insbesondere der Mitglieder des Arb.-Radfahr.-Bundes „Freiheit“ ersucht Der Vertrauensmann der Arbeiter-Radfahrer der Provinz Brandenburg.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit.“ Sonntag, den 17. September 1905, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl der Hilfskassier. 2. Vortrag des Herrn Dr. Christeller. 3. Verschiedenes. NB. Das Bureau befindet sich vom 1. 10. 05 Zimmer 8. Mitgliedsbuch legitimiert. 149/7 Die örtliche Verwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Gau 9. Bezirk 10. Gau 9. Der Arbeiter-Radfahrer-Verein Zehdenick veranstaltet in den Räumen des Herrn C. Buchholz am 17. September sein

erstes Bezirks-Fest.

Immer wir den Bezirk I, wie die umliegenden Bundes-Vereine freundlichst einladen. Bundesgenossen, es ist hier die Nachsicht des „Freiheit“-Bundes zu begehren und bitten wir, unumöglichst großen Besuch. Es soll eine Agitation für unseren Bund sein. Nachmittags 3 Uhr: Corso durch die Stadt. Das Komitee. 96/14*

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vernichtet. — 31. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Mücken, Kransosen, Blattläuse etc. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 3282*

1000 Mark Belohnung

zahlt demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neuest. Katalog m. Illustr. viol. Acetate u. Prof. grat. u. d. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin N.W., Friedrichsrasse 91/92.

Charlottenburg Freie Volksbühne.

Freitag, 15. Sept., abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause: 293/14 Großer öffentl. Vortrag. Thema: „Die Schönheit der großen Stadt.“ Referent: Herr August Endell. Eintritt 10 Pf. Der Vorstand.

Als ein durch tausende von Dankschreiben anerkanntes Mittel gegen Magenleiden aller empfehlen wir den echten indischen Kräuter-Magen-Likör. Allein zu beziehen: 94/17* Gode, Kiens, Dammer, In d. Plage 4. Jede Flasche m. gem. kostenlos erteilt

Sozialdemokrat. Wahlverein

I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Süd-Ost).

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Tischler

Hermann Schmidt

wohnhaft Raungr. 84 (Stadtbezirk 84) verstorben ist. Erhe seinen Aandenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am 11. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

Gustav Andreß

Burgdorferstr. 4. Erhe seinem Aandenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus Moabit aus nach dem neuen Maxarth-Bischhof (Reinoldsdorf-Bez., Berliner-Strasse) statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 249/12 Der Vorstand.

Miets-Gesuch!

Gewerkschaft (circa 2500 Mitglieder) sucht per 1. Januar 1906 größere, möglichst im Zentrum der Stadt gelegene

Büreauräume.

Bevorzugt Restaurationlokale, die sich zum Verlehr von Gewerkschaftsmitgliedern eignen. 1619b

Offerten mit Mietpreis-Angabe unter V. 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Bereine.

Hebe noch Sonnabende und Sonntag Saal mit Bühne zu vergeben. I* Eberts Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72. (Amt I. 3651.)

Dr. Leil Rosenthaler

strasse 26 II. Homöopath und Spezial-Arzt für Haut-, Horn- und Geschl.-Leiden. 11-2 u. 6-8. Sonnt. 11-3.

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41. Spezialarzt für 29/14* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

für Anfänger.

Langjähr. gut eingeführte Brongehörnerarbeit ist billig zu verkaufen. Hdr. E. B. 2507, Rud. Mosse, Preisversteiger. 41. 33/20*

Gr. Gasse und Logierhaus. An der freien Oststadt Linienstraß steht ein Restaurant mit Inventar, Betten etc. a. Spottpr. v. 3000 M. bar, sof. um Gr. d. Konzeption z. verl. Kauf. J. B. Reiff, St. Janavliot 14, Antw.

Partei-Angelegenheiten.

Der Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit“ hat uns auf die am Dienstag gebrachten Mitteilungen, die bekanntlich von der Sozialkommission veröffentlicht worden sind, eine längere Erklärung zugefandt, in der die Wichtigkeit der erhobenen Anschuldigungen mit Entschiedenheit bestritten wird.

Berliner Nachrichten.

„Wie jedermann der Fleischnot entrinnen kann“

Das wurde am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung gezeigt, die nach Kellers Saal in der Kopenstraße einberufen war. Die Frage ist zeitgemäß, und auf die Antwort wird mancher gespannt sein. Nun, also, wie fängt man's an?

Ja, wie?! Muß man Kunde der Freibank werden und dort zu billigerem Preise das ausgesonderte Fleisch kaufen, das für die Wohlhabenden zu schlecht, aber für die Unbemittelten noch lange gut ist? Oder soll man lieber zum Kopfschlächter gehen und es mal mit einem Pferdofotelette versuchen, das von „Kernern“ als Delikatessje gepriesen, aber vom Durchschnittsmenschen in normalen Zeiten schon gemieden wird? Die Frauen der Arbeiter, der kleinen Gewerbetreibenden und der Unterbeamten, die diesen Ausweg wählen, wissen nicht, wie töricht sie handeln. Auch das Pferdofleisch ist noch viel zu teuer, auch die Freibankware wird noch viel zu hoch bezahlt. Das billigste Fleisch ist dasjenige, das man — gar nicht kauft. Das Radikalmittel zur Abwehr der Fleischnot besteht darin, daß man — überhaupt kein Fleisch isst. Dieser Vorschlag ist nicht etwa einer von den platten Späßen, wie der Herr Landwirtschaftsminister sie liebt, auch keine von den zynischen Hohnheiten, in denen die Agrarierpresse sich ergeht. Der Vorschlag wurde in der Versammlung vom Dienstag in allem Ernst gemacht und er ist sogar gut gemeint. Die grundsätzlichen Gegner jedes Fleischgenusses, die Vegetarier sind es, die der über die Fleischnot klagenden Bevölkerung als Radikalmittel die völlige Enthaltung vom Fleischgenuss empfehlen.

Die Deutschen, die die Versammlung einberufen hatten, waren offen und ehrlich genug gewesen, in ihren Anzeigen Zweck und Ziel ihres Vorgehens von vornherein erkennen zu lassen. Diese Ehrlichkeit hat sich belohnt. Sie hat die Einberufer vor der Täuschung bewahrt, daß weite Kreise der Bevölkerung mit ihnen einverstanden seien. Die „große öffentliche Versammlung“, die sie einberufen hatten, war ganz kläglich besucht. Und das Häuflein der Erschienenen bestand fast nur aus solchen, die längst Vegetarier sind. Dem entsprechend verlief die Versammlung. Ohne Widerspruch wurden die Ausführungen der beiden Referenten hingenommen, des Arztes Dr. Fiegelroth, der den Fleischgenuss als bedenklich und schädlich schilderte, und des Schriftstellers Schirmer, der die Ernährung mit Fleisch als „ungeheure Verschwendung“ nachzuweisen sich bemühte. Ohne Widerspruch wurde auch eine Resolution beschlossen, die den Vegetarismus als das einfachste Mittel zur Abwehr der gegenwärtigen Fleischnot hinstellt. Von den wenigen Nicht-Vegetariern, die sich eingefunden hatten, dürfte dennoch nicht einer durch diese Versammlung dem Vegetarismus gewonnen worden sein.

Die Vegetarier können aus dem völligen Mißerfolg, den sie sich geholt haben, eine Lehre ziehen. Wir achten es, daß sie die Lebensweise, die sie anderen anraten, am eigenen Leibe erproben — sehr im Gegensatz zu den Junkern, die den Arbeitern die Kartoffel als billiges Nahrungsmittel empfehlen und selber auf ihrem Tische den Braten nicht missen mögen. Aber es ist stets ein gefährlich Ding, Bundesgenosse der Agrarier zu werden, wie es jetzt die Vegetarier geworden sind. Schulter an Schulter mit Nahrungsmittel-Wucherern zu kämpfen, aus welchen Beweggründen auch immer das geschehen möge, kann keinem zur Ehre gereichen.

Die „königliche Sanitätskommission“

Wie schon gemeldet, am gestrigen Mittwoch zur Beratung von Maßnahmen gegen die Cholerafahrt im großen Sitzungssaal des Polizeipräsidiums zusammen. Der Kommission gehören an außer dem Polizeipräsidenten und seinem Vertreter mehrere Kreisärzte Berlins, der Vorsitzende der Vezelammer, der Garnisonarzt und der Platzmajor als Vertreter der Militärbehörde, Vertreter des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung. Eine ausführliche Mitteilung aller von der Kommission gefaßten Beschlüsse wird baldigt durch das amtliche Telegraphenbureau allen Zeitungen zugehen. Vorkünftig beschränken wir uns und weisen zur Veranschaulichung weiterer Kreise des Publikums ausdrücklich darauf hin, daß von den staatlichen und städtischen Behörden die denkbar sorgfältigsten Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden sind, um der gefährlichen Seuche entgegenzutreten. Bisher ist innerhalb Berlins kein einziger Cholerafall vorgekommen, und es ist auch mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß bei dem Fortschritt unserer sanitären Einrichtungen, bei der gesteigerten hygienischen Erziehung des Volkes von Massen-erkrankungen nicht die Rede sein wird — wenn die heute beschlossenen Vorbeugungsmaßnahmen in die Tat umgesetzt werden und ihre Durchführung einer gebührenden Kontrolle unterliegt.

Durch sofortige Einberufung der Revier-Sanitäts-Kommissionen sollen mit Unterstützung der Polizei-Organen die Wohnungen besonders mit Bezug auf ihre Reinlichkeit und den Anschlag an die Kanalisation überwacht werden. Die behördliche Kontrolle hat sich dann neben der Reinhaltung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Bedürfnisanstalten, der regelmäßigen Weisung des Hausmülls, der Vereinfachung von Verordnungen für Kranke, im wesentlichen auf Maßnahmen im Nahrungsmittelverkehr zu erstrecken. Der Verkauf unreifen Obstes, verdorbener Nahrungsmittel muß überwacht werden, die vor den städtischen Markthallen sich ansammelnden halb und ganz verdorbenen Warenvorräte sind schleunigst zu beseitigen, durch eindringliche Mahnung ist das Publikum vor der Verköhlung von Waren im Lebensmittelverkehr wie Obst, Fleisch und Backwaren im sanitären Interesse zu warnen. In größeren Fabriksbetrieben, die ihr Trinkwasser noch aus Hofbrunnen beziehen, soll abgekochtes Wasser, dem, um den faden Geschmack zu verdecken, Zitronensaft beigelegt wird, Kaffee oder Tee bereitgestellt werden. Erst wenn ein Cholerafall eintreten sollte, werden die Lüftungsbahnen geschlossen. Es ist dann darauf hingewiesen worden, daß gerade durch Schiffe, die besonders der Cholera ausgelegt sind, die Seuche in die Stadt verschleppt werden kann. Durch Beamte der Strompolizei und der Ministerialbaukommission sowie durch gedruckte Hinweise sollen die Schiffer darauf hingewiesen werden, nie Wasser aus Kanälen oder Flüssen zu trinken. Die Stadt hat sofort

das für die Schifferbevölkerung an den Wasserläufen, soweit sie Berlin berühren, Trinkwasserstellen und Aborte beschafft und vermehrt werden. Es kommt hierfür hauptsächlich der Nordhafen, der Humboldthafen und das Engelbuden in Betracht. Ferner sollen die ständig mit Füllarbeiten betrauten Arbeiter und Beamten des Wasserwerkes am Müggelsee einer gesundheitlichen Aufsicht unterstellt werden, um nach Möglichkeit das Eindringen von Schmutzpartikeln bei ihrer Tätigkeit hintanzuhalten. Die Vorstände der Berlin benachbarten Gemeinden werden veranlaßt, schleunigst die gleichen Vorbeugungsmaßnahmen für ihre Ortschaften zu treffen.

Wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß es den vereinten Bemühungen der Behörden und des Publikums gelingen möge, die furchtbare Seuche von unserer Stadt fernzuhalten. Wie stets bei drohenden Gefahren wird man jetzt erst auf manche Lücke in unseren sanitären Einrichtungen aufmerksam, auf deren Beseitigung in Presse und Versammlungen eindringlich hingewiesen worden ist. Von den hier gekennzeichneten Vorbeugungsmaßnahmen muß eine Reihe, des ist Vorläufe getroffen worden, auch außerhalb der Zeiten einer Seuchengefahr ständig beobachtet und durchgeführt werden.

Der Bund für Mutterschutz erläßt folgenden Aufruf: Der Bund für Mutterschutz, der sich u. a. die Aufgabe gestellt hat, unehelichen Müttern zur Gründung einer wirtschaftlichen Existenz zu verhelfen, will einen Arbeits- und Stellennachweis errichten und bedarf zu diesem Zwecke der bereitwilligen Unterstützung möglichst vieler Arbeitgeber. Es melden sich bei ihm fast täglich ledige Mütter aus allen Berufs- und Erwerbskreisen (Mäul- und Sprachlehrerinnen, Stenotypistinnen, Krankenschwestern, Verkäuferinnen, Schneiderinnen, Aufwärtinnen, Dienstmädchen usw.), welche durch die Mutterschaft erwerbslos geworden sind und denen es trotz bester persönlicher Eigenschaften und persönlicher Berufsfähigkeiten nicht möglich ist, eine Stellung und somit Brot für sich und ihr Kind zu finden. Wir bitten daher alle gerecht denkenden und warm empfindenden Männer und Frauen, insbesondere die Inhaber von Geschäften, Fabrikbetrieben, namentlich auch Hausfrauen, kurz alle, die weibliche Arbeitskräfte auf irgendwelche Art beschäftigen müssen, unser Unternehmen zu unterstützen — durch Annahme von Balancen und mögliche Berücksichtigung der ihnen von uns empfohlenen Mütter. Der Bund wird selbstverständlich bemüht sein, den an ihn sich wendenden Arbeitgebern nur solche Arbeitskräfte zu empfehlen, deren Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit er soweit wie möglich geprüft hat. Kosten sollen durch unsere Vermittlung nicht entstehen, und wir sind überzeugt, daß sie beiden Parteien zum Nutzen gereichen wird. Unsere zweite Bitte ist an diejenigen Persönlichkeiten gerichtet, welche gewillt sind, erwerbstätige uneheliche Mütter mit ihrem Kinde gegen entsprechendes Entgelt bei sich aufzunehmen und das Kind während der Arbeitsabwesenheit der Mutter zu pflegen und zu überwachen. Schließlich bitten wir solche Männer und namentlich Frauen, die bereit und befähigt sind, als Vormünder von unehelichen Kindern deren so überaus oft gefährdete wirtschaftliche, sittliche und leibliche Interessen zu schützen, um ihre Adressen. Dasselbe gilt von allen denjenigen, welche in der einen oder anderen Weise an der Lösung unserer ebenso dringlichen wie schweren Aufgabe sich beteiligen und somit an einem Werke sittlicher Reformen und des sozialen Fortschrittes mitarbeiten wollen. Die geplante Organisation soll mit dem 1. Oktober ex. ins Leben treten. Die Geschäftsstelle des Bundes für Mutterschutz befindet sich schon jetzt Leipzigerstraße 42 bei dem Schriftführer Dr. Max Marcuse.

Von den Autoritäten im Milchstreit ist nun eine vom Schanplatz abgetreten, Dr. Engel, bisher Schriftführer der Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, hat dieses Amt niedergelegt und ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. In der neuesten Nummer der „Verl. Korrespondenz“ klagt er, daß er selber von der Gesellschaft bezw. von ihren tierärztlichen Beratern Bougert und Ostertag erst im letzten Augenblick über die Kunde von Tuberkelbazillen unterrichtet worden sei, die man in den von der Gesellschaft empfohlenen Kuhställen gemacht habe. Ja, es sind ihm ganz merkwürdige Zustände, die bei dieser Gesellschaft herrschen — bei derselben Gesellschaft, die die Bevölkerung darüber aufklären will, wo es „gute“ Milch gibt und wo man „schlechte“ bekommt. Sehr auffällig ist auch, daß die Kunde von Tuberkelbazillen nicht durch die Gesellschaft offiziell der Öffentlichkeit mitgeteilt worden sind, sondern erst auf dem Umwege über Herrn Bougert, der sie gemacht hatte, an die Milchhändler gelangt und so zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden mußten — und zwar erst zu einer Zeit, wo Bougert sein Amt eines zweiten Schriftführers niedergelegt und in der Stellung eines Bakteriologen der Meierei Volle als Vizelehrer der von der Gesellschaft als gefährlich bezeichneten dänischen Milch sich bekannt hatte. Es bleibt nun noch Professor Ostertag, dessen Haltung in Sachen der Auffindung von Tuberkelbazillen wie der Warnung vor der dänischen Milch noch nicht ganz aufgeklärt ist.

Der Direktor der Großen Berliner Straßenbahn, Herr Moritz Marhold, ist in der letzten Nacht nach kurzem, schwerem Leiden im 49. Lebensjahre gestorben. Marhold trat im Jahre 1870 nach Beendigung der akademischen Studien in den Staatsdienst und war dort zuletzt königlicher Bau- und Betriebsinspektor bei der Eisenbahndirektion Breslau. Im Jahre 1900 trat er in die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn über, bekleidete zunächst die Stellung eines Betriebsleiters und wurde im vorigen Jahre zum Direktor gewählt. Der Dahingekleidete war auch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bauingenieurgesellschaft des Vereins der Straßenbahn-Angestellten.

Zum internationalen Tuberkulosekongress sind vom Magistrat abgeordnet der Vorsitzende der Berliner Landesversicherungsanstalt Dr. Freund und der Direktor des städtischen Statistischen Amtes Dr. Hirschberg.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation unter dem Vorsitz des Stadtschulinspektors Dr. Hirsfeld wurden die zahlreichen vorliegenden Petitionen um Gehaltsaufbesserung einem besonderen Ausschusse zur Vorberatung überwiesen. Ferner wurde beschlossen, zur Förderung der Pilzkunde in den städtischen Schulen beim Unterricht in der Pflanzenkunde Pilze in Töpfen zu liefern. Die Pilze, zunächst die wichtigsten eßbaren und die schädlichen, sollen in Töpfen gezogen werden und den Kindern in den verschiedensten Stadien des Wachstums in natura gezeigt werden, damit die Kinder es schon in der Schule lernen, die eßbaren von den schädlichen Pilzen zu unterscheiden und beim Suchen nach Pilzen es vermeiden, den Nachwuchs auszureißen bezw. zu zerstören.

Das Gesuch um Herkennung einer Omnibusverbindung nach Rummelsburg ist von der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft abschlägig beschieden worden. Wie die Gesellschaft mitteilt, ist sie infolge der in der letzten Zeit vorgenommenen Erweiterungen ihres Liniennetzes vorläufig nicht mehr in der Lage, eine größere Anzahl von Wagen und Pferde einzustellen, da auf den vorhandenen Depots der Gesellschaft nicht mehr genügend Platz vorhanden ist, um eine erhebliche Vermehrung der Betriebsmittel eintreten lassen zu können. Die Gesellschaft hofft jedoch, später, vielleicht in zwei Jahren, dem Projekte einer Verbindung nach Rummelsburg näher treten zu können.

Das Prämienverfahren.

Ein Eisenbahner schreibt uns: Seit langen Jahren bin ich auf dem Güterboden als Arbeiter beschäftigt und bekomme einen festen Tagelohn von 3 M. 20 Pf. Nun wurde vor vier Jahren das Prämienverfahren eingeführt; wer daran teilnimmt, erhält nach Monatsabschluss die Prämie ausgezahlt mit der Wirkung, daß den Vorteil dieses raffinierten Systems die Eisenbahnverwaltung davonträgt. Wie das kommt, sei kurz dargelegt. Früher war eine Kolonne je sechs bis sieben Mann stark; bei dem Prämienverfahren wird deren Arbeit von drei Mann verrichtet. Der Vorarbeiter nimmt das Gut dem Frachtbrief gemäß ab, der zweite Mann wiegt und beklebt es und der dritte hat das Gut zur Verladung in die Wagen zu faren. Wer etwas bei dem Prämienverfahren erzielen will, ist gezwungen, auf Kosten seiner Körperkräfte zu arbeiten; er muß sich in einer Weise anspannen, daß er es in nächster auf die Familie, die er zu ernähren hat, vor seinem Gewissen nicht verantworten kann. Und der Vorteil dieses gefährlichen Schindens? Nehme ich die im letzten Jahre erzielten Prämien zusammen, so kommen kaum 15 Mark auf den Monat, also ein Betrag, den ein gewöhnlicher Mann schon anwenden möchte, um dem doppelt so arg als früher angestregten Körper die mehr erforderlichen Nahrungsmittel zuführen zu können. Er kann es leider nur nicht, vor allem nicht in dieser Zeit der Teuerung. Setzt meine Frau ein halbes Pfund Fleisch auf den Mittagstisch, so frage ich, wer denn das verzehren soll? Es reicht für mich allein kaum; soll ich aber Frau und Kinder zusehen lassen? Zu diesem kommt, daß Kleidung, Heizung, Miete von Jahr zu Jahr teurer werden, und wenn man diese Sorgen alle erwägt, so darf man noch gar nicht die Krankheiten in Betracht ziehen, die sich in der Familie einstellen.

Steht es so um den Vorteil, den wir Arbeiter von dem Prämienverfahren haben, so kann anders die Eisenbahnverwaltung sich allerdings ins Füstchen lachen. Von dem Prämienüberschuß erhalten die Lademeister, die die Aufsicht auf dem Güterboden führen, täglich 3,10 M., und auch alle anderen Arbeiter, die mit den Prämien direkt nichts zu tun haben und nur zum Wagenreinigen u. gebraucht werden, bezahlt die Verwaltung von den Ueberflüssen. In sagen getraut sich natürlich unter den heutigen Verhältnissen niemand etwas, obgleich ein jeder den Fluch fühlt, der auf der neuen Arbeitsmethode lastet. Und zu allem muß der Arbeiter sich zu dem traurigen Eingeständnis bequemen, daß er selber sein Schicksal verdient. Es gibt, wie das Beispiel aller anderen Arbeiterkategorien zeigt, nur ein Mittel, um den Druck zu lindern, nämlich die Organisation. Und diese wird bei den Schaffmacherspraktiken, die der Staat an „seiner“ Arbeiter übt, leider immer noch arg vernachlässigt. Dem Gesetz zuwider herab der Staat den in seinem Dienst ausgehenden Arbeiter des Koalitionsrechts; statt sich durch diese Gesetzwidrigkeit zum Anschluß an die Organisation anspornen zu lassen, glauben viele Eisenbahner in ihrer Pflichtvergessenheit noch, sich dicken zu müssen. Müßen die Zustände noch schlimmer werden als heute, ehe diese Arbeiter zur Einsicht und zum Pflichtbewußtsein kommen?

Zur Fleischnot beschlossen auch die Militär-Fleischlieferanten in einer gestern bei Pfauisch, Thierstraße 34, abgehaltenen Versammlung, an den preussischen, den bayerischen und den sächsischen Kriegsminister eine Petition zu senden, in der die Minister ersucht werden, ein „machtvolles Wort“ dafür einzulegen, daß die Grenzen des Reiches in angemessener Weise für Schlachtvieh geöffnet werden.

Bei dem am 10. September stattgefundenen Konzert des Berliner Männerchor 1900“ in Kellers Festsaal, Andreasstraße, ist eine Taschenuhr, der Samariterkolonne gehörend, verloren gegangen. Sie ist abzugeben bei Gustav Schönthal, Andreasstr. 57.

Ein weißer Fahrradbarber wurde gestern nachmittag bei dem Versuch, ein Zweirad zu entfernen, an der Königsallee angehalten und festgenommen. Ein Reisender hatte in der Hofstraße sein Zweirad an die Bordwand des Bürgersteiges geklebt und war in einen benachbarten Laden getreten um dort ein Geschäft zum Abschluß zu bringen. Er bemerkte vom Fenster aus, wie ein junges Mädchen an die Maschine herantrat und sich an derselben zu schaffen machte. Der Kaufmann, der natürlich nicht an die Möglichkeit eines bedächtigen Diebstahls glaubte, war nicht wenig überrascht, als das Mädchen sich auf den Sattel des Zweirades schwang, und, kräftig die Pedale tretend, davonjagte. Die dreiste Räuberin wurde durch einen Radfahrer, der von dem Bestohlenen verständigt worden war, verfolgt und diesem gelang es denn auch, die Diebin am Kurfürstendamm einzuholen und festnehmen zu lassen. Die Verhaftete ist eine Kellnerin B., will das Rad nur gestohlen haben, weil sie eine leidenschaftliche Radlerin, nicht in der Lage war, sich eine eigene Maschine zu kaufen.

Ein neuer Raubfall im Tiergarten ereignete sich gestern nachmittag nach 5 Uhr in der Seitenallee, nahe dem Kurfürstentempel. Der 63 Jahre alte Frau Rosa Schäfer geb. Rirker, Holzmarktstraße 45 wohnhaft, wurde von einem etwa 17 Jahre alten bartlosen Wuchser eine graue Ledertasche, enthaltend ein Portemonnaie mit 13 M. Inhalt, eine kleine weiße Wäsche und ein weißes Taschentuch, gewaltsam entrißen. Nach der Tat verstand der Mann im Gehäus des Tiergartens nach dem Schloß Bellevue zu. Der Täter trug einen dunkelblauen Jacketanzug und einen schwarzen steifen Hut.

Unglücklicher Sturz ins Wasser. Beim Schwimmen in der Volkshadensbucht an der Schillingbrücke hat sich der 14jährige Schüler Herbart gestern abend eine lebensgefährliche Verletzung zugezogen. Der Knabe wollte vom Sprungbrett herab einen Kopfsprung machen. Er sprang dabei senkrecht in die Tiefe hinab und schlug mit dem Kopf so unglücklich mit dem Kopf auf die Pfosten, so daß er einen Halswirbelsäulenbruch davontrug. In bedenklichem Zustande wurde er nach der Klinik am Mariannenufer gebracht.

Der Nord in der Hasenheide.

Der Leichenhund in der Hasenheide ist jetzt aufgeklärt. Die Ermordete ist die nahezu 25 Jahre alte Arbeiterin Marie Bich aus der Möderstraße, ihr Mörder ist allem Anschein nach ihr Geliebter, den die Kriminalpolizei bereits kennt. Marie Bich, die aus der Nähe Berlins stammt, war hinter dem Rücken ihrer Eltern und Geschwister in Beziehungen zu einem verheirateten Manne getreten. Als ihre Angehörigen davon erfuhr, drangen sie in sie, das Verhältnis aufzulösen. Sie hätte es wohl auch getan, aber der Mann wollte unter keinen Umständen von ihr lassen. Als sie auf Veranlassung der Ihrigen anfangs Mai dieses Jahres nach Berlin zog und bei ihrem verheirateten Bruder in der Möderstraße Wohnung nahm, verfolgte er sie auch hier unablässig. Am 8. Mai fand sie Arbeit in einer Lampenfabrik in der Nähe ihrer Wohnung. Wohl zehnmal lauerte ihr Geliebter nach Freierabend ihr auf, jedesmal aber wich sie ihm aus. Einmal bedrohte er sie mit dem Revolver. In Wut drohte er ihr wiederholt, sie und sich selbst zu töten, wenn sie ihn verschmähe und sich mit einem anderen verheiraten sollte. Am Montag abend 8 Uhr ging Marie Bich nach Nordhof zu ihrer Schwester in der Hohereichstraße. Um 7 Uhr ging sie von ihrer Schwester wieder weg. Auf dem Rückwege muß sie den verschämten Geliebten, der dieser Tage in Berlin war und nahe der Portstraße in einem Fremdenlois wohnte, getroffen haben. Fern von ihrer Wohnung konnte sie ihm nicht ausweichen und ging mit ihm nach der Hasenheide. Hier hörten Leute, die zwischen 9 und 10 Uhr am Militärarrestgebäude standen, den Ausschrei einer weiblichen Stimme. Sie achteten nicht weiter darauf, weil gleich wieder alles ruhig war. Der Schrei rührte jedenfalls von der Ermordeten her. Der Mörder stach zunächst auf sie ein und verletzte sie dabei am linken Oberarm. Als sie nun schrie, sah er zu und würgte sie, daß sie keinen Laut

mehr von sich geben konnte. Der Täter ist aus dem Fremdenlogis verschwunden. Wahrscheinlich hat er Berlin schon verlassen, vielleicht auch irgendwo Hand an sich gelegt. Er heißt Hermann Richter, ist Ruffner, am 14. Juni 1872 zu Stilleborn geboren und ist zuletzt auf dem königl. Remontegestüt Varenkau angezählt gewesen. Das Wäsezeichen H. P. erklärt sich daraus, daß die Ermordete Wäse und Taschentücher ihrer Schwester trug.

Um Nord in der Hakenheide wird mitgeteilt, daß die Leiche der Arbeiterin Marie Bloch gestern Mittwoch nachmittag im Schauhause in der Hannoverschenstraße obduziert wurde. Vertreter des Landgerichtes II und der Staatsanwaltschaft waren dabei zugegen, ebenso der Gerichtsarzt Dr. Hoffmann, der nach der Leichenschau am Freitag das erste ärztliche Gutachten abgab. Die Obduktion zeigte, daß das Mädchen den Erstickungstod infolge Würgens gestorben ist. Es erhielt mit einem scharfen Werkzeug einen Stich in die Innenseite des linken Oberarmes und wurde dann wahrscheinlich von hinten erstickt.

Der Täter war bis gestern Abend noch nicht ergriffen. Die Kriminalpolizei ließ durch ein Geer von Beamten viele Gast- und Schankwirtschaften und alle Fremdenlogis absuchen. Richter wurde aber nicht gefunden. Es wurde auch kein Lolal ermittelt, in dem ein Mann wie er aufgefallen wäre. Festgestellt ist aber, daß der Verfolgte auch gestern Abend noch nicht wieder in Varenkau eingetroffen war. Von dort war er in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend schon nach Berlin gekommen. Am Sonnabend war er wieder kurze Zeit auf dem Gestüt, dann in Dranienburg, wo er früher seine Geliebte kennen gelernt hatte und endlich am Sonntag wieder in Berlin. Weil er sich an die Verwandten seiner Geliebten nicht herantraute, so schrieb er ihr einen Brief nach ihrer Wohnung bei dem Förstern Bloch in der Mödenerstr. 71. In der richtigen Voraussetzung, daß dieser Brief sie nicht rechtzeitig erreichen werde, weil sie schon früh in die Fabrik gehen mußte, fand er ihr dorthin am Montag einen zweiten Brief, der den ersten ausloste. In dem zweiten Schreiben bat er das Mädchen um eine intime Zusammenkunft, ohne Zweifel schon in der Absicht, es bei dieser Gelegenheit zu ermorden. Wohl deshalb wählte er auch zum Stellbilden die entlegene Hakenheide. Durch Zeugen ist festgestellt, daß Richter ziemlich viel Geld bei sich hatte. Wahrscheinlich hat er von Hause alles mitgenommen, was er besaß, ohne Rücksicht auf Frau und Kind, die nun mittellos dastehen. Dazu kommt das Geld, das er der Ermordeten abgenommen hat. Richter verfügt demnach über so viel Mittel, daß er es immerhin eine Zeitlang aushalten kann, vielleicht in der Nähe von Berlin oder auch irgendwo in der Provinz. Die Kriminalpolizei hat sich mehrere Bilder von ihm verschafft, die jetzt zur weitesten Verbreitung vielfältig werden. Der Verfolgte dient bei der Garde-Artillerie und war eine Zeitlang zur Artillerie-Schießschule kommandiert. Später war er in Berlin herrschaftlicher Kutscher. Aus dieser Zeit ist auch ein Bild vorhanden, das ihn neben seinem Gespann zeigt.

Zwei Kadaveren wurden durch Straßenbahnwagen schwer verletzt. Beim Einlenken aus der Brunnenstraße in die Weidenstraße wurde der rabelade Schlossergeselle Kuehler von einem Straßenbahnwagen der Linie 80 überfahren. Er geriet unter die vordere Plattform und wurde zehn Schritte weit mitgeschleift. In einer Drohlschiffie man ihn nach dem Lazarus-Krankenhaus, wo der Arzt bei dem Unglücklichen eine schwere Gehirnerschütterung, eine Quetschung und Zerreißung der linken Ohrmuschel, eine Quetschung des Unterkiefers sowie den Verlust dreier Zähne feststellte. — Ferner stürzte in der Invalidenstraße der Kellner Mey zu Boden, als er mit seinem Kade an einem Wagen vorbeifahren wollte. Im Fallen schlug er gegen einen aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie 11 und trug eine lange Wunde am Kopf, die bis auf das linke Scheitelbein reichte, sowie eine Gehirnerschütterung davon. Auf der Unfallstation in der Eichendorffstraße erhielt er den ersten Verband.

Eine Ausstellung gesundheitlicher und künstlerischer Kleidung für Mädchen und Frauen ist vom Deutschen Verein für Volkshygiene im Architektenhaus veranstaltet und gestern eröffnet worden. Frau Oberstleutnant Margarete Bockhammer bedachte die Anwesenden mit einer längeren Ansprache, in der sie sich dagegen verwahrte, daß in der Kleiderreform ein Stillstand eingetreten sei. Die Bewegung schreite vorwärts und strebe dem Ziel zu, dem weiblichen Geschlecht Kraft und Schönheit wiederzugewinnen. Auch trat die Rednerin für Emanzipation vom Auslande ein und für den Ausbruch deutschen Wesens in der Frauenkleidung. Die Ausstellung selbst wiederholt, was schon mehrfach bei ähnlichen Veranstaltungen gezeigt worden ist, und bringt nach unserem Dafürhalten zur Anschauung, daß nach dem Willen der Aussteller die Kleiderreform weniger eine Frauen- als eine Damenangelegenheit sein soll. Auch die Arbeiterfrau ist an sich daran interessiert, daß der gesundheits-schädliche Korsettzwang aufhöre; aber in der gegenwärtigen Ausstellung wie früher auch schon wird man gewahrt, daß eine Arbeiterin oder auch nur eine minder gut gestellte Frau aus bürgerlichen Kreisen gar nicht daran denken kann, sich Reformkleidung anzulegen. Eigentlich muß das wundernehmen, da doch die Reformkraft im Vergleich zur anderen den Gipfel der Einfachheit darstellt. Sieht man sich aber die Preise der ausgestellten Kleider von verhältnismäßig schlechter Ausstattung an, so überkommt einen ein Grollen; unter hundert Mark ist kaum ein Reformkostüm zu haben.

Ueber die Schönheit der Reformkleidung an sich zu streiten, ist ja eine eigene Sache, da die Geschmäcker auch in diesem Punkte sehr verschieden sind und manche manches für ein Ideal hält, was eine andere nicht befehlen kann. Durchweg waltet noch der grünlide Saft in der Ausstellung vor, der nur geeignet ist, ein normalempfindendes Weib von der Reformkraft abzuschrecken. Andere Kostüme sahen aus wie Straflingstrücker. Der Beweis, daß dennoch die Reformkleidung imstande ist, die Schönheit der weiblichen Gestalt hervorzuheben, wurde weislich in einem besonderen Saal erbracht, der für Kleider aus Privatbesitz reserviert war. Vier fanden wir mit den Namen Grein, Schöck, Viertel und Blumau versehen, Kostüme von schlichter, ansprechender Schönheit; diesen ebenbürtig waren im großen Saal die Kleider Oriezer und Kleimich vertreten. Was die Ausstattung von Kleiderstoffen und anderen die Reformkraft nur sehr indirekt illustrierenden Waren, wie Fleck-vertilgungsmittel, an dieser Stelle bedeuten soll, ist uns unersundlich.

In Sanssouci, dem bekannten Konzertlokal in der Kottbuserstraße 4a, hat sich für einige Tage in der Woche ein ständiges Theater etabliert. Die erste Vorstellung brachte Dhnets Schauspiel „Der Hüttenbesitzer“, die Gefährliche des Herrschers über zehntausend Arbeiter, der durch unfähig edle Gesinnung über seine adlige Gattin in besonderer und über die ganze adlige Klasse im allgemeinen einen glanzvollen moralischen Sieg davonträgt. Das Stück wurde aufgeführt von einer Gesellschaft, die sich Löwe-Ensemble nennt und wie wir vorweg bemerken wollen, durchweg überraschend gut spielte. Dies Lob muß den Künstlern unter der selbstverständlichen Einschränkung gewährt werden, daß man an eine Bühne, wie die in der Kottbuserstraße nicht die Ansprüche stellen kann, wie etwa ans Deutsche Theater oder ans Schiller-Theater. Die Damen Desla, Roebell, Ferrand, Stoll und Diederich, die Herren Taube, Brunner, Häseling, Klein und Kestler waren mit Eifer und zumeist mit gutem Erfolg bei der Sache; von dem Darsteller der Titelrolle hätten wir allerdings gewünscht, daß er nicht noch geschraubter gesprochen hätte, als der Autor es schon will. Immerhin unterhielt sich das zahlreich erschienene Publikum vortrefflich und lobte die Darsteller mit wohlverdientem Beifall. Da es scheint, daß „Sanssouci“ auch sein Repertoire etwas besser gestalten und von der Aufführung der Rührstücke des vorigen Jahres absehen will, so ist dem Unternehmen bester Erfolg zu wünschen.

Die dritte städtische Fortbildungsschule für Mädchen, Langestr. 76, beginnt im Oktober das Winterhalbjahr. Diese Anstalt, als erste ihrer Art im Jahre 1875 vom Rektor Staerk gegründet, wirkt seit nunmehr 30 Jahren mit bestem Erfolge. Sie bietet den aus der Schule entlassenen jungen Mädchen Gelegenheit, sich gelehrt zu

vorzüglichen Lehrkräften, in allen Zweigen der weiblichen Erwerbstätigkeit — sowohl in kaufmännischen und gewerblichen Fächern, als auch für das häusliche Leben auszubilden. Der Unterricht beginnt am frühen Nachmittag und dauert bis 9 Uhr abends. In wöchentlich 128 Stunden haben im vergangenen Sommerhalbjahre etwa 400 Schülerinnen die Anstalt besucht. Mit guten Zeugnissen versehen, übernehmen viele jetzt eine ihren Fähigkeiten angemessene Stellung. — Anmeldungen nimmt täglich von 5—8 Uhr, außer Sonnabend und Sonntag, der Dirigent G. Kulle im Schulgebäude entgegen.

Die städtische Vortragsabende. Marie Holgers veranstaltet am 1. Oktober und 26. November 1905, am 28. Januar und 25. Februar 1906 volkstümliche Vortragsabende im Gewerkschaftshaus, SO., Engelauer 15. — Der erste Vortragsabend bringt russische Dichtungen von Puškin, Lermontoff, Gorki u. a. Den musikalischen Teil hat Petshchot übernommen, die russische Volkswesen singen wird. — Eintrittskarten zu 30 Pf. bei Gorki, Zigarrenhandlung, Engelauer 15 und abends an der Kasse.

Im Sportpark Treptow sind nunmehr Dikentmann, Demle und Rosenlöcher mit den Führungsmannschaften eingetroffen, um sich auf den „Großen Preis von Treptow“ am Sonntag vorzubereiten. Sie trainieren täglich zwischen 6 und 7 Uhr.

Die Bibliothek und Lesehalle der Korporation der Kaufmannschaft im Vörsengebäude werden vom 15. September ab wieder auch in den Abendstunden geöffnet sein. Die Benutzungzeiten sind werktäglich von 9—3 und von 6—10 Uhr sowie Sonntags von 10 bis 1 Uhr.

Sportplatz Berlin-Zehlendorf. Am Donnerstagabend zwischen 6—7 1/2 Uhr werden Günther und Huber Rekordversuche über 15 Kilometer auf der Zehlendorfer Rennbahn unternehmen. Jedenfalls dürften diese Versuche zeigen, wer von den beiden über die kurze Distanz der schnellste Fahrer sein wird. Die Bauarbeiten auf der Rennbahn sind soweit vorgeschritten, daß jetzt schon bequem 10 000 Personen Platz haben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die städtischen Gasarbeiter haben bekanntlich vor längerer Zeit an den bei der städtischen Gasanstalt bestehenden Arbeiterauschuh das Verlangen gerichtet, bei der Direktion wegen einer Revision und Erhöhung der Lohnsätze vorstellig zu werden.

Der Arbeiterauschuh hat nach eingehender Beratung eine Erhöhung sämtlicher Löhne, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Statutenänderung für den Arbeiterauschuh beantragt. Die Besetzungskommission, der die Gasanstalt untersteht, verwies ihrerseits die Beratung an einen engeren Ausschuh von fünf Mitgliedern, der am vergangenen Montag zum erstenmal eine Sitzung abhielt. Die Verzögerung erklärt sich daraus, daß der Oberbürgermeister den Beratungen beiwohnen wollte und erst vor kurzem von seinem Urlaub zurückgekehrt ist.

Der Ausschuh beriet zunächst nur die Lohnsätze. Hier ging er zwar nicht auf alle Wünsche der Arbeiter ein, aber doch auf fast alle, bei den Mindestlöhnen der Werkstattarbeiter ging er sogar noch über den vom Arbeiterauschuh beantragten Satz hinaus.

Da der Oberbürgermeister den vom Ausschuh angenommenen Sätzen ausnahmslos zustimmte, ist zu hoffen, daß auch im Magistrat der Widerstand gegen die beantragten Lohnhöhungen überwunden werden wird.

Der Ausschuh beriet dann noch einen vom Arbeiterauschuh gestellten Antrag, den Arbeitern, welche zufolge des Streikes im Jahre 1901 entlassen, nach dem Streik aber wieder eingestellt wurden, die vor dem Streik geleistete Dienstzeit in Anrechnung zu bringen. Es handelt sich hierbei um 95 Arbeiter und um eine Ausgabe von etwa 8300 M. jährlich.

Der Arbeiterauschuh begründete den Antrag mit der allgemeinen Festimmung anlässlich der Zweihundertjahrfeier. Die Mehrheit des Ausschusses befürchtete aber, daß ein Eingehen auf den Antrag geradezu als Belohnung für Streiken gedeutet werden würde und lehnte deshalb den Antrag ab.

Falls die vom Ausschuh angenommenen Sätze endgültig angenommen werden, so würde darin trotz der Ablehnung einiger Wünsche der Arbeiter eine nicht unerhebliche Verbesserung liegen; dem abgesehen von der Erhöhung der einzelnen Sätze sollen die Höchstlöhne zum Teil auch in kürzerer Zeit erreicht werden als bisher und außerdem sollen die Zulagen ganz regelmäßig erfolgen, ein Uebergehen einzelner Arbeiter soll nicht mehr nach dem Ermessen der Direktion, sondern nur nach Vortragung des Falles in der Deputation stattfinden.

Freie Volkshöhne Charlottenburg. Es wird noch einmal auf den Freitag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Rosinenstraße 3, stattfindenden öffentlichen Vortrag des Herrn Aug. Endell über: „Die Schönheit der großen Stadt“ aufmerksam gemacht.

Eine Kinderstation ist in Charlottenburg eingerichtet worden. Sie hat den Zweck, Kinder, die aus irgend einem Grunde hilflos bedürftig sind und sofort untergebracht werden müssen, aufzunehmen. Auf das Alter der Kinder wird keine Rücksicht genommen. Im allgemeinen ist für die Aufnahme der Kinder die Vermittlung der Armenverwaltung erforderlich. Wenn aber diese Behörde ihre Dienst-räume geschlossen hat, so können bedürftige Kinder auch sofort ohne Anwendung der städtischen Armenverwaltung Aufnahme finden. Zuständig zu Anträgen auf Aufnahme ist in solchen Ausnahmefällen der Waisenrat des Bezirkes; ist er nicht erreichbar, so ist das nächste Polizeirevier um sein Eingreifen zu ersuchen. Die Kinderstation befindet sich im städtischen Bürgerhause in der Sophie Charlottenstraße 115.

Schöneberg.

Großfeuer kam in der letzten Nacht in Schöneberg, Gledischstraße 22, aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Um 1 Uhr wurde die Gefahr bemerkt, als die Flammen schon hell aus den Dachfenstern mächtig emporloderten. Als die Feuertücher und Schöneberger Wehren an der Brandstelle erschienen, stand der Dachstuhl des großen vierstöckigen Gebäudes, Ecke der Grimwaldstraße schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Hausdach der Mieter, besonders an Brennmaterialien und dem Inhalt der Bodenverschläge reiche Nahrung gefunden. Die große Hitze und die enorme Qualentwicklung erwirkten das Vorgehen der Mannschaften ungenügend. Beide Wehren benutzten deshalb mit Erfolg mechanische Leitern, aber die mehrere Schlauchleitungen vorgekommen wurden. Schließlich gelang es auch über die Treppen bis an den Brandherd vorzudringen und mit sechs Schlauchleitungen Wasser zu geben. Erst nach 5 Uhr konnte Brandmeister Bleiwitzowski mit der Berliner Wehr wieder abrücken. Die Schöneberger Wehr übernahm dann die Aufsichtung der Brandstelle. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist vollständig niedergebrannt.

Rixdorf.

Auch die Stadtverordneten-Versammlung in Rixdorf wird zur Fleischnot Stellung nehmen. Zwei Anträge unterliegen hierzu der Beschlußfassung. Einer derselben ist von bürgerlicher Seite eingebracht und hat folgenden Wortlaut: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in gemeinsamer Eingabe beider Körperschaften an die zuständigen Reichs- und Landesbehörden auf schleunigste Vorsehung der herrschenden Fleischsteuerung durch geeignete Maßnahmen hinzuwirken zu wollen.“

Der zweite von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag ist präziser und weitgehender und macht positive Vorschläge. Er lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, beim Bundesrat dahingehend vorstellig zu werden, daß die Sperrung der Grenze

gegen die Vieheinfuhr aufgehoben wird, um die die Volkswirtschaft schwer schädigende Fleischsteuerung einzuführen.“

Des weiteren wird der Magistrat ersucht, in gemischter Deputation mit den Stadtverordneten über weitere Mittel und Wege zu beraten, die geeignet sind, die herrschende Fleischnot zu beseitigen bezw. für die Zukunft unmöglich zu machen.“

Friedrichsfelde.

Die Fleischnot in der Gemeindevertreter-Sitzung. Als Folge einer öffentlichen Volksversammlung hatte der Gemeindevertreter Genosse Pinfeler beim Gemeindevorstand beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen: „Stellungnahme der Gemeindevertretung zur Fleischnot bezw. Fleischsteuerung“. Diefem Antrage wurde wunderlicherweise nicht stattgegeben. Als am Montag, den 11. d. M., die Gemeindevertretung in die Tagesordnung eintrat, fragte Genosse Pinfeler sofort nach dem Schicksal des Antrages. Der Gemeindevorstand antwortete, unter „Mitteilungen“ werde er Auskunft geben. Als die ersten vier Punkte der Tagesordnung erledigt waren, führte der Gemeindevorstand Herr Löcher zu der Sache folgendes aus: „Der Gemeindevorstand hat sich eingehend mit der Fleischnot beschäftigt, er hält die Erörterung derselben für post festum, für verspätet. Seiner Meinung nach könne überhaupt von einer Fleischnot nicht gesprochen werden. Wenn in den Zeitungen tendenziös behauptet würde, die Agrarier hätten nur Vorteil von den hohen Fleischpreisen, so müsse er dem entgegen-treten. Die kleinen Leute auf dem Lande hätten auch Vorteil, da sie das Vieh teurer verkaufen. (Die Rüge der Viehzentrale scheint agrarisch zu wirken.)

Genosse Pinfeler war anderer Meinung und brachte folgenden Antrag ein: „Die heutige Gemeindevertretung beauftragt den Herrn Gemeindevorstand, der Regierung folgendes zu übermitteln:

Die königlich preussische Regierung wird ersucht, im Interesse der Volkswirtschaft unverzüglich Schritte zu unternehmen, damit der Bundesrat die Grenzen für gesundes Schlachtvieh öffnet.“

Pinfeler begründete seinen Antrag damit, daß die Fleischpreise für neun Zehntel der hiesigen Einwohner kaum erschwinglich seien. Nirka 2700 Familien müßten wöchentlich mindestens 150 M. für Fleischwaren mehr ausgeben. Es sei Pflicht der Gemeindevertretung, für Abhilfe zu sorgen. Er bezog sich auf die fast einstimmigen Beschlüsse anderer Gemeinden, auch auf die Versicherungen des Bürgermeisters Reide in Berlin, daß eine solche Bewegung gegen den Fleischwucher nicht künstlich entfacht werden könne, sondern wohlgegründete Ursache in der unerträglich hohen Fleischsteuerung hat. Nun kam die Debatte in Gang, obgleich es kein offizieller Punkt der Tagesordnung war. Herr Stellmachermeister Bedardschek (Schöffe) bedauerte auch die Fleischsteuerung, welche in seinem Haushalt auch fühlbar sei (na! na!), auch er habe ein Herz für die ärmeren Leute, es ließe sich aber doch nichts machen, es sei doch zwecklos, den Antrag anzunehmen usw. Herr Buchdruckereibesitzer Schöck meinte, der Fleischmangel rühre daher, weil in der Landwirtschaft das Personal fehle. (Zuruf von Pinfeler: Bessere Behandlung.) Kein Dienstmädchen wolle noch nach dem Stall gehen und Vieh füttern. In einem ihm bekannten Orte (Waganz in der Rieber-Lauf) seien die Dienstmädchen jetzt alle im Radfahrer-verein; auch er habe ein warmes Herz für die Arbeiter usw.

Auch der Gemeindevorstand gab nach seiner Weisheit zum besten. Er meinte wörtlich: „Jetzt bläse wieder der Weizen Pinfelers. Im „Vorwärts“ werde wohl wieder zu lesen sein: Pinfeler allein hat die Interessen der armen Leute vertreten; (Zuruf P. Weider!) er empfehle über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Genosse Pinfeler zerpfückte noch einmal die gegnerischen Einwände. Er warnte die Optimisten, welche glaubten, Bodekieski werde bald seinen Standpunkt ändern, die Gegner scheinen ihre Weisheit Wort für Wort aus dem Flugblatt des Bundes der Landwirte übernommen zu haben. Ganz besonders stellte Redner die Aeußerung des Amts- und Gemeindevorstehers, die kleinen Leute auf dem Lande hätten auch einen Vorteil von den hohen Fleischpreisen, dahin richtig, daß diese Leute wohl für den Verkauf ihres Schweinefleischs mehr Erlös hätten, dies aber beim Einkauf doppelt einbüßen, oder auch sie müßten gänzlich auf Fleischgenuss verzichten. Der Antrag Pinfeler wurde nunmehr doch zur Abstimmung zugelassen. Dafür stimmten von 13 Anwesenden drei Mann: Verbe, Borsdorf, Pinfeler. — Damit haben sich die Herren der Mehrheit das Zeugnis ausgestellt, daß sie vollkommen unfähig sind, die Interessen der unbemittelten Bevölkerung auch nur in minimalster Weise wahrzunehmen.“

Röpenick.

Ein organisierter Arbeiterklub in Röpenick und Umgegend!

Die Lohnbewegung der Freirengelassen ist nunmehr in ein neues Stadium getreten. Auf Veranlassung einiger Arbeitgeber sollen die Innungsgehilfen einen Organisationsklub gegründet haben. Derselbe soll für die Arbeitgeber ähnliche Bewilligungsplakate sowie Kontrollkarten für die Gehilfen herausgeben. Wir machen die Arbeiterklub darauf aufmerksam, daß die von uns herausgegebenen Plakate die Namen D. Bernke, Paul Piere und H. Schulze tragen. Weiter müssen Karte und Plakat mit dem Stempel „Verband der Freirengelassen, Zweigverein Röpenick und Umgegend“ versehen sein. Alles andere ist ungültig. Die Arbeiterklub wird gebeten, vorstehendes zu beachten.

Die Forderungen durchbrochen haben die Arbeitgeber: Pohl, Müggelheimerstraße, und Haedike, Elisabethstraße. Die Lohnkommission.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. (Bezirk Berlin) Donnerstagabend 9 Uhr Sitzung in den „Arminshäusern“, Kommanbantenstr. 20. Gäste sind willkommen. Die Ortsverwaltung.

Verband der Freirengelassen Deutschlands, Zweigverein Charlottenburg. Heute abend 10 Uhr Versammlung im Volkshause, Rosinenstr. 3. Beschlusstagung vom 8. Verbandstage. Referent Kollege Piere. Diskussion. Kollegen willkommen.

Verhinderter Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Realhaken-Direktion. Rindfleisch Ia 62—69 pr. 100 Pfund, Ib 56—60, IIIa 50—56, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 81—88, IIa 72—80, IIIa 60—70, Dammfleisch Ia 68—75, IIa 58—66, Schweinefleisch 66—72. Raminchen Stück 60—90 Pf. Rotmilch, Pfund 45—55 Pf. Rehkalber, junge 0,70—0,90, alte 0,65—0,75; Hühner, alte 1,20—1,60, junge 0,40—0,80 das Stück. Gänse, junge 0,55—0,58 das Pfund. Gänse, 108—120 M. pr. 100 Pfund, Schlei 127—130, Kase 66—70, Karpen 90—91, Lachs 153, Schellfische 11—17, Hottische Bollheringe (Schollen) 38—38. Stroh, unsort., Schod 8,—, Eier, Schod 3,00—3,20, Butter, pr. 100 Pfund Ia 124—128, IIIa 118—122, IIIa 113—116, abfallende 105—110. Kartoffeln, pr. 100 Pf. neue rote 2,00—2,50, neue Rosen 1,50—1,75, neue blaue 2,00—2,25, runde weiße neue 1,75—2,00. Kartoffel, Schod 3,00—6,00, Hohlherber 7,00—8,00, Weizhol 2,00—5,00, Birzingshol 2,00—3,00; neue saure Gurken, Schod 2,—.

Witterungsbericht vom 13. September 1905, morgens 8 Uhr

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 2 u. 4 u.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 2 u. 4 u.
Stettin	770	SW	—	hold bb.	13	Gagaranda	762	SW	—	2beiter	9
Danzig	771	SW	—	Rebel	11	Petersburg	764	SW	—	1bedekt	11
Berlin	770	SW	—	2wolfig	14	Sczig	769	SW	—	3wolfig	14
Krausk a. M.	770	W	—	2wolfig	13	Wagden	759	SW	—	4heiter	11
München	769	SW	—	1bedekt	13	Paris	771	SW	—	1bedekt	9
Wien	767	SW	—	1bedekt	18						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 14. September 1905. Beherrschend wolfig mit etwas Regen, mäßigen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 12. September. Elbe bei Ruffig + 0,04 Meter, bei Dresden — 1,33 Meter, bei Magdeburg + 1,38 Meter. — Uffrui bei Straußfurt + 1,20 Meter. — Oder bei Raibitz + 0,08 Meter, bei Dresden Oberpegel + 4,82 Meter, bei Dresden Unterpegel — 1,53 Meter, bei Frankfurt + 1,28 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,50 Meter. — R e h e bei Wsch + 0,86 Meter.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Raul Singer & Co., Berlin SW.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 14. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhand. Cavalleria rusticana. Coppelia.
Schauspielhaus. Wann wir altern. Die Romanischen.
Neues. Ein Sommernachtsstraum. Westen. Der Trobadour.
Thalia. Bis früh um fünf!

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Nora.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Ein Wintermärchen.
Sessing. Die Erziehung zur Ehe. Die stillesse Forderung.
Residenz. Die Höhle des Löwen.
Zentral. Die Götter.
Trianon. Das Ende der Liebe.
Carl Weiß. Weltumsegler wider Willen.

Welle-Alliance. Ben Ali Bey. Laiken. Der jüngste Leutnant.
Deutsch-Amerikanisches. Über, Der Herzog!
Kafino. Der Adelsnarr.
Metropol. Auf ins Metropol!
Nyoko. Ein Abend in einem amerikanischen Engel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Sternfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Die Füller. Spezialitäten.
Berliner Brater-Theater. Der rechte Weg.
Pafage. Poldi Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängler.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Invalidentraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Der Familientag.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Wieder-Eröffnung.
Freitag, den 15. September 1905:
Zum ersten Male:
„Die Laune des Verliebten.“
Hierauf zum erstenmal:
„Der zerbrochene Krug.“
Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der jüngste Leutnant.
Freitag zum erstenmal: Lumpen-gegend.
Sonntag: Die Kinder der Exzellenz.
Sonntag nachmittags: Der jüngste Leutnant. Abends: Fiesco.
Montag: Die Kinder der Exzellenz.

Kasino-Theater
Lothringergasse 87. Täglich 8 Uhr.
Der Adelsnarr.
Vorher: Die Zauberweibe von Offenbach.
Original Rämblor Compagnie
zum 1. Male in Berlin Duo Sordani.
Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Ende der Liebe.
Sattisches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Effenberg.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Täglich:
10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Tengel-Tangel.
Vorher: Hochzeitsabend und das große September-Spezialitäten-Prgr.
Ab Sonntag, den 1. Oktober cr.:
Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Große Extra-Vorstellung zu halben Preisen.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
Schwank in 3 Akten v. R. Denniquin und B. Wilhaus.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute letzte Wochentags-Vorstellung.
Das Sensations-September-Prgr.
Paul Coradini
The Harders, The Ottorus,
H. M. Thiessen.
Der Fluch des Goldes
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf. Nummer. Platz 50 Pf.
Schauspieler haben Gültigkeit.
Nächste Vorstellung: Sonntag,
den 17. September.

Urania Taubens- str. 48/49-
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invaliden- str. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Joël's Traum!
Im Restaurationssaal:
„D'Kochelsee'r.“
Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Szenen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär- Doppel-Konzert
Entrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Freitag u. folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.
Lustspielhaus.
Abends 8 1/2 Uhr.
Der Familientag.
Morgen: Jungfer Ambrosia.

Metropol-Theater
Präzise 8 Uhr
zum 6. Male:
! Auf in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr. nachm. Sonnt. 3, Wochent. 5 Uhr.
Poldi Augustin
die fische Soubrette.
Herr Tacianu
Damen-Imitator.
Das glänzende September-Programm.

Geb Brüder Herrnfeld-Theater.
Zum 144. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in 3 Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Heute zum erstenmal:
Der Weltumsegler wider Willen.
Abenteuerliche Woffe mit Gesang und Ballett in 6 Bildern von G. Haeder.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag abends 8 Uhr: Gastspiel der russischen Hofschauspielerin Hedwig Corned: Maria Stuart.

Walden a. D. x MIB Clifford a. D.
Bender x Giampietro
Josephi x Frid-Frid x Massary
Max Steidl. x Behrens-Linke.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Sonntag, den 16. September cr.:
Eröffnung der Winter-Spielzeit.
Vorzugs- resp. Familienkarten hierzu sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften sowie im Theater v. 9 bis 1 Uhr unentgeltlich zu haben.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Schauspiel in fünf Aufzügen von William Shakespeare.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 17. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. 5. & 6. Abteilung
Carl Weiß-Theater. 1. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Heyermans.
Trauerspiel in 5 Akten von W. Goethe.
Musik von L. v. Beethoven.

9. Kunst-Abend
Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus:
Schumann-Heine
Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf. enthalten.
Sonntag, 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner mit ihren Mitglieds-karten ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand. 229/15
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Donnerstag, den 14. September 1905, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere.
Besonders hervorzuheben: Zum 1. Male in Europa:
Die Japaner-Truppe.
Ausgewählte Repräsentanten der Armee des Mikado. Die Holden von Yala und Port Arthur in ihren militärischen Exerzition. 4 Sisters Athletas, Kraftproduktionen. Mr. Price & Kovost, amerikanische Exzentriks. Mr. Rabusa, dressierte Tiere. Clown Revolly. Die englische Reiterfamilie Sloan. Eine Springpferde-Konkurrenz zwischen den 3 Springpferden. 1. „Spa“, Halbblut, Siegerin im Concours hippique im Hochspringen im Jahre 1903 in Spa. Reiter Herr Behnke. 2. „Frehe“, Hochsprung bis 2 Meter. Reiter Mons. Le Dan t e c. 3. „Chips“, Vollblut, Weitspringen bis über 6 Pferde. Reiterin Fr. S h a m p a n i. Quadrille excentrique, geritten auf 12 Schulpferden von 6 Damen und 6 Herren. Die neuesten Freiheitsdressuren des Herrn Ernst Schumann. Zum 1. Male: „Pluto Monte duro“, Lippizaner Vollblut-Hengst für die hohe Schule, dressiert und geritten von Herrn Burkhardt-Footitt. Zwergclown François mit dem Zwergpferd und die vorzüglichen Programmnummern.
Preise der Plätze: Logensitze 5 M., Parkett 3 M., Balkon 2 M., 1. Platz 1,50 M., 2. Platz 1 M., Galerie 50 Pf.
Die Zirkuskassen sind täglich von 10 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Billetts im Vorverkauf im Invalidendank, Unter den Linden 24, und in der Billett-Abteilung des Warenhauses A. Wertheim, Leipzigerstr. 132/133, zu haben.

Landsberger Allee Diez
Eissportplatz
Bayerisches Volksfest
Riesenbierzelte! Berlin staunt!
Festwirt: Baron Muckl.
Bauern-Kapelle. D. Hollerdauer. 43012*
fische, schneidige Madl in Nationaltracht als Bedienung.

Sanssouci
Rottbuserstr. 4a. Stat. der Hochbadn.
Direkt.: Wilhelm Reimer.
Sonnt. Mont. Donnerst.:
Im glänzenden und elektr. beleucht. Stadlißem.
Hoffmanns
Norddeutsche Sängler und Tanztränzen.
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstag u. Mittwoch: Theaterabend.
Gastspiel des Löwe-Ensembles.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Heute:
Der rechte Weg.
Vollständigt mit Gesang in 4 Akten.
The Kieffers Pantomime.
Mizzi u. Géza Varadi-Duett.
Pantomime. Spezialitäten. Ball.
Schluß der Saison.
Freitag, 15. September.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im:
Bad Frankfurt
Gr. Frankfurterstraße 136.
Bade Berlin-Süd im:
Ritter-Bad
Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder
mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badozeit.)
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Zirkus 34/18*
Alb. Schumann.
Sonntag, 16. Sept.,
7 1/2 Uhr abends:
Gala-Eröffnungs-Vorstellung.
Billetverkauf täglich an der Zirkuskasse von 10 Uhr vorm. ab.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Sonntag, den 17. September:
Große Extra-Vorstellung u. Tanz.
Durch Klippen und Wellen.
Vollständigt mit Gesang von Richter.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 24.
Eingang Wolfgangstraße,
vis-a-vis d. Börse. 2. Mit. v. Bf. Börse.
Das phänomenale Eliteprogramm.
12 Kunstnummern 1. Ranges.
Nur das Beste vom Besten!
Per Rohrpost.
Schwank in einem Akt v. R. Reichardt.
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Familienkarten sind in allen Barbier-, Friseur- u. Fingargeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Deutsch-Amerikan. Theater.
Köpenickerstraße 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr. Gastsp. Ab. Philipp
Der erste Schläger
der Saison
Aber Herr Herzog.
Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr,
halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

Theater Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Eröffnung
Sonntag, 16. September,
abends 8 Uhr.
Zum erstenmal:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorverkauf an der Theaterkasse.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasietänzerin.
Louisa Blot Pariser Sänglerin.
4 Luckens amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobatinnen.
Kapitän Woodward dress. Seehunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Husaren.
Edith Helena amerik. Sänglerin.
Die Trombetta italien. Duett.
Paul Spadoni Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Clementa Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

Saison
Nach beendeter
Ausnahmepreis!
Reichgesteckte
abgepaßte **Portieren**
Die komplette Dekoration
(best. aus 2 Flügeln u. 1 Querh.)
in Viktoriatuch 5²⁵ (Wert 8,50)
in Wollserge 5⁸⁵ (Wert 10,50)
in Plüsch 10⁵⁰ (Wert 16,00)
Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Schal 2 Mark.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Pracht-Katalog ca. 600 Abbild.
gratis u. franko.
Extra billig!
div. Teppiche
mit kleinen Webefehlern!

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängler.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag: 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige
September-Programm
u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Woffe mit Gesang.
Großer Zacherfolg.

Otto Pritzkowski
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängler.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag: 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige
September-Programm
u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Woffe mit Gesang.
Großer Zacherfolg.

Otto Pritzkowski
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängler.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag: 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige
September-Programm
u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Woffe mit Gesang.
Großer Zacherfolg.

Otto Pritzkowski
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängler.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag: 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige
September-Programm
u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Woffe mit Gesang.
Großer Zacherfolg.

Otto Pritzkowski
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängler.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag: 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige
September-Programm
u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Woffe mit Gesang.
Großer Zacherfolg.

Otto Pritzkowski
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängler.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag: 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige
September-Programm
u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Woffe mit Gesang.
Großer Zacherfolg.

Otto Pritzkowski
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hünzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Reizh mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entrée 20 Pf.

WARENHAUS A. WERTHEIM

Gemüse-Konserven

Stangenspargel extra stark $\frac{1}{2}$ D. 1.75	Abschnittspargel $\frac{1}{2}$ D. 38 Pf.	Schoten I $\frac{1}{2}$ D. 80 Pf.	Gemischte Gemüse $\frac{1}{2}$ D. 38 Pf.
Stangenspargel extra stark $\frac{1}{2}$ D. 93 Pf.	Abschnittspargel $\frac{1}{2}$ D. 24 Pf.	Junge Schoten $\frac{1}{2}$ D. 48 Pf.	Morcheln I $\frac{1}{2}$ D. 1.30
Stangenspargel Ia $\frac{1}{2}$ D. 1.35	Kaiserschoten I $\frac{1}{2}$ D. 1.25	Schoten u. Karotten $\frac{1}{2}$ D. 60 Pf.	Morcheln I $\frac{1}{2}$ D. 70 Pf.
Stangenspargel Ia $\frac{1}{2}$ D. 73 Pf.	Kaiserschoten I $\frac{1}{2}$ D. 68 Pf.	Gem. Gemüse extrafein $\frac{1}{2}$ D. 1.25	Morcheln $\frac{1}{2}$ D. 1.10, $\frac{1}{2}$ D. 60 Pf.
Riesenbruchspargel $\frac{1}{2}$ D. 1.35	Kaiserschoten $\frac{1}{2}$ D. 1.10	Gem. Gemüse extrafein $\frac{1}{2}$ D. 68 Pf.	Champignons I $\frac{1}{2}$ D. 1.60
Riesenbruchspargel $\frac{1}{2}$ D. 73 Pf.	Kaiserschoten $\frac{1}{2}$ D. 60 Pf.	Gemischte Gemüse I $\frac{1}{2}$ D. 95 Pf.	Champignons I $\frac{1}{2}$ D. 90 Pf.
Bruchspargel extra stark $\frac{1}{2}$ D. 1.20	Extrafeine Schoten $\frac{1}{2}$ D. 90 Pf.	Gemischte Gemüse I $\frac{1}{2}$ D. 53 Pf.	Champignons II $\frac{1}{2}$ D. 1.25
Bruchspargel extra stark $\frac{1}{2}$ D. 65 Pf.	Extrafeine Schoten $\frac{1}{2}$ D. 50 Pf.	Gemischte Gemüse $\frac{1}{2}$ D. 65 Pf.	Champignons II $\frac{1}{2}$ D. 70 Pf.

Brech- u. Schneidebohnen

$\frac{1}{2}$ Dose 25 Pf., 3 Pfund-Dose 37 Pf., 5 Pfund-Dose 60 Pf.

Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ Dose 1.20, $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf.
Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ Dose 80 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 45 Pf.
Bruchspargel I $\frac{1}{2}$ Dose 85 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 48 Pf.

Bruchspargel

$\frac{1}{2}$ Dose 70 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 40 Pf.

Bruchspargel ohne Köpfe $\frac{1}{2}$ Dose 58 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 34 Pf.
Feine Schoten $\frac{1}{2}$ Dose 52 Pf.
Schoten $\frac{1}{2}$ Dose 38 Pf.
Spinat $\frac{1}{2}$ Dose 45 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 28 Pf.

Früchte-Konserven

Saure Kirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ D. 95 Pf.	Pfirsiche halbe Frucht, geschält $\frac{1}{2}$ D. 1.30 Mk.	Dunstfrüchte:
Saure Kirschen ohne Stein $\frac{1}{2}$ D. 53 Pf.	Pfirsiche halbe Frucht, geschält $\frac{1}{2}$ D. 70 Pf.	Stachelbeeren, Johannisbeeren, Birnen,
Kirschen rot transparent D. 1.30 Mk.	Melange-Früchte $\frac{1}{2}$ D. 1.10 Mk.	Pflaumen ohne Steine, Kirschen mit Steinen, 55 Pf.
Kirschen rot transparent $\frac{1}{2}$ D. 70 Pf.	Melange-Früchte $\frac{1}{2}$ D. 60 Pf.	Heidelbeeren Glas
Himbeeren $\frac{1}{2}$ D. 1.25 Mk.	Rheinisches Kraut Dose ca. 1 Pfd. 50 Pf.	Dunstfrüchte in Zucker:
Himbeeren $\frac{1}{2}$ D. 68 Pf.	Ananas ganze Frucht $\frac{1}{2}$ Dose 1.20, $\frac{1}{2}$ Dose 70 Pf.	Kirschen ohne Steine Glas 72 Pf.
Aprikosen halbe Frucht, ungeschält $\frac{1}{2}$ D. 1.20 Mk.	Kompott-Ananas $\frac{1}{2}$ Dose 1.60	Aprikosen, Pfirsiche halbe Frucht Glas 1.40
Aprikosen halbe Frucht, ungeschält $\frac{1}{2}$ D. 65 Pf.	Kompott-Ananas $\frac{1}{2}$ Dose 85 Pf.	Himbeeren Glas 90 Pf.

Reineclauden $\frac{1}{2}$ Dose 75 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 43 Pf.
Erdbeeren natürel $\frac{1}{2}$ Dose 98 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.
Heidelbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 58 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 35 Pf.

Johannisbeeren rot $\frac{1}{2}$ Dose 68 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 40 Pf.
Stachelbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 38 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen $\frac{1}{2}$ D. 65 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 38 Pf.

Fisch-Konserven

Bratheringe Dose 47 Pf.	Nordseekrabben $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf.	Sardinen in Oel $\frac{1}{2}$ Dose 35, 45 Pf.
Bismarckheringe Dose 47 Pf.	Nordseekrabben $\frac{1}{2}$ Dose 35 Pf.	Französische Sardinen
Heringe in Aspic Dose 40 Pf.	Russische Sardinen Glas 25 Pf.	Amieux frères $\frac{1}{4}$ D. 90 Pf., $\frac{1}{2}$ D. 1.50
Delikatess-Heringe $\frac{1}{2}$ Dose 83, $\frac{1}{2}$ Dose 52 Pf.	Anchovis Glas 25 Pf.	

Gebrannter Kaffee

Mischung	II	III	IV
Pfund	95 Pf.	1.10 Mk.	1.35 Mk.

Deutscher Kakao Pfd. 90 Pf., 1.15
Holländ. Kakao Pfd. 1.80, 2.10

Salamiwurst in Rinddarm Pfd. 1.25	Cervelatwurst in Rinddarm Pfd. 1.25	Casseler Rippespeer Pfund 90 Pf.
-----------------------------------	-------------------------------------	----------------------------------

Junge Gänse Pfund 63 Pf.

Italien. Weintrauben Kiste ca. 5 Pfd. 90 Pf., Kiste ca. 8 Pfd. 1.25 Mk.

Frisches Obst ist von der Zusendung ausgeschlossen.